



universität  
wien

# Diplomarbeit

**Titel der Diplomarbeit**

Russland und die „Demokratie“ – Aktuelle  
Erklärungsmuster für die Probleme bei der Etablierung  
von Civic Culture in der Post-Sowjetunion

Verfasser

Christian Dangl

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert



*„Russia is like a riddle, wrapped in a mystery, inside an enigma!“*

*Winston Churchill*



Meinen Eltern, die mich immer unterstützen. Danke.



# Inhalt

<b>1. Einleitende Betrachtungen .....</b>	<b>1</b>
<b>1.1. Relevanz des Themas.....</b>	<b>1</b>
<b>1.2. Das Konzept „Politische Kultur“: Forschungsstand und Anwendung.....</b>	<b>4</b>
<b>1.3. „Was ist politische Kultur?“ – Analysemöglichkeiten des Forschungsansatzes .....</b>	<b>5</b>
<b>1.4. Konkrete Fragestellungen.....</b>	<b>12</b>
<b>2. Politische Kultur in Russland – Empirische Meinungsdaten zu Demokratie, Opposition, Partizipation .....</b>	<b>16</b>
<b>2.1. Alltagsprobleme als Hindernis für politische Partizipation.....</b>	<b>17</b>
<b>2.2. Grundlegende Meinungen der Russen und Russinnen zu Politik .....</b>	<b>22</b>
2.2.1. Regierung und oppositionelle Kräfte: Kräfteverhältnis an der Wahlurne .....	22
2.2.2. Einstellungen der BürgerInnen zur Demokratie .....	24
2.2.3. Meinungen zu politischem Engagement .....	30
2.2.4. Vertrauen in Regierung und oppositionelle Kräfte .....	33
<b>2.3. Protestbewegungen als Hauptform russischer Oppositionskultur am Beispiel der „Bewegung 31“ .....</b>	<b>35</b>
<b>2.4. Zwischenfazit.....</b>	<b>40</b>
<b>3. Erklärungsmuster für die fehlende Etablierung einer demokratischen Kultur von Opposition in Russland.....</b>	<b>43</b>
<b>3.1. Historische Erklärungsmuster.....</b>	<b>46</b>
3.1.1. Russland und das „Russische“ – Historische Dokumente einer „Politischen Kulturforschung“ .....	46
3.1.2 Aktuelle Debatte – Russland zwischen „Sonderfall“ und „Paradebeispiel“ .....	49
3.1.3. Politische Kultur im Lichte der Debatte zum „Postsozialismus“ .....	55
<b>3.2. Transformationstheoretischer Erklärungsansatz .....</b>	<b>63</b>
3.2.1. Konstitutionelle Konsolidierung .....	66
3.2.1.1. Das Parlament im Transformationsprozess .....	66

3.2.1.2. <i>Der Präsident im Transformationsprozess</i> .....	68
3.2.1.3. <i>Der Verfassungsgebungsprozess 1993: Mikroanalyse eines weitreichenden Machtkampfes</i> .....	69
3.2.1.4. <i>Der russische Konstitutionalismus heute</i> .....	75
3.2.2. <i>Repräsentative Konsolidierung</i> .....	78
3.2.2.1. <i>Bedeutung von Parteien aus transformationstheoretischer Sicht</i> .....	78
3.2.2.2. <i>Die Wahlen zur Staatsduma 2007 als Indiz für die misslungene Verankerung der Parteien in der russischen Gesellschaft</i> .....	82
<b>3.3. Diskursanalytischer Ansatz</b> .....	<b>91</b>
<b>3.3.1. Diskursmuster zur „Demokratie“ im postsowjetischen Russland</b> .....	<b>91</b>
3.3.2. <i>Legitimation als ein Grundmuster politischer Diskurse</i> .....	93
3.3.3. <i>Grundlagen der Kritischen Diskursanalyse</i> .....	95
3.3.4. <i>Analyse beispielhafter Diskursbeiträge von V. V. Putin</i> .....	98
3.3.4.1. <i>Die „Wiedergeburt Russlands“ in der Neujahrsrede 2007/2008</i> .....	98
3.3.4.2. <i>Wirtschaftswachstum als Legitimation</i> .....	101
3.3.4.3. <i>Zivilgesellschaft, Demokratie und Stabilität – Putin im Interview</i> .....	103
3.3.5. <i>Legitimierungsmuster und öffentliche Meinung im Vergleich</i> .....	104
<b>4. Fazit</b> .....	<b>107</b>
<b>5. Bibliographie</b> .....	<b>110</b>
<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>118</b>



## **1. Einleitende Betrachtungen**

### *1.1. Relevanz des Themas*

Das Ende der Sowjetunion leitete eine Phase von mit Optimismus durchdrungener, politikwissenschaftlicher Beschäftigung mit den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes ein. Bei vielen von ihnen scheinen die damaligen hohen Erwartungen im Nachhinein begründet. Vor allem die Staaten Ostmitteleuropas werden heutzutage gerne als Musterbeispiele konsolidierter Demokratisierung und erfolgreicher Wirtschaftsreformen genannt. Mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und ein wenig später auch Rumänien und Bulgarien können sich zehn von ihnen mittlerweile EU-Mitglieder nennen. Bei allen immer noch bestehenden Aufgaben, die vor diesen Ländern liegen, ist dies ohne Zweifel ein guter Indikator für die positiven Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte. Je weiter östlich sich der Blick aber richtet, desto unklarer und unerfreulicher sind die Zustände knapp 20 Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts. Ehemalige Sowjetrepubliken wie Aserbaidschan, Usbekistan, Belarus und Kasachstan werden vom Freedom House Democracy Score zwar als konsolidiert, aber als autoritäre Regime eingestuft, als semikonsolidierte Regime selben Typs gelten Armenien, die Republik Moldau – und die Russische Föderation<sup>1</sup>. Bezeichnend, dass die Russische Föderation zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Ausgabe des Freedom House Index 2008 gegenüber 1999 aus der Gruppe der „hybriden Systeme“ – und damit einer positiveren Einschätzung der demokratiepolitischen Lage – in vorhin genannte Kategorie zurückgestuft worden war. Der aktuelle Transformations-Index der Bertelsmann-Stiftung registriert in Russland vermehrt „Autokratisierungstendenzen“ und stuft das Land mittlerweile als „stark defekte Demokratie“ ein.<sup>2</sup>

In der Tat sind seit dem Amtsantritt Präsident Putins – mit Ausnahme von durchaus erfolgreichen Wirtschaftsdaten – nur mehr wenig positive Entwicklungen in Russland zu verorten. Alleine die Beschreibung der Form des Regimetyps, die sich aktuell in Russland etablieren konnte, scheint vielen Politikwissenschaftlern schwer zu fallen; nur so ist die

---

<sup>1</sup> Nach Cappelli, Ottorino: State-Building in Post-Soviet Russia. In: Hill, Ronald J./Cappelli, Ottorino (Hrsg.): Putin and Putinism, Verlag Taylor & Francis, New York, 2010, S. 61-102, insbes. S. 63

<sup>2</sup> [http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen\\_BTI\\_2010/BTI\\_2010\\_\\_Broschuere\\_D\\_web.pdf](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2010/BTI_2010__Broschuere_D_web.pdf)

Vielzahl an Neologismen, mit denen heutzutage dem Phänomen Russland versucht wird, Herr zu werden, zu erklären. Das Spektrum ist mannigfaltig und die Kreativität in diesem Zusammenhang anscheinend unbegrenzt: Ausdrücke wie „Defekte Demokratie“<sup>3</sup>, „Demokratie“<sup>4</sup>, „Putinismus“<sup>5</sup>, „Stabilokratie“<sup>6</sup>, „Hybrides System“, „Superpräsidentielles System“, „Neopatrimoniales System“ werden in Bezug auf Russland seit der Jahrtausendwende nur allzu gerne bemüht, um ein System zu beschreiben, das die beinahe euphorischen Erwartungen des Westens in seinem vermeintlich vorgezeichneten Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer weniger erfüllen kann – und will. Die Zeiten, als man in Russland noch „lupenreine Demokraten“ zu treffen meinte, scheinen einstweilen vorüber.

Nach den Hoffnungen der „Perestrojka“-Periode und der positiven Aufbruchsstimmung der frühen Wendejahre scheint die Frage berechtigt, welche Faktoren dazu geführt haben, dass eine erfolgreiche Entwicklung hin zu Demokratie in Russland bislang nicht Platz greifen konnte, ja das Momentum derzeit in die entgegengesetzte Richtung gerichtet scheint. Ein wichtiger Hinweis auf die möglichen Gründe findet sich in dem Umstand, dass die zunehmende Autokratisierung des politischen Systems nur zum Teil oktroyiert erscheint. In der Bevölkerung findet sich für die Politik der herrschenden Elite in weitem Ausmaß Unterstützung. Putins Partei „Einiges Russland“ dominiert das russische Unterhaus – die „Duma“ – und er selbst hält wie sein Nachfolger Medved’ev bei eindrucksvollen Umfragewerten in der Bevölkerung. Oppositionelle Parteien und Politiker erfahren hingegen beinahe Ignoranz. Präsentierte Umfragedaten werden in der Folge desweiteren zeigen, dass die Bereitschaft der russischen Bevölkerung zur Teilnahme am politischen Leben nur in sehr bescheidenem Ausmaß gegeben ist. Demokratische Konsolidierung erfordert jedoch gerade ein aktives, kritisches Mitwirken der Bevölkerung an politischen Prozessen. Es stellt sich somit die Frage, warum knapp 20 Jahre nach den „demokratischen Reformen“ der Perestrojka-Periode die russische Bevölkerung demokratische Werthaltungen noch nicht übernommen hat – und somit selbst einer

---

<sup>3</sup> Vgl.: Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands – Band 1: Russland als defekte Demokratie. Verlag Nomos, Baden-Baden, 2002

<sup>4</sup> Vgl.: Reitschuster, Boris: Putins Demokratie. Verlag Ullstein, Berlin, 2007 (2. Aufl.)

<sup>5</sup> Vgl.: Hill, Ronald J./Cappelli, Ottorino (Hrsg.): Putin and Putinism. Verlag Taylor & Francis, New York, 2010

<sup>6</sup> Vgl.: Mangott, Gerhard: Der russische Phönix – Das Erbe aus der Asche. Verlag Kremayr-Scheriau, Wien, 2009, S. 109ff

weiterführenden Demokratisierung des Landes im Wege steht – und welche Faktoren dafür in erster Linie ausschlaggebend waren.

Das Konzept der politischen Kulturforschung bietet sich hier in mehrfacher Hinsicht an, um diese Frage zu beantworten. Zunächst stellt es gerade die Bürgerebene in den Fokus, wenn es darum geht, die demokratische Qualität von Regimen zu bewerten. Auf dieser Basis wird anhand von Umfragedaten aus der russischen Bevölkerung zunächst eine genauere Bewertung und Beschreibung der Problemlagen des aktuellen russischen politischen Systems möglich sein. Welche Meinungen über „Demokratie“ existieren in Russland? Welche Erwartungshaltungen bestehen von Seite der Bürger gegenüber Politikern? Warum scheint aktuell nur die herrschende Elite in der Lage, diese Erwartungshaltungen zu erfüllen und somit weitreichende Unterstützung zu generieren?

Bei aktuellen Forschungen zum Stand der Demokratisierung in Russland wird diesem Aspekt der demokratischen Konsolidierung nur beschränkt Rechnung getragen. Der Fokus liegt meist auf Analysen der Elitenkonstellationen, der Rolle von Ex-Präsident Putin und von institutionellen Rahmenbedingungen, der russische Bürger (und die russische Bürgerin) als Faktor hat demgegenüber bis dato nur spärlich in wissenschaftliche Publikationen Eingang gefunden. Die Notwendigkeit einer „demokratiestabilisierenden Bürgerkultur“<sup>7</sup> in ihrer Doppelrolle als Ergebnis erfolgreicher Reformen einerseits und als Katalysator für tiefgreifende Konsolidierung andererseits wird zwar oftmals erwähnt, ins Zentrum der Analyse rückte diese Bürgerkultur aber kaum.<sup>8</sup>

Der Umstand, dass das Konzept „politische Kultur“ aber neben seiner deskriptiven gleichzeitig auch eine hohe analytische Qualität birgt, wenn es darum geht, Zusammenhänge zwischen so unterschiedlichen gesellschaftlichen Realitäten wie institutionellen Faktoren, Sprach- und Deutungsmustern und historischem Erbe konsistent darstellen zu können – sie alle wirken eben auf das bürgerliche Individuum und bereiten das gesellschaftlich akzeptierte Bild von Politik auf! –, macht es für die Bearbeitung der oben formulierten Eingangsfragestellungen so attraktiv.

---

<sup>7</sup> Vgl.: Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift 48, Jg. 48, Heft 3, 413-433, insbes. S. 420f

<sup>8</sup> Eines der wenigen Beispiele findet man bei Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim: Der Transformationsprozess in Rußland – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Europa Union Verlag, Bonn, 1997

Im nachfolgenden Abschnitt soll ein theoretischer Überblick geboten werden. Gleichzeitig sollen die hier grob formulierten Fragestellungen durch den Rückgriff auf bereits gewonnene Erkenntnisse, was dieser Forschungsansatz im Konkreten zu leisten vermag, präzisiert werden.

### 1.2. Das Konzept „Politische Kultur“: Forschungsstand und Anwendung

Untersuchungen zur politischen Kultur in post-sozialistischen Gesellschaften finden seit einiger Zeit größere Beachtung. Klaus von Beyme in etwa analysierte schon 1993 innerdeutsche Unterschiede nach der Wiedervereinigung. Seine Ausführungen werden in der Folge als beispielgebende Basis dienen. Hans Peter Haarland und Hans-Joachim Niessen widmeten sich speziell dem Thema Russland. Ihre 1996 erarbeiteten Grundlagen zur politischen Kultur im postsowjetischen Russland werden einerseits als Fundament, andererseits als Vergleichswerte zu den hier ermittelten Meinungsspektren herangezogen werden. Für die Erstellung einer ersten Diagnose zur Lage um die staatsbürgerliche Kultur in Russland sollen Meinungsumfragen des in Moskau ansässigen Institutes „Levada“ als Basis dienen. Diese Umfragen gehören seit dem gesellschaftlichen Umbruch den wichtigsten empirischen Forschungen zur öffentlichen Meinung Russlands an; ihre konkreten Ergebnisse sollen in einen allgemeinen, theoretischen Kontext gestellt werden.

Im folgenden Abschnitt sollen zunächst die theoretischen Grundfesten des Begriffes „Politische Kultur“ erarbeitet und auf die Erfordernisse der hier erstrebten Analyse geprüft und angepasst werden. Die Begriffsarbeit, so wird sich zeigen, ist gerade bei einem solch weit verbreiteten und seit seiner Entstehung seiner inneren Kohärenz ein Stück weit verlustig gegangenen Konzept von essenzieller Bedeutung, will man nicht Gefahr laufen, einer gewissen Beliebig- und Wahllosigkeit zu verfallen. Im Anschluss wird in weiteren Abschnitten noch mehrmals von der „Politischen Kultur“ die Rede sein, sei es, wenn konkrete Forschungsarbeiten aus dem Forschungsfeld „Politische Kulturforschung“ präsentiert werden, um die praktischen Möglichkeiten und Erkenntnisgrenzen dieses Forschungsansatzes aufzuzeigen oder wenn Beispiele zu Politischer Kulturforschung bewusst aus dem Themenkomplex Osteuropäische Transformations- und Postsozialismusforschung gewählt werden, um im selben Atemzug neben formalen auch gleich inhaltliche Erkenntnisse für die eigentliche Analyse zu erlangen.

Ebenso wird eine schematische Darstellung des Problemgebiets „Politische Kultur und Russland“ dem der Analyse der im empirischen Teil dieser Arbeit gewonnen Erkenntnisse dienenden letzten Abschnitt dieser Arbeit vorangestellt sein. Ziel soll sein, die spezifischen „Minenfelder“ und Deutungsmuster der politischen Kulturforschung in/über Russland genauer auszuleuchten und so Bewusstsein zu schaffen, in welchem schwierigen und ideologisch oftmals überhitztem Themenbereich hier ein neuer Ansatz eingebracht werden soll.

### 1.3. „Was ist politische Kultur?“ – Analysemöglichkeiten des Forschungsansatzes

Etwas provokativ und in jedem Falle äußerst pointiert stellt sich Bernhard Praschl in seinem Beitrag zur „Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft“ (in der Folge ÖZP) 1984 folgende Frage: „Gibt es eine Politische Kultur?“<sup>9</sup>. Seine anknüpfenden Ausfolgerungen sind getrost polemisch zu nennen, konterkariert er doch in erster Linie die in den 1980er-Jahren aufkeimende Bewegung der „Alternativen“ als Gegenpart zur etablierten politischen Kultur der BRD; doch einige Kernaussagen sind sicher wert, hier kritisch reflektiert zu werden.

Die Entstehungsgeschichte des Forschungszweiges zur Politischen Kultur in den USA der 1950er-Jahre ist eng verknüpft mit der Implementierung von behavioristischer Fragestellungen und Forschungskonzepte in die Politologie<sup>10</sup>; Ziel war nicht zuletzt, über die Auswertungen und Analysen von erstellten Meinungsbildern aus der Bevölkerung mehr über die Politik selber zu erfahren. Praschl gibt hierbei zu denken, dass gerade dieses Vorgehen keinesfalls als ideologiefreies Handeln verstanden werden kann. Den Begründern der „political culture“-Forschung, Almond und Verba, sei gezielt daran gelegen gewesen, vergangenen Konzepten der Untertanenkultur das Modell eines mündigen, das politische System durch Akzeptanz überhaupt erst tragenden Individuums entgegensetzen. Desweiteren ist die teils hohe, teils gänzlich fehlende Reziprozität, die dem Verhältnis Politik – Lebenswelten des Einzelnen in den verschiedensten Situationen anhaftet, oftmals nur ungenügend Thema, darum soll laut Praschl „für eine kritische Politikwissenschaft (...) gefordert werden, nicht affirmativ einem unterstellten kausalen

---

<sup>9</sup> Praschl, Bernhard: Gibt es eine Politische Kultur? In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (in der Folge ÖZP), Ausgabe 1/1984, S. 111-114, insbes. S. 111f

<sup>10</sup> Gerstenberger, Heide: Zur Konjunktur der „politischen Kultur“ in der Politikwissenschaft. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (in der Folge ÖZP), Ausgabe 1/1984, S. 5-13, insbes. S. 5

Verhältnis von der Politik und den Lebensformen, die von ihr beeinflusst werden, zu folgen.“

Das Konzept der politischen Kulturforschung ist also keinesfalls unumstritten, wie auch Heide Gerstenberger im selben Band der ÖZP mehrfach betont<sup>11</sup>. Dies ist zu einem gewichtigen Teil auch dem vielschichtigen Wandel geschuldet, dem dieses Konzept ab seiner Embryonalphase Mitte des vergangenen Jahrhunderts bis dato unterworfen war. Der Kern beruhe immer noch auf dem analytischen Ansatz, Meinungen über Politik und damit das Verhältnis der Bürger zum Staat in den Fokus stellen. Peter Reichel wird nach Gerstenberger zitiert, wenn sie ihm beipflichtet, bei der Untersuchung von Phänomenen der politischen Kultur gehe es in erster Linie um das „Ambiente“, in welchem sich ein spezifisches politisches System zu konstituieren und reproduzieren vermag. Dieses „Ambiente“, von Reichel wohl ein bewusst vage und nicht wissenschaftlich definiert gehaltener Begriff, seien in erster Linie Wertvorstellungen, Einstellungen und Verhaltensweisen, in die man ein politisches System eingebettet zu betrachten habe. Empirische Erhebungen auf individueller Ebene, also Umfragen- und Interviewforschung, stellen dem zufolge wohl immer noch einen zentralen Aspekt des Konzepts von der Politischen Kultur dar. Gabriel Almond als ein Begründer dieser Richtung vermerkte dazu einst:

*„The authors of The Civic Culture had available to them the hypotheses and theories of political sociology, social psychology, and psychoanthropology, but most important of all they had available to them the research technology of sample surveys, which led them to a much sharper specification and elaboration of the subjective dimensions of stable democratic politics.“<sup>12</sup>*

Der Kern von Almonds und Verbas Konzept zentriert sich, so wird hier deutlich, um subjektive Orientierungen der Systemmitglieder gegenüber politischen Phänomenen, Objekten und Prozessen. Spezifischen Ereignissen und Akteuren wurden also konkrete, empirisch erfasste Daten von subjektiven Meinungen gegenübergestellt, und weiterer Folge versucht, kulturelle Hypothesen aufzustellen, die die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit verschiedener politischer Systeme erklären könnten.

---

<sup>11</sup> Ebenda: S. 5 f

<sup>12</sup> Almond, Gabriel A.: The intellectual History of the Civic Culture Concept. In: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.): The Civic Culture revisited, Verlag Sage Publications, o.O., 1989, S. 1-37, insbes. S. 23ff

Diese ursprüngliche Konzeption ist also eng und stringent definiert. Bis dato hätten aber nach Gerstenberger vor allem „die Vagheiten des Begriffs Methode“. Das Konzept sei allen voran ein Forschungsansatz, welcher zu einem beträchtlichen Teil Vorurteilsforschung, Untersuchungen über politische Sozialisationsformen, partizipationstheoretische Konzepte sowie Bestimmungen von Nationalcharakteren unter in einem etwas abgeänderten Design und unter anderem Namen fortführe.<sup>13</sup> Ausreichend definiert sieht Gerstenberger das Konzept der politischen Kultur lediglich im engen Kontext von Almonds Fokus auf institutionelle Regelungen und deren Funktionsweise. Forschungen, die ein weit breiteres Bild von Politik zum Ausgang nehmen und auch Phänomene wie z.B. autoritäre Erziehungsstile als Teil der politischen Kultur deuten und bewerten, würden aber beispielsweise vom grundlegenden Forschungsansatz nicht direkt erfasst. In diesem Falle ließe sich nur mit „Plausibilitätsargumenten“ untermauern, warum diverse soziale Aktionen und Normen im Rahmen der politischen Kulturforschung als relevant beurteilt würden, andere, etwa Arbeitskämpfmaßnahmen, jedoch nicht. Die Gewichtung bestimmter Formen gesellschaftlicher Praxis und gesellschaftlichen Denkens im jeweiligen Forschungsansatz und ihre etwaige Klassifizierung als „relevant“ für nachfolgende Untersuchungen variierten, je nach Fragestellung und wissenschaftlichem Zugang, somit teilweise beträchtlich. Aus diesen unterschiedlichen und individuellen Kalkülen resultiere auch die generelle Ambivalenz und oft fehlende Schärfe des Konzepts an sich. Auf dieser allgemeinen Ebene der Begriffsdiskussion sei „Politische Kultur“ „nicht zufällig beliebig“, wie Gerstenberger schließlich konstatiert.<sup>14</sup>

Die Frage, welche gesellschaftlichen Praxen und Realitäten nun im Zuge einer eingehenden Analyse zum Teilbereich der „Politischen Kultur von der Opposition“ in Russland, wie hier zu behandeln das Ziel sei, nun von wissenschaftlichem Interesse und dem Erkenntnisgewinn zuträglich sind (und ob überhaupt die Analyse von „Makrophänomenen“, wie es Christian Fenner in einem seiner Aufsätze beschreibt<sup>15</sup>, und damit auch Forschung abseits der strikt auf das Subjekt zentrierten Konzeptionen von „Politischer Natur“ zielführend ist), ist demzufolge eine zentrale. Für ihre Beantwortung sollen anschließend Beispiele aus der bisherigen Praxis der politischen Kulturfassung als

---

<sup>13</sup> Gerstenberger 1984: S. 5

<sup>14</sup> Ebenda: S. 6

<sup>15</sup> Fenner, Christian: Parteiensysteme und Politische Kultur – Ein Vorschlag zur systematischen Verordnung von Parteien in der Politischen Kulturforschung. In: ÖPZ Ausgabe 1/1984, S. 37-52, insbes. S. 37

Orientierungsmuster dienen. Zunächst muss aber festgestellt werden, dass es noch einiger Begriffsarbeit zum Konzept „Politische Kultur“ bedarf, um nicht der Gefahr der „Beliebigkeit“, vor der Gerstenberger warnt, anheim zu fallen. Für die hier angestrebte „Typographie der russischen Opposition“ ist der von Almond und Verba erarbeitete Kern des Konzepts, beruhend auf subjektiven Meinungen gegenüber politischen Konkreta, jedoch zu eng gefasst. Dieses Problem stellte sich auch Karl Rohe im Vorwort von Oskar Niedermayers und Klaus von Beymes Studie zu „Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland“. Rohe grenzt sich „bewußt“ von der Almond/Verba-Tradition ab, anstatt von „subjektiven Orientierungen der Systemmitglieder“ spricht er von „Grundannahmen über die politische Welt“. Nach Elkins und Simeon definiert er diese Grundannahmen als eine Art „kognitiv-normative Landkarte, die die politische Welt geistig absteckt und strukturiert.“<sup>16</sup> Für Rohe ist in seinen weiteren Ausfolgerungen vor allem die Tatsache von Bedeutung, dass Phänomene wie Kultur, Sprache etc. in erster Linie gesellschaftliche, nicht individuelle Erscheinungen sind. Naturgemäß würden diese ohne das Individuum als Träger nicht existieren, aber gerade im Bereich des Politischen ist danach zu fragen, inwieweit sich Bürger in einem politischen System „bewusst“ sind, welche Normen und Werte sie vertreten und somit auch selbst definieren. Rohe zitiert den deutschen Soziologen Erwin Scheuch, der Almond und Verba aufgrund dessen „individualistischen Fehlschluss“ vorwirft. Somit stellt Rohe auch indirekt das Instrument der Umfrage- und Einstellungsforschung in Frage:

*„Vergleiche in der politischen Kulturforschung sollten darüber hinaus nach Möglichkeit stets auch eine diachrone Perspektive enthalten, auch deshalb, weil ohne einen Vergleich in der Zeit oft gar nicht geklärt werden kann, ob es sich bei den erfaßten Orientierungen um relativ situationsgebundene Auffassungen handelt, die bei einem Wechsel der Situation verschwinden, oder aber um langfristige und historisch tief gestaffelte Überzeugungen und Praktiken.“<sup>17</sup>*

Auf praktische Forschungsarbeit umgemünzt, plädiert Rohe dafür, besagte individualistisch fokussierte Methoden wie eben Umfrageforschung mit anderen Ansätzen zu kombinieren, um dementsprechend die Tiefe in den Analysen zu vergrößern. Für ihn ist deshalb unumgänglich, auch und vor allem Konzepte wie Verhaltensanalysen,

---

<sup>16</sup> Rohe, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Akademie-Verlag, Berlin, 1994, S. 1-21, insbes. S. 1f und 4ff

<sup>17</sup> Ebenda: S. 5 und f



Parteisystemanalysen und Sprach- und Symbolanalyse mit empirischen Umfragedaten zu verknüpfen, da sich weiterhin die Frage stellt, ob nun Beobachtung oder Befragung kulturellen Werten und Wahrnehmungsmuster eher auf die Spur kämen.

Vergleichbare Überlegungen finden sich auch bei Franz Urban Pappi. In seiner Diktion und in seinen Ausführungen tritt er zwar klar als Verfechter eines subjektbezogenen, die Orientierungen der Systemmitglieder ins Zentrum stellenden Forschungsansatzes zur Politischen Kultur auf. Für ihn bedeutet sie im Kern „Legitimationseinverständnis“, womit „eine subjektive Forschungsperspektive festgelegt“ sei. In diesem Sinne plädiert er auch für eine zentrale Rolle der Umfragen- und Meinungsforschung in einem derartigen Forschungskontext, macht aber im selben Atemzug auf Problemstellungen aufmerksam, die sich bei einer zu starken Fixierung auf eben jene Daten ergeben könnten. So würden geltende Normen in der Regel als Selbstverständlichkeit legitimiert, ihre Ermittlung in Umfragen wäre demnach ob der Fragestellung eher tautologischer Natur, eine Zustimmung von 100% müsste erwartet werden.<sup>18</sup> Dieser Umstand verweist auch auf eine viel fundamentalere, wissenschaftstheoretische Schwierigkeit im Umgang mit in Individualbefragungen ermittelten Daten: das Vorgehen, durch Aggregation individueller Wertorientierungen direkt auf gesellschaftliche Werte und Normen zu schließen (wie von Almond und Verba praktiziert), bedarf selbst einiger Legitimation. Diese Vorgehensweise ignoriert in gewisser Weise, dass spezielle Teile der Bevölkerung wie politisch aktive Gruppierungen und Eliten für die Kodierung gesellschaftlicher Regeln und allgemein akzeptierter Anschauungsmuster vielfach einen bedeutenderen Faktor mimen und so zur Stabilität des politischen Systems in dieser Hinsicht in größerem Maße verantwortlich zeichnen. Zentrale Untersuchungsachse sollte auch die Erforschung der formellen und informellen Sanktionen, die für von der Norm abweichendes Verhalten an die Individuen ausgefolgt werden, darstellen. Diese Dimension ist von der Datenerhebung auf Individualebene aber ebenso wenig erfasst.<sup>19</sup>

In ähnlicher Weise argumentiert auch Fenner, wenn er dafür plädiert, die Analyse von Parteien und Parteiensystemen als zentralen Aspekt in politische Kulturforschung zu

---

<sup>18</sup> Pappi, Franz Urban: Politische Kultur – Forschungsparadigma, Fragestellungen, Untersuchungsmöglichkeiten. In: Kaase, Max (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Ordnung – Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 1986, S. 265-291, insbes. S. 290f

<sup>19</sup> Ebenda: S. 289

integrieren. Vorstellungen von de facto-Determinanten auf der Makroebene, wie beispielsweise einem einheitlichen politischen Bewusstsein oder Nationalcharakter, erteilt er eine klare Absage, hält allerdings fest, dass bloßes Verbleiben auf gesellschaftlichen Subebenen – wie eben der des bürgerlichen Subjekts ohne den systematischen Bezug zur „Politischen Kultur als Gesamtsystem“ – in die Leere führe. Vergleichbare politische Kulturforschung ziele somit in erster Linie auf „vorfindbare Konfliktregelungsmuster (...), in die auch die institutionellen Arrangements (...), unterschiedlich legitime Handlungserwartungen z.B. gegenüber dem Staat, den Parteien, den Gewerkschaften sowie zentrale politische Ereignisse und ideologische Traditionen der handelnden Organisationen Eingang finden.“<sup>20</sup> Fenner bezieht sich in seinen Ausführungen vorrangig auf Parteien und Parteiensysteme, seine Schlussfolgerungen können aber für alle formellen und informellen Organisationsstrukturen gelten, die das politische Feld in seiner spezifischen Konfiguration konstituieren. Demnach besitzen auch Analysen der Verhaltensmuster von Gewerkschaften, politisch aktiven NGOs oder anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die auf den verschiedensten Ebenen zu Konfliktregelungsmechanismen Beitrag leisten, im Rahmen einer deskriptiven Darstellung genuiner, die politischen Prozesse strukturierend umrahmender Verhaltensformen in äußerstem Maße Legitimität. Fenner definiert für sich in Folge politische Kulturforschung als „konfigurativ-gerichtete, (...) deskriptive und analytische Untersuchungen“ (für ihn nicht zu verwechseln mit „Politischer Geschichte“), die in erster Linie nach der Dialektik und Kongruenz von typischen Konfliktregelungsmustern fragen. Besondere Berücksichtigung sollten seiner Meinung nach die programmatischen, ideologischen und interessen geleiteten Interaktionen (hier wiederum der Parteien) finden.<sup>21</sup>

Nun steht außer Zweifel, dass die somit geforderte Analyse und Deskription der einer politischen Tradition inhärenten und typischen Konfliktregelungs- und Entscheidungsfindungsmuster ob der (genuin) fehlenden Explizität dieser oftmals einige Schwierigkeit bereiten kann. Politische Kulturforschung nimmt sich gerade diesen Normen und Werten politischen Agierens an, die oftmals nicht artikuliert werden oder, wie es ebenso der Fall sein kann, deren strukturierender Qualität und/oder Existenz sich die Individuen einer Gesellschaft nicht bewusst sind. Es muss daher danach gesucht werden,

---

<sup>20</sup> Fenner 1984: S. 38f

<sup>21</sup> Ebenda: S. 49f

wo dieses latente Normen- und Wertesystem der politischen Kultur in konkreten Dispositionen Ausdruck findet. Rohe merkt dazu an, dass eben jene kulturellen Regeln und Prinzipien „freilich nicht nur der ‚Verinnerlichung‘, sondern auch der ‚Veräußerlichung‘“ bedürfen, um überhaupt gesellschaftliche Funktion aufzuweisen. Diese Veräußerlichung kann auf vielfache Weise vonstattengehen, vor allem aber die „zeichenhafte Verdeutlichung“ in Sprache und Schrift, transportiert über „historische Mythen, (...) Rituale, Fahnen und Feiern“ sei für die Reproduktion, Rezeption und Inkorporation der wichtigsten kulturellen Prinzipien essentiell. Diese Ausdrucksweisen der politischen Kultur nun als solche zu erkennen und in ihrer Beziehung zu den entsprechenden sozialen Geboten richtig zu deuten, muss also ein vorrangiges Ziel politischer Kulturforschung sein. Wie weit gefasst ein solcher Begriff der politischen Kultur sein kann, demonstriert Rohe im Beispiel des englischen „Queuing“, das laut ihm neben einer pragmatischen auch – durch seinen Verweis auf grundlegende Ordnungsprinzipien einer zivilen Gesellschaft – eine demonstrativ-symbolische Funktion besäße.<sup>22</sup>

Vergleicht man diese Konzeption nun mit der eingangs erwähnten Ausgangsposition der politischen Kulturforschung, dem Forschungsansatz von Almond und Verba, und den Forderungen von Gerstenberger nach Stringenz und engst möglicher wissenschaftlicher Definition, wird die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen, die innerhalb der politikwissenschaftlichen Gemeinschaft von der „Politischen Kultur“ kursieren, ein weiteres Mal deutlich. Die Deskription und per se der Fokus auf Art und Weise, wie der bloße Prozess des gruppenspezifischen Wartens auf Dienstleistungen, öffentliche Transportmittel etc. Gestalt annimmt (und ihre Etikettierung als „relevant“ für den zu erforschenden Gegenstand!) haben mit den forschungstheoretischen Grundkonzeptionen von „The Civic Culture“ wenig gemein. Die Legitimität für ein solches Vorgehen kann nur aus dem konkreten Forschungsansatz, dem Anführen von Plausibilitätsargumenten und schlussendlich dem entsprechenden, wissenschaftlich wertvollen Ergebnis der Forschungstätigkeit erwachsen. Kann ein Zusammenhang, in welcher Gestalt auch immer, zwischen den individuellen Einstellungen der Bürger, ihrem Verhalten in derartigen Situationen und auf Makroebene operierenden Wertesystemen in ausreichender Form hergestellt werden, so ist wohl zweifelsfrei zu schließen, dass eben auch das Harren an der

---

<sup>22</sup> Rohe 1994: S. 7

Bushaltestelle im konkreten Zusammenhang als Ausdruck der politischen Kultur zu werten ist. A priori allerdings alle die Öffentlichkeit konstitutiven Verhaltensmuster der Mitglieder einer bestimmten Gesellschaft als Teil und Disposition der vorhandenen politischen Traditionen und Handlungsregularien anzunehmen und ihnen im Rahmen von entsprechenden Untersuchungen wissenschaftliche Relevanz zuzusprechen, ist mit Sicherheit der Qualität dieser Untersuchungen nicht zuträglich. Praschls eingangs erwähnter Warnung davor, alle Lebensformen der Individuen und die Politik in ein kausales Verhältnis zu setzen, soll an dieser Stelle nochmals Nachdruck verliehen werden.

#### 1.4. Konkrete Fragestellungen

Aus den somit erarbeiteten Grundregularien über den Umgang mit einem so abstrakt wirkenden theoretischen Ansatz und als Essenz aus den vorangegangenen Schlussfolgerungen lassen sich für den vorliegenden Analyseansatz folgende Rahmenbedingungen und Parameter ableiten:

1.) Das Heranziehen von Umfrage- und Meinungsforschungsergebnissen als empirische Grundlage und damit das Abstrahieren und Addieren von Individualmeinungen zu einem gesamtgesellschaftlichen Querschnitt kommt, mit dem Etikett „Politische Kultur“ versehen, wohl einer unzulässigen Verkürzung gleich. Der grundlegende Forschungsansatz von Verba und Almond wird allerdings nicht gänzlich verneint, sondern mit Bezug auf Rohe lediglich in einen breiteren Kontext gesetzt. Analyse und Miteinbeziehung von Individualbefragungen, also das Belassen des Individuums, des Bürgers im Zentrum der Fragestellungen nach einer politischen Kultur, bilden auch weiterhin einen zentralen Bestandteil politischer Kulturforschung. Dieser individuellen Ebene soll im Analyseteil eine einleitende Deskription gewidmet sein, auf der die nachfolgenden Ausführungen zu anderen Ebenen gesellschaftlichen Handelns aufbauen. Insbesondere sollen folgende Fragestellungen erläutert werden: welche Unterstützung finden demokratische Normen in der russischen Bevölkerung? Welche Erwartungshaltungen werden auf die politische Elite projiziert, und gelingt es jener, diese auch zu erfüllen? Welche Meinungen herrschen vorrangig zu den oppositionellen Kräften, dem Parlament, politischer Partizipation usw.? Die Summe der Antwort auf diese Fragen wird verdeutlichen, ob ein entsprechendes

demokratisches Bewusstsein in der russischen Bevölkerung bereits Fuß gefasst hat oder nicht.

2.) Wie wohl der empirischen Datenlage eine gewichtige Bedeutung bei der Erarbeitung von deskriptiven Profilen der politischen Kultur einer Gesellschaft zukommt, kann diese nicht alleinige Grundlage sein, wenn man entsprechende Tiefe erreichen und umfassenden Erkenntnisgewinn aus den Analysen ziehen will. In diesem Punkt dienen vor allem Fenners Ausführungen über die Rolle von Parteiensystemen in der politischen Kulturforschung als Basis. Individuelle Meinungen und Wertansichten gehen immer mit ihrer Institutionalisierung im politischen Feld, sei es in formeller oder informeller Form und auf den verschiedensten Ebenen politischen Gemeinwesens einher. Politische Parteien repräsentieren geradezu ein Paradebeispiel dieses Mechanismus<sup>4</sup>, sind aber keineswegs die einzigen Formen der Institutionalisierung, die in einem organisierten Gemeinwesen vorgefunden werden können. Zivilgesellschaftliche Gruppen mit hohem Zuspruch, Jugendorganisationen, Bürgerlisten, gewerkschaftliche Organisationen, Unternehmerverbände, etc. lassen sich ebenso, mit Fokus auf ihre Bedeutung in gesellschaftlichen Konfliktregelungsmatrizen und Meinungsbildungsprozessen, in die Reihe der relevanten Akteure bei einem derartigen Vorgehen einordnen. In dieser Arbeit soll neben dem Präsidenten und dem konstitutionellen Rahmen vor allem das russische Parteiensystem als ein Hauptaspekt der demokratischen Konsolidierung beleuchtet werden. Spielen Parteien eine gewichtige Rolle im politischen Prozess? Werden sie vom Bürger als Möglichkeit zur politischen Partizipation angenommen oder nicht? Und als zentrale Fragestellung: Wenn festgestellt werden kann, dass demokratiestabilisierende Bürgerkultur in Russland noch ungenügend Einzug gehalten hat, ist es wohl notwendig, das Parteiensystem und seine Rolle im politische Prozess nicht nur als Folge, sondern auch als aktiven Faktor dieser Fehlentwicklung zu betrachten. Ob dies in Russland so festgestellt werden kann, soll zentraler Inhalt der Beschäftigung mit Parteien und dem Parteiensystem sein.

3.) Die Inklusion sowohl individualistischer Konzepte als auch breiterer Herangehensweisen in eine Analyse, wie sie hier vorgenommen werden soll, in sorgsam gewichteter Balance birgt folgende Vorteile: einerseits läuft man nicht Gefahr, sich der von Gerstenberger gemahnten „Beliebigkeit“ politischer Kulturforschung auszusetzen und

anstatt stringenter Ausführungen ein halbwissenschaftliches Potpourri verschiedenster, wohl interessanter, aber nicht notwendig relevanter Merkmale, Besonderheiten und Spezifika zu servieren. Dafür trägt die Fundierung auf empirische Individualdatenerhebung Rechnung. Der Fokus auf weiter gefasste gesellschaftliche Realitäten, wie oben beschrieben, verhilft andererseits zu der wiederum erwünschten größtmöglichen Tiefe von analytischer Forschung zum Thema Politische Kultur. Rohes Verweis auf die sprachliche Verfasstheit von Politischer Kultur soll in einer diskursanalytischen Fragestellung Rechnung getragen werden. Wie werden Meinungsmuster zu Demokratie und Politik in Russland als Legitimierungsmuster politischen Handelns eingesetzt? Welche Diktionen und Diskursmustern sind in den genannten Bereichen dominant?

4.) Rohes Verweis auf die „historischen Mythen“ führt uns zuletzt einem noch nicht eingehender erwähnten, aber speziell beim Thema Russland überaus wichtigen Aspekt der Bedeutung von Historizität bezüglich der Politischen Kultur sozialer Systeme mit all seinen teilweise deterministischen Implikationen (näheres dazu im Absatz „Politische Kultur Russlands als Forschungsgegenstand“). Vorweg greifend kann konstatiert werden, dass es gerade überbordende historische Referenzen und vermeintliche Determinanten sind, die in vielen Meinungen über die russische Kultur (und damit auch über den gesellschaftlichen Umgang mit dem Politischen) mitschwingen und damit einiges an Schwierigkeit begründen. Die „Tradition“ wird einerseits meist unzulässig vereinfacht, bisweilen nur skizzenhaft-schematisch dargestellt und somit ihrer erklärenden Funktion, die sie mit Sicherheit in vielerlei Problemstellung zumindest teilweise aufweisen könnte, beraubt. Andererseits verschleiert in solchermaßen in der Vergangenheit und ihren vermeintlichen irreversiblen Konstanten verwurzelte Perspektive (mit absichtlichem Kalkül?) den klaren Blick auf die Gegenwart und die Vielzahl der Faktoren, die aktuell das politische Geschehen in Russland prägen. Wie gezeigt wird, ist politische Kultur weder ahistorisch noch historisch-determiniert, sondern Historizität ist mit Sicherheit nur ein Faktor von vielen, die die russische Gesellschaft heute konstituieren. Gerstenbergers Forderung, nur bei jenen Phänomenen historische Ursachen als Erklärungsversuch zuzulassen, die nicht oder nur unzureichend aus den aktuellen Kontexten hergeleitet werden können<sup>23</sup>, soll somit den hier angeführten Selbstregularien zum Thema „Tradition“

---

<sup>23</sup> Gerstenberger 1989: S. 11

und „Historizität“ als Prämisse vorangestellt werden. In diesem Abschnitt soll der Fokus darauf liegen, welche dieser von Rohe erwähnten historischen Mythen in Russland heutzutage am meisten verbreitet sind, und wie diese auch aktuell noch gesellschaftliche Wirkung entfalten können.

Nach diesen Parametern erfolgt im nächsten Arbeitsschritt nun eine Bestandsaufnahme von relevanten Ausformungen politischen Handelns in der russischen Praxis, wobei der Fokus auf oppositionelle Handlungsweisen gelegt sein wird. Hauptaufgabe wird sein, auf verschiedensten Ebenen die Grundzüge der in Russland „gelebten“ Idee von politischem Engagement abseits des und vor allem gegen den Mainstream des elitären Establishments herauszuarbeiten und zu versuchen, in den teilweise recht mannigfaltigen Ausformungen oppositionellen Handelns und Denkens Regelmäßigkeiten oder zumindest artgleiche Gemeinsamkeiten aufzuzeigen. Diese Bestandsaufnahme wird in der Folge als empirisches Fundament für den Versuch einer tiefgreifenderen Analyse dienen. Basis hierfür bildet Wolfgang Merkels These von der „demokratiestabilisierenden Bürgerkultur“, der er bei der Konsolidierung neuer Demokratien besondere Bedeutung zumisst.<sup>24</sup> In diesem Sinne wird hier ein normativer Begriff von politischer Kultur Anwendung finden, (als eine die Demokratie stützende und ideologisch fundierende „Civic Culture“ im Gegensatz zu Formen der „Untertanenkultur“) und geprüft werden, ob und in wie weit die Etablierung einer solchen „stabilisierenden Bürgerkultur“ bereits in Russland festgestellt werden kann.

---

<sup>24</sup> Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift 48, Jg. 48, Heft 3, 413-433, insbes. S. 417f

## **2. Politische Kultur in Russland – Empirische Meinungsdaten zu Demokratie, Opposition, Partizipation**

Der nun folgende Abschnitt bildet einen zentralen Teil der vorliegenden Arbeit, soll in ihm doch gewissermaßen die empirische Basis für die analytischen Betrachtungen im zweiten Abschnitt gelegt werden. Es wird der Versuch unternommen, oppositionelles Denken und Handeln in der aktuellen russischen politischen Kultur auf der untersten Ebene ihres Zutagetretens im politischen Prozess aufzuzeigen. Die Idee der legitimen Opposition selbst dient maßgeblich der Stabilität und Inklusionsfähigkeit demokratischer Systeme, weswegen es zu überprüfen gilt, in wie weit eine derartig produktive Idee von Opposition im postsowjetischen Russland bis heute überhaupt schon Platz gefasst hat und welche Handlungs- und Denkformen gesellschaftliche Legitimität und Akzeptanz genießen und welche nicht. Dazu soll die individuelle Ebene mit ihren Einstellungen und Handlungspraxen der Bürger nach Mustern und Regelmäßigkeiten durchleuchtet werden, auf der aufbauend die größeren Dimensionen und höherwertigen Ebenen der gesellschaftlichen Realität einer Bestandsaufnahme unterzogen und Interdependenzen zwischen konkreten Problemlagen der Transformationszeit und den verbreitetsten Meinungen zu Politik und Opposition aufgezeigt werden sollen. Die Ausformungen oppositioneller Einstellungen und oppositionellen Handelns auf Ebene der BürgerInnen dienen im eigentlichen Sinne als Indikator dafür, welchen gesellschaftlichen und vor allem politischen Problemstellungen und Schief lagen Vorrang bei den analytischen Betrachtungen eingeräumt werden sollte. Erläuternd sei ein kurzer Vorgriff gestattet: sind ein großer Teil der Teilnehmer an einer Meinungsumfrage der Meinung, oppositionelles Handeln sei der Mühe nicht wert, denn ändern ließe sich soundso nichts, ist dies ein starkes Indiz dafür, dass die Interessensvermittlung zwischen unterster, bürgerlicher und oberster Führungsebene des Staates unzureichend ausgeprägt ist. In etablierten Demokratien kommt diese Funktion des verbindenden und auch bindenden Elements den Parteien zu. Im Abgleich mit der gegenwärtigen Situation des russischen Parteienspektrums wird dann auch schnell offensichtlich, wie diese unter der Bevölkerung weit verbreitete Ansicht erklärt werden kann. Dieses Beispiel skizziert nur in Ansätzen, verdeutlicht aber die angestrebte Arbeitsweise recht anschaulich. Als Abschluss dieses empirischen Teils soll eine Bündelung der gewonnenen Erkenntnisse über Meinungs- und Handlungsformen der



russischen Bürger zum Thema Politik im Allgemeinen und Opposition im speziellen erfolgen und die Basis für den bereits angesprochenen Analyseteil gelegt sein.

### 2.1. Alltagsprobleme als Hindernis für politische Partizipation

Noch knapp 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Regimes und einer Periode von fast unzähligen Reformen und noch mehr Reformversuchen stellt sich auch heute noch die Lebensqualität eines Großteils der russischen Bevölkerung als durchwegs problematisch und unsicher dar. Dies betrifft die verschiedensten Bereiche alltäglichen Lebens, allen voran den wirtschaftlichen, den rechtstaatlichen und jenen der individuellen Sicherheit. Davon geben die beinahe täglich durchgeführten Untersuchungen des hier als Referenz herangezogenen Meinungsforschungsinstitutes „Levada“ unmissverständliches Zeugnis. So geben im Juni dieses Jahres noch 64% der Russen und Russinnen an, die Erhöhung der Lebensqualität für breite Teile der Bevölkerung müsse für die Regierung hohe Priorität haben.<sup>25</sup> Knapp 60% meinen, für die Verbesserung der medizinischen Versorgung sei dringendes finanzielles Engagement seitens der Regierung erforderlich, und die Einführung von Schutzmechanismen zur sozialen Absicherung von Teilen der Bevölkerung, die sich außerhalb eines sozialen Netzes befänden, ist für 56% der russischen BürgerInnen ein Gebot der Stunde.<sup>26</sup>

Diese eher allgemein gehaltene, aktuelle Umfrage zeigt deutlich, wo heutzutage aus Sicht der russischen Bevölkerung die Problemstellungen ihrer Gesellschaft am deutlichsten zu Tage treten. Umfrageergebnisse zu konkreteren Fragestellungen runden dieses Bild zusätzlich ab. Im Mai dieses Jahres gaben noch rund die Hälfte (42%) der Russinnen und Russen an, in etwa 50% ihres Einkommens für Nahrung aufzuwenden. 23% der Befragten geben noch mehr, nämlich zwei Drittel, 10% gar „fast alles“ für Essen und Trinken aus. Im Vergleich zu früheren Umfragen zeigt sich hier zwar eine allmähliche Besserung der Situation<sup>27</sup>, die Geschwindigkeit dieser Entwicklung lässt aber zu wünschen übrig. Deutliche Verbesserungen sind nur bei einem sehr langfristig angelegten Vergleich wahrnehmbar; seit 2006 scheint die Entwicklung eher wieder zu stagnieren (damalige

---

<sup>25</sup> <http://www.levada.ru/press/2010060701.html>

<sup>26</sup> Dieselbe Umfrage

<sup>27</sup> 1994, zur Hochzeit der wirtschaftlichen Umbrüche, gaben noch 63% (!) an, fast alles in Güter des täglichen Lebens investieren zu müssen.

Umfrageergebnisse: „in etwa die Hälfte“: 35%, „in etwa zwei Drittel“: 27%, „fast alles“: 17%). Es lassen sich somit heute noch Gemeinsamkeiten mit der (oftmals katastrophalen) wirtschaftlichen Situation der russischen Haushalte in den 1990er-Jahren feststellen. Eine 1997 durchgeführte Studie ergab, dass damals nur 5% der Russinnen und Russen ihre private finanzielle Situation als gut einschätzten, 45% meinten, diese sei mittelmäßig, und für den übrigen Teil (also 50%) stellte sie sich gar „katastrophal und unerträglich“ dar.<sup>28</sup> Aktuelle Ergebnisse aus dem August dieses Jahres weisen weiters darauf hin, dass ein überwiegender Teil der Bevölkerung (82%) aufgrund der andauernden Brandkatastrophen im Süden des Landes in absehbarer Zukunft wieder eine Verschärfung des Lebensmittelmarktes, allen voran der Preise auf Brot, erwartet.<sup>29</sup>

Dies macht einmal mehr deutlich, dass es um das Vertrauen der Bevölkerung in Versorgungssicherheit und Krisenresistenz der russischen Wirtschaft noch immer mehr als bescheiden bestellt ist. Zu den „hausgemachten“ Problemen des ökonomischen Sektors trat 2008 noch ein gravierender externer Faktor hinzu, nämlich der Finanzkrach aus dem Herbst dieses Jahres und all seine realwirtschaftlichen Implikationen. Im März dieses Jahres bejahten 63% der RussInnen die Frage, ob diese Krise „bedeutende“ Auswirkungen auf ihr tägliches Leben gehabt hätte.<sup>30</sup> Im selben Zusammenhang ergab eine Umfrage im August 2010, dass noch knapp ein Viertel der russischen Bürger und Bürgerinnen eine weitere Verschlechterung in dieser Hinsicht erwartet, und weitere 19% meinten, man hätte wenigstens die Talsohle erreicht und eine weitere Verschlimmerung der ökonomischen Situation stehe für sie nicht mehr im Raum. Dass eine etwaige Erholung der Märkte und der Wirtschaftslage in Russland bereits im Gange sei, behaupteten 25%.

Die angespannte Lage der russischen Wirtschaft, deren eigentliche Problematiken ja tiefer liegen als die bloßen Effekte einer global rückläufigen ökonomischen Entwicklungen der letzten zwei Jahren, spiegelt sich in besonderer Weise in Fragen zum Gefühl sozialer Sicherheit wieder. Vor allem Fragen über das russische Pensionssystem offenbaren in diesem Zusammenhang über die Maßen Interessantes, wie eine Umfrage aus Dezember 2009 zu Tage fördert. So ist vor allem unter jungen Leuten und Personen mittleren Alters (18-24 Jahre) der Anteil jener sehr hoch, die meinen, auch nach dem staatlichen

---

<sup>28</sup> Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim: Der Transformationsprozess in Rußland – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Europa Union Verlag, Bonn, 1997, S. 160

<sup>29</sup> <http://www.levada.ru/press/201008061.html>

<sup>30</sup> <http://www.levada.ru/press/2010030202.html>

Pensionsantrittsalter weiter einer geregelten Tätigkeit nachgehen werden zu müssen, um ein finanzielles Auslangen zu finden (28% bzw. 32%). Auf die staatliche Pension verlassen sich zurzeit allem Anschein nach nur die über 55-Jährigen. In diesem Alterssegment geben 81% an, mit der staatlichen Pension wohl ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Doch blickt man genauer hin, so ist besonders in dieser Altersgruppe der Anteil jener ungewöhnlich hoch, die meinen, in ihrer Pension im besonderen Ausmaß von der Hilfe ihrer Angehörigen abhängig zu sein/zu werden (15% im Vergleich zu einem Schnitt von knapp 4% in den jüngeren Bevölkerungsschichten).<sup>31</sup>

Einen weiteren Indikator für das immer noch fehlende Gefühl sozialer Sicherheit liefert eine weitere Umfrage aus diesem Zeitraum zu den wirtschaftlichen Ängsten der Moskauer und Moskauerinnen: für 49% von ihnen ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes die größte aktuelle Belastung in dieser Hinsicht, 46% befürchten eine weitere Verschlechterung ihrer Einkommenssituation.<sup>32</sup> Zudem antworteten im Juli dieses Jahres 68% der russischen Bürger, über keinerlei Ersparnisse zu verfügen.<sup>33</sup> In diesem Zusammenhang wird aber zumindest deutlich, dass das Vertrauen in die heimische Währung in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist: Hätten sie Ersparnisse, so 46% der RussInnen, wäre es mit Sicherheit am vorteilhaftesten, diese in Rubel anzulegen.<sup>34</sup> Ihren Optimismus bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung scheinen aber viele Russinnen und Russen dennoch noch nicht gänzlich verloren zu haben: immerhin geben im April 2010 57% von ihnen an, in den nächsten zehn Jahren mit einer massiven wirtschaftlichen Erholung des Landes zu rechnen. Bei allen hier präsentierten Umfragedaten erscheint dies aber wohl eher als purer Zweckoptimismus denn als reale Zuversicht.<sup>35</sup>

Neben den offensichtlichen alltäglichen Schwierigkeiten der russischen Bevölkerung in wirtschaftlichen Belangen tragen noch andere Unsicherheiten massiv zur Unzufriedenheit unter breiten Schichten der BürgerInnen bei. Wie bereits erwähnt, ist auch die medizinische Versorgung und die Situation im Gesundheitssystem allgemein für viele ein Anlass zur Sorge. Ebenso stellt sich die Lage am Bildungssektor dar. 41% der Eltern geben in einer jüngsten Befragung vom August 2010 hierzu an, ihre Kinder lernten heute in der

---

<sup>31</sup> <http://www.levada.ru/press/2009111206.html>

<sup>32</sup> <http://www.levada.ru/press/2009121406.html>

<sup>33</sup> <http://www.levada.ru/press/2010071601.html>

<sup>34</sup> Dieselbe Umfrage

<sup>35</sup> <http://www.levada.ru/press/2010040602.html>

Schule weniger und schlechter als sie in ihrer (wohl meist sowjetischen) Schulzeit. Nur 17% sehen eine positive Entwicklung in diesem Zusammenhang.<sup>36</sup> Noch im Juli schätzten gar 37% der Befragten die Situation auf dem Bildungssektor als eines der größten aktuellen Probleme des Landes ein. Ihrer Meinung nach sei die Regierung dazu verpflichtet, hier mehr Budgetmittel bereitzustellen.<sup>37</sup> Im Hinblick auf die Hochschulbildung stellt sich die Situation für viele RussInnen ebenso wenig zufriedenstellend dar: durch die Einführung eines vereinheitlichten staatlichen Aufnahmeverfahrens „EGĖ“ für die Hochschulen im Jahr 2009 seien Geschenkkannnahmen und Bestechung eher noch gestiegen, meinten 27% der Befragten. 31% meinten, die Situation habe sich wenigstens nicht verschlechtert, und lediglich 15% sahen dahingehend eine Verbesserung.<sup>38</sup>

Das Thema Korruption ist naturgemäß auch in allgemeiner Hinsicht ein stetes Problemfeld der russischen Bevölkerung. Einerseits ergab eine Umfrage im Mai 2010, dass lediglich 10% der Bevölkerung das Zahlen von „Schmiergeld“ (russ.: vzjatki) als Verbrechen sehen. Für 30% ist es ein legitimes Mittel, als „einfacher Mann/Frau“ für seine Probleme eine angemessene Lösung zu erreichen. Und für 50%, also die Hälfte der russischen Bürger, ist es ein normales Mittel zur Kommunikation und der Praxis im Umgang mit staatlichen Organen und Beamten.<sup>39</sup> Eng damit hängt auch die Frage nach Rechtsicherheit zusammen, die sich de facto bei derartigen Umfrageergebnissen aufdrängt. Auch hier zeigt sich ein eindeutiges Bild: So geben 67% der Bevölkerung an, Sicherheitsorganen in erster Linie mit Vorsicht zu begegnen, bei lediglich 30% erwecken diese Vertrauen und ein gewisses Sicherheitsgefühl. 63% glauben, ein Akt der Willkür oder generell ein rechtswidriger Übergriff auf sie selbst oder nahe Verwandte durch die Sicherheitsorgane liege im Bereich des Möglichen. Nur 24% halten dies für wenig wahrscheinlich.<sup>40</sup> Diese Ergebnisse zeigen im Vergleich mit früheren Umfragen zur selben Fragestellung, dass auch hier zwar leichte Aufwärtstendenzen zu verzeichnen sind, aber wiederum Deutlichkeit und Geschwindigkeit der Entwicklung als nicht zufriedenstellend einzustufen sind. (Werte vom November 2004: 70% fühlen sich unsicher, 19% haben Vertrauen in staatliche Organe)<sup>41</sup>

---

<sup>36</sup> <http://www.levada.ru/press/2010083002.html>

<sup>37</sup> <http://www.levada.ru/press/2010060701.html>

<sup>38</sup> <http://www.levada.ru/press/2010060100.html>

<sup>39</sup> <http://www.levada.ru/press/2010051201.html>

<sup>40</sup> <http://www.levada.ru/press/2010021605.html>

<sup>41</sup> Dieselbe Umfrage

Fast die Hälfte der Russinnen und Russen bejahte im Juni 2010 noch die Frage, ob staatliche Beamte heutzutage nicht größtenteils außerhalb eines gesetzlichen Rahmens agierten. Und im selben Zuge meinten 63%, dass vor Gericht in Angelegenheiten zwischen Bürgern und staatlichen Vertretern stets zweite bevorzugt würden, ungeachtet dessen, wie die genaue Sachlage sich darstelle. 10% meinten, vor Gericht würde in erster Linie nach Prinzipien der Gerechtigkeit und der Rechtslage entschieden. Ein eher geringer Anteil, wenn man dazu noch in Vergleich zieht, dass 17% der Russen und Russinnen glauben, Gerichte entschieden in erster Linie zu Gunsten des „Bestbieters“, ungeachtet der Sachlage und der Beteiligten.<sup>42</sup>

Dieser kurze Abriss alleine erlaubt einen guten Einblick in die aktuelle Gefühlslage der russischen Bürgerinnen und Bürger und verdeutlicht in eindeutiger Weise, dass Problemstellungen und Konfliktpotential in der Gesellschaft wohl zur Genüge vorhanden sind. Hans Peter Haarland und Hans-Joachim Niessen erarbeiteten schon Mitte der 1990er-Jahre auf Basis empirischer Umfrageforschung ein Spektrum der Wertorientierungen russischer Bürgerinnen und Bürger, dessen Ergebnis vor dem Hintergrund heutiger Misstände in der russischen Gesellschaft vom besonderer Relevanz erscheint. Die von Haarland und Niessen präsentierte Tabelle führt unter anderem Werte wie „Nach Sicherheit streben“, „Respekt vor Gesetz und Ordnung“, „Hohes Einkommen erzielen“, „Sozial Benachteiligten und Randgruppen helfen“ auf den vorderen bis mittleren Plätzen.<sup>43</sup> Gerade diese Wertvorstellungen dürften bei den gesellschaftlichen Problemstellungen (auch und besonders heute noch) unter stete Probe gestellt sein. Logisch wäre es, in diesem Zusammenhang anzunehmen, jener Konflikt zwischen den schwierigen Realitäten des täglichen Lebens und den inneren Wertorientierungen führe zur Ausformung einer präsenten, gefestigten Protest- und Oppositionskultur und zu einem politischen Meinungsspektrum, auf der die Seite der oppositionellen Kräfte zumindest deutlich vertreten ist.

---

<sup>42</sup> <http://www.levada.ru/press/2010062501.html>

<sup>43</sup> Für die Erstellung dieser Werttabelle wurde nach dem Prinzip des arithmetischen Mittels vorgegangen. Werte konnten von „außerordentlich wichtig“ bis „überhaupt nicht wichtig“ in einem vierstufigen Skalensystem bewertet werden. Auf den vorderen Plätzen finden sich eher „traditionelle“ Wertorientierungen wie „Harmonisches, gutes Familienleben führen“ (für 94% der Befragten zumindest „wichtig“, für 75% sogar „außerordentlich wichtig“) und „Im Umgang mit anderen fair sein“ (91% d. Befr.: „wichtig“). Schon auf Platz drei und vier folgen mit „Nach Sicherheit streben“ (90% d. Befr.: „wichtig“) und „Respekt vor Gesetz und Ordnung“ (88% d. Befr.: „wichtig“) erste politisch relevante Werte. Vgl. hierzu: Haarland/Niessen 1997, S. 191f

Im nächsten Abschnitt wird versucht, aufzuzeigen, wie die Bevölkerung mit ihren Meinungen und politischen Forderungen agiert, und ob überhaupt aktives politisches Handeln und Engagement stattfindet. Ein solches würde ein fortgeschrittenes Maß an demokratischem Bewusstsein demonstrieren und eine lösungsorientierte, inklusive Art von Politik fundieren.

## 2.2. Grundlegende Meinungen der Russen und Russinnen zu Politik

### 2.2.1. Regierung und oppositionelle Kräfte: Kräfteverhältnis an der Wahlurne

Das präsentierte übervolle Sortiment an Problemlagen der aktuellen russischen Gesellschaft zieht, und das ist keineswegs verwunderlich, ein dementsprechend negatives Zeugnis nach sich, welches die Bevölkerung der jetzigen Regierung ausstellt. Beim Kampf gegen die allgegenwärtige Inflation, bei der Arbeitsmarktsicherung, beim Aufbau eines Netzes zur sozialen Absicherung – hier überall wird der Regierung Versagen vorgeworfen.<sup>44</sup> Umso bemerkenswerter, dass auch bei aktuellen Umfragen zur „Sonntagsfrage“ der derzeitige Präsident Dmitrij Medved’ev und vor allem Premierminister Vladimir Putin die mit Abstand besten Resultate erzielen. Laut einer jüngsten Umfrage würden 27% Putin zum Präsidenten der Russischen Föderation wählen, wären nächsten Sonntag Wahlen, und immerhin 20% gäben seinem Adlatus<sup>45</sup> Medved’ev ihre Stimme. Als erster oppositioneller „Herausforderer“ folgt ihnen der Präsident der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (in Zukunft kurz KPRF) Viktor Zjuganov abgeschlagen auf Platz 3 – er erhielt lediglich 4% der Stimmen. Noch etwas weniger, nämlich gerade einmal 3% der Stimmen, könnte Vladimir Žirinovskij, Obmann der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR), auf sich vereinen. Der Mitbegründer der laut eigener Auffassung sozial-demokratischen und sozial-liberalen<sup>46</sup> Partei „Jabloko“ Grigorij Javlinskij erreichte noch nicht einmal die Ein-Prozent-Grenze. Hier tut sich offensichtlich ein markanter Widerspruch auf: einerseits zeichnet die Regierung und die politische Elite rund um Ex-Präsident und Premierminister Putin nach

---

<sup>44</sup> Vgl. diese Umfrage vom 27. August 2010: <http://www.levada.ru/press/2010082702.html>

<sup>45</sup> Auf den Eindruck, den das Führungsgespann derzeit bei der russischen Bevölkerung erweckt, wird noch eingegangen werden.

<sup>46</sup> Zur näheren Verortung der russischen Parteien in einem Parteienspektrum westlicher Art mehr im Abschnitt „Opposition auf parlamentarischer Ebene“

Meinung vieler für einen großen Teil der gesellschaftlich relevanten Missstände verantwortlich, andererseits scheint sich diese Meinung nicht oder nur bedingt im konkreten politischen Verhalten der Russinnen und Russen niederzuschlagen. Als gute Referenz kann hier das Wahlergebnis der Präsidentenwahl vom Frühjahr 2008 wiedergegeben werden: Dmitrij Medved'ev erreichte als Kandidat des Präsidentenlagers rund um den scheidenden Amtsinhaber Putin 70,28% der abgegebenen Stimmen. Als bester Kandidat der oppositionellen Kräfte zeigte sich einmal mehr Zjuganov, der 17,27% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Auf Platz drei landete mit 9,35% Žirinovskij.<sup>47</sup> Die Unzufriedenheit, die sich unter den Wählern auch allmählich Ex-Präsident Putin gegenüber breitzumachen scheint<sup>48</sup>, spielte allem Anschein bei der Stimmabgabe nur eine untergeordnete Rolle. Kann bei einer Präsidentenwahl noch der Persönlichkeitsfaktor als maßgebliche Determinante für den Wahlausgang postuliert werden, so müsste sich bei eher weniger personenorientierten Wahlen wie etwa denen zum Parlament ein anderes Bild bieten. Dem ist aber nicht so: bei den letzten Wahlen zur Staatlichen Duma, dem Unterhaus des russischen Parlaments, im Dezember 2007, also relativ zeitnah zur folgenden Präsidentenwahl, erreichte mit Edinnaja Rossija eine Partei die überwältigende Mehrheit (nämlich 64,30%), die in enger Verbindung zur Führungsriege rund um Putin und Medved'ev steht. Das beste Wahlergebnis der oppositionellen Kräfte fuhr auch hier das kommunistische Lager ein: die KPRF rund um ihren Spitzenkandidaten Zjuganov kam auf 11,57%. Weiters schafften noch die LDPR und Sergej Mironovs Wahlbündnis „Gerechtes Russland“ den Einzug in die Volksvertretung. Die liberale Partei „Jabloko“ verfehlte dieses Ziel diesmal hingegen klar, für sie stimmten diesmal gar nur 1,59%.<sup>49</sup>

---

<sup>47</sup> Verlautbarung der Wahlkommission der Russischen Föderation Nr. 104/777-5 vom 7. März 2008 „Über die Resultate der Wahlen zum Präsidenten der Russischen Föderation“, aufzurufen unter <http://www.rg.ru/2008/03/08/cik-president-dok.html>

<sup>48</sup> Eine im August 2010 durchgeführte Umfrage ließ die Befragten die besonderen Erfolge und Misserfolge von V. Putin bewerten. Die „Verbesserung der Beziehungen zu den westlichen Ländern“ wurde von 23% der Befragten als sein größtes Verdienst gesehen und führt damit die Liste der positiven Vermächnisse des Ex-Präsidenten an. Auf Seite der Misserfolge landet der erfolglose „Kampf gegen Korruption und Bestechung“ auf Platz eins, 34% der Befragten sehen in dieser Hinsicht das größte Scheitern Putins. Beim „Kampf gegen die Oligarchen und für die Beschränkung ihres Einflusses“ sehen 24% ein nicht zufriedenstellendes Ergebnis. 18% hätten sich vom jetzigen Premierminister bei der „Verbrechensbekämpfung“ mehr erwartet.

Detaillierte Tabelle aufrufbar unter: [Hhttp://www.levada.ru/press/2010081201.html](http://www.levada.ru/press/2010081201.html)

<sup>49</sup> Offizielle Daten aus dem Protokoll Nr. 72/591-5 der Wahlkommission „Über die Resultate der Wahlen der Debutierten zur Staatlichen Duma der Föderalversammlung der Russischen Föderation in der 5. Zusammensetzung“ vom 8. Dezember 2007, aufrufbar auf dem Internetauftritt der Wahlkommission unter: [http://www.cikrf.ru/elect\\_duma/results/index.jsp](http://www.cikrf.ru/elect_duma/results/index.jsp)

Diese beiden jüngsten Ergebnisse auf föderaler Ebene durchgeführter Wahlen in Russland verfestigen das bereits skizzierte Bild nur noch: die russische Bevölkerung ist sich den alltäglichen Problemen und der Verantwortung, die die herrschende politische Klasse dafür trägt, einerseits sehr wohl bewusst, der Weg, über den Urnengang dieser Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, scheint aber für die meisten Bürger keine ernstzunehmende Alternative. So ist es den oppositionellen Kräften bis dato<sup>50</sup> nur in äußerst beschränktem Umfang möglich, unzufriedene Russinnen und Russen für ihre Parteien am Wahltag zu mobilisieren.

Um den Gründen dieses Verhaltens auf den Grund zu gehen, widmet sich die nächsten Abschnitte den konkreten Einstellungen der russischen Bürger und Bürgerinnen zu Demokratie, politischem Engagement, Parteien und den oppositionellen Kräften.

### 2.2.2. Einstellungen der BürgerInnen zur Demokratie

Will man die Wert- und Verhaltensorientierungen von Handelnden in einem spezifischen System (in diesem Fall das politische System der russischen Föderation) analysieren und bewerten, so ist es wohl unabdingbar, als Basis dafür einen Überblick darüber zu erhalten, in wie weit sich jene Handelnden (die russischen BürgerInnen) mit den herrschenden politischen Realitäten überhaupt identifizieren und welche Qualitäten sie zu oberst von einem politischen System erwarten.

Diese Überlegungen ziehen konsequenterweise die Frage nach sich, wie wichtig demokratische Entwicklung und demokratische Politik den Russen und Russinnen allgemein betrachtet überhaupt sind. Russland und seine Eliten bekennen sich de facto seit 1991 zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung, auch wenn diese Bekenntnisse oftmals nur rhetorischer Natur zu sein scheinen. In diesem Zusammenhang bieten abermals von Haarland und Niessen erarbeitete empirische Grundlagen über die Grundfesten des Politikverständnisses der russischen Bevölkerung einen wichtigen Ausgangspunkt. Bei ihrer 1997 erschienenen Studie stellten sie die Frage, welche Qualität des politischen Systems derzeit für die Befragten am maßgeblichsten sei und ließen sie, je nach persönlicher Präferenz, zwischen den Begriffen „Ordnung“ und „Demokratie“ wählen. Im Schnitt

---

<sup>50</sup> Eine genauere Darstellung der Entwicklung der russischen Parteienspektrums seit dem Ende der Sowjetunion erfolgt im Abschnitt „Opposition auf parlamentarischer Ebene“



entschieden sich über 70% für die „Ordnung“, die ihnen „wichtiger“ sei. Haarland und Niessen folgerten damals schlüssig, dass die „Sehnsucht nach Stabilität und geordneten Verhältnissen bei der russischen Bevölkerung bis heute unvermindert“ anhielte.<sup>51</sup> Die Unzufriedenheit mit der Demokratieentwicklung erreichte im selben Zeitraum einen Tiefpunkt: wie sich in der Studie ebenfalls herausstellte, waren damals knapp 86% der Russinnen und Russen mit den diesbezüglichen Entwicklungen im Lande wenig oder gar nicht zufrieden.<sup>52</sup>

Dass sich diese Momentaufnahmen zivilen Unmuts in einer der heftigsten Phasen tiefgreifender politischer und wirtschaftlicher Umwälzungen bis heute zu einer grundlegenden Werthaltung gegenüber dem politischen System verfestigt haben, zeigen wiederum aktuelle Umfragedaten: so gaben noch im Dezember 2009 knapp 60% der Befragten an, für sie erscheine Ordnung zurzeit wichtiger als Demokratie, lediglich 18% gaben der Demokratie den Vorzug. Im historischen Verlauf bietet sich folgendes Bild:

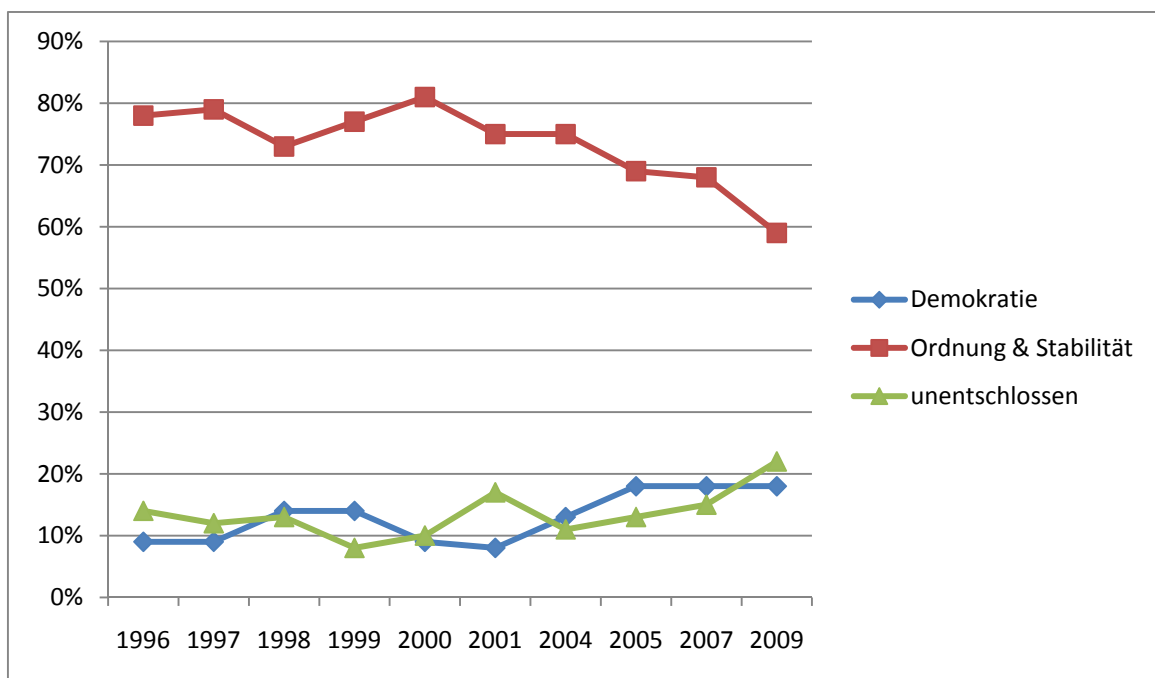


Abbildung 1: Unterstützungswerte für Demokratie/Ordnung in Prozent der Befragten im historischen Verlauf (vgl.: <http://www.levada.ru/press/2010012105.html>). Umfrage durchgeführt im Jänner 2010.

Immerhin 57% der Probanden dieser Studie gaben bei einer anderen Frage an, „Russland brauche Demokratie“, 23% hingegen schlossen die Demokratie als geeignete Staatsform in

<sup>51</sup> Haarland/Niessen 1997: S. 208f

<sup>52</sup> Ebenda!

Russland aus.<sup>53</sup> Zu vorschnell sollte man allerdings nicht schließen, dass diese breite Mehrheit für die Demokratie auch automatisch einen erfolgreichen Weg der Reformen für die Zukunft abzeichnen würde. Denn neben ihrem Unwillen zu basisdemokratischem Engagement zeichnet die russische Bevölkerung noch ein etwas eigenwilliges Verständnis vom Begriff „Demokratie“ selbst aus.

Zum ersten sind lediglich 23% der Teilnehmer an oben genannter Umfrage der Meinung, Russland brauche eine Form der Demokratie, wie sie in den westlichen Ländern vorgelebt werde (zum Vergleich: 14% der Befragten sind immerhin noch der Meinung, Russland brauche eine Form der Demokratie, wie sie zu Zeiten des Sowjetsozialismus praktiziert worden sei!), und 43% schließen sich dem Standpunkt an, für Russland sei „eine Form der Demokratie, die den nationalen Traditionen und den Spezifika Russlands gerecht werde,“ das Erstrebenswerteste<sup>54</sup>. Folgende Darstellung verdeutlicht das Verhältnis auch graphisch:

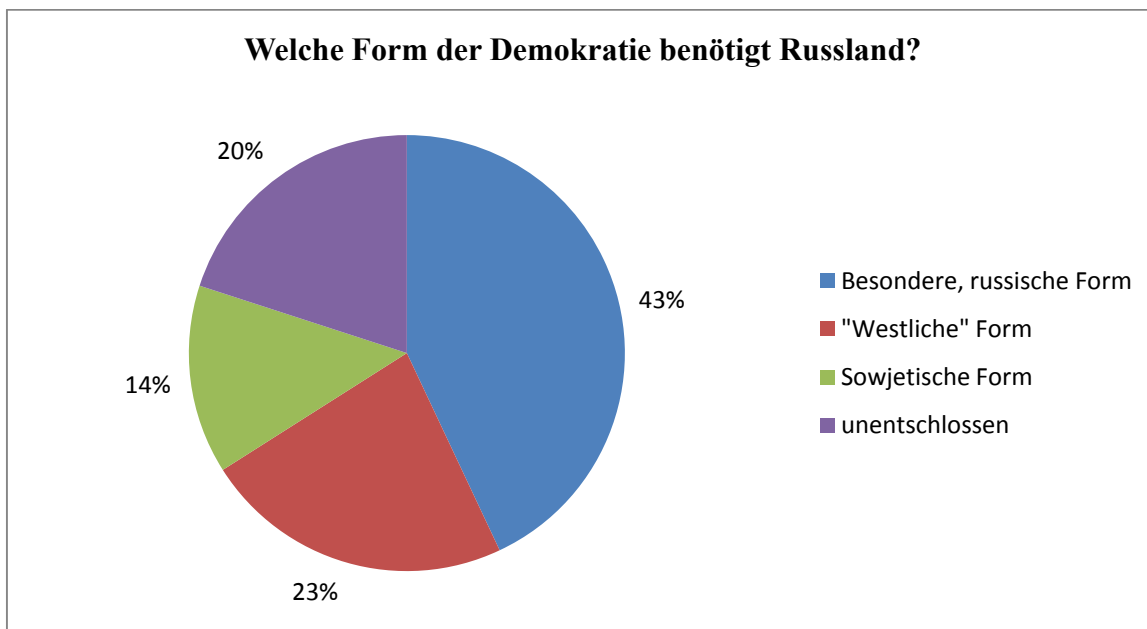


Abbildung 2: Präferenzen für verschiedene "Formen der Demokratie" in Prozent der Befragten (Vgl.: <http://www.levada.ru/press/2010012105.html>). Umfrage durchgeführt im Jänner 2010.

Ian Mc Allister und Stephen White sprechen in diesem Zusammenhang vom „Putin-Effekt“. Diese pointierte Einschätzung trägt dem Umstand Rechnung, dass es vor allem seit der Amtsassnahme Putins zu einer eindeutigen Veränderung der öffentlichen Meinung

<sup>53</sup> <http://www.levada.ru/press/2010012105.html>

<sup>54</sup> Dieselbe Umfrage

in Hinblick auf die Akzeptanz politischer Systemtypen gekommen ist. So waren 2003 nur 7% der Befragten der Meinung, dass ein System „sowjetischen Typs, aber mit mehr Demokratie“ ihr Präferenz für das heutige Russland wäre, 2007 war der Anteil derjenigen, die ein derartiges Hybridsystem befürworten würden, auf über 30%. Im gleichen Zeitraum fiel der Anteil der Befürworter einer „westlichen Form der Demokratie von 18% auf 13%.<sup>55</sup> Sprechen die aktuellen Umfragedaten, wie in Abbildung 2 ersichtlich, mittlerweile wieder eine etwas andere Sprache, so bleibt der Kern von Mc Allister und Whites Aussage zum Phänomen Putin wohl nicht nur bestehen, sondern scheint der Fakt, dass es im Zuge der Amtsübernahme durch Medved'ev dahingehend zu einer Umkehr der Entwicklung kam, diesen Effekt neuerlich zu bestätigen. 90% (2003) der Bevölkerung gaben im selben Zuge an, ein positives Bild von ihrem damaligen Staatschef zu haben, lediglich ein Zehntel war anderer Meinung. In Hinblick auf die Beweggründe der Bevölkerung, ihrem Präsidenten derartige Unterstützung widerfahren zu lassen, wie sie durch die Wahlergebnisse der Dumawahl 2007 ein weiteres Mal unterstrichen wurde, äußern sich beide wie folgt: „Putin appeared to represent a successful transition to a stable and deliberately ‚Russian‘ form of democracy that had considerable attraction for ordinary voters after the confusion and lawlessness of the Yel'tsin years.“<sup>56</sup> Wie groß sich die Enttäuschungen und Erwartungshaltungen nach dieser Periode „zerfallender Staatlichkeit“<sup>57</sup> darstellten, illustriert in eindeutiger Manier ein ebenfalls von Mc Allister und White herangezogene Umfrage zu der Frage, ob ein „starker Führer“ für die Entwicklung Russlands vorteilhafter wäre als Gesetze. In der Tat bejahten dies 2007 noch 37% der Bevölkerung (zum Vergleich: 2003 waren es bei selbiger Frage 40%), nicht einverstanden mit dieser These waren 28% (2003: 27%). Es bot sich also ein relativ stabiles Bild des Rufes nach einer starken exekutiven Kraft über den Vergleichszeitraum, in dem die Hochphase der Putin'schen Machtentfaltung zu verorten ist.

Interessant auch der Fakt, dass es zwischen den Einkommensschichten keinerlei Unterschiede in der Unterstützung für die Demokratie zu geben scheint, wie ihn Vladimir Šlapentoch zur Sprache bringt. Anzunehmen wäre in der Tat, dass vor allem in einkommensschwachen Schichten die Unterstützung für das System Putin, das für einen

---

<sup>55</sup> Mc Allister, Ian/White, Stephen: „It's the Economy, Comrade!“ Parties and Voters in the 2007 Russian Duma Election. In: Europe Asia Studies, Ausg. 60, Nr. 6, August 2008, S. 931-957, inbes. S. 953f

<sup>56</sup> Ebenda: S. 952

<sup>57</sup> Ebenda!

beachtlichen Teil der Bevölkerung zu einer Besserung der materiellen Lebensverhältnisse führte, überdurchschnittlich starke Unterstützung erföhre. Diese These kann anhand russischer Umfrageergebnisse aber nicht bestätigt werden; es scheint viel mehr der Fall, dass die ablehnende Haltung gegenüber einer demokratischeren Gesellschaftsform unabhängig der Einkommen die russischen Bevölkerung durchzieht.<sup>58</sup>

Desweiteren verbindet ein Großteil der Befragten mit dem Begriff Demokratie Eigenschaften und Attribute, die nur rudimentär dem entsprechen, was in westlichen Ländern unter Demokratie verstanden wird: für 39% ist der Begriff ein Synonym für „wirtschaftlichen Aufschwung des Landes“, 37% verbinden mit ihm wiederum „Stabilität und Ordnung“, und 29% eine starke „Rechtsstaatlichkeit“. Nun stehen diese Ansichten einer demokratischen Ordnung naturgemäß nicht entgegen, sie bedingen diese gar, nur die Kernpunkte der Idee vom demokratischen Gemeinwesen berühren sie wohl kaum. Diese folgen – mit Ausnahme der „Rede-, Druck- und Meinungsfreiheit“, die 38% der Befragten untrennbar mit Demokratie verbinden – auf den hinteren Plätzen: Direktwahl der obersten Staatsorgane ist nur für 13% eine demokratische Notwendigkeit, gar nur 7% sehen zum Beispiel die Wahrung der Minderheitenrechte in diesem Zusammenhang als für essentiell an<sup>59</sup> (vergleiche Abbildung 3).

---

<sup>58</sup> Šlapentoch, Vladimir: Money as an Obstacle to Democracy. In: Hill, Ronald J./Cappelli, Ottorino (Hrsg.): Putin and Putinism, Verlag Taylor & Francis, New York, 2010, S. 41-61, insbes. S. 47

<sup>59</sup> <http://www.levada.ru/press/2010012105.html>

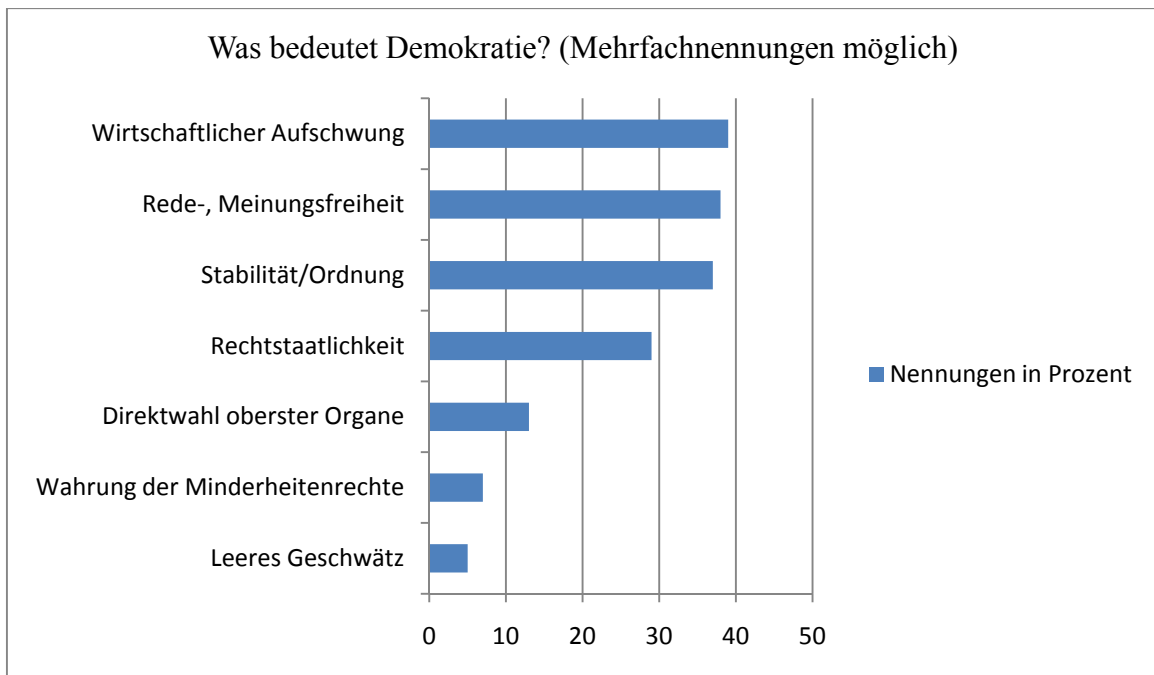


Abbildung 3: Definitionen vom eigenen Verständnis des Begriffs „Demokratie“. (Vgl.: <http://www.levada.ru/press/2010012105.html>). Umfrage durchgeführt im Jänner 2010.

Ein weiterer Faktor spielt in diesem Zusammenhang wohl ebenso eine tragende Rolle. So führt Richard Sakwa aus, dass eben das Wort „Demokratie“ in Russland in jüngster Vergangenheit zunehmend negativ konnotiert sei: „Opinion about democracy is negative, associated with the mass immiseration and political conflicts of the 1990s, (...)“<sup>60</sup>. Eine Erklärungsmöglichkeit wäre, dass sich Russinnen und Russen auf Grund dessen tendenziell weniger mit dem Begriff beschäftigen und damit die Entstehung unklarer Definitionsmuster begünstigt wird.

Steht, wie schon einleitend erwähnt, die gesamte demokratische Qualität des aktuellen russischen Regimes in Zweifel, so bietet sich auf Ebene der BürgerInnen ein ähnliches Bild. Zweifellos demokratisches Selbstverständnis scheint auch bei der breiten Bevölkerung noch nicht angekommen, schon allein die Definition des Begriffes bereitet der Mehrheit offensichtlich Schwierigkeiten. So nimmt es auch nicht Wunder, dass die Entwicklung hin zu einem Mehr an demokratischen Standards für einen Großteil der in den hier präsentierten Studien Befragten keineswegs oberste Priorität hat. Vielmehr scheint für

---

<sup>60</sup> Sakwa, Richard: Partial Adaption and Political Culture. In: Whitefield, Stephen (Hrsg.): Political culture and Post-Communism, Verlag Palgrave MacMillan, New York, 2005, S. 42-64, insbes. S. 57

die Mehrheit der Ruf nach „Ordnung und Stabilität“ und „mehr Wohlstand“ das Gebot der Stunde.

### 2.2.3. Meinungen zu politischem Engagement

Einleitend zu diesem Abschnitt sei die schon präsentierte Wertetabelle von Haarland und Niessen noch ein letztes Mal erwähnt. Auf dieser findet sich nämlich zweierlei Relevantes: Zum einen ist auf ihr auch die Wertorientierung „sich politisch engagieren“ eingetragen. Sie belegt aber mit der ihr verwandten Kategorie „Macht und Einfluss haben“ die abgeschlagenen letzten Plätze. Politisches Engagement bewerteten somit 1997 64% der Russen als „eher unwichtig“ bis „überhaupt nicht wichtig“, beim Faktor „Macht und Einfluss“ waren dies immerhin noch 55%.<sup>61</sup> Dass sich seit damals in dieser Einstellung vieler Russinnen und Russen wenig geändert hat, zeigt eine aktuelle Umfrage vom Juni 2010. Demnach könnten es sich 62% der Russen „wenig bis gar nicht“ vorstellen, sich politisch zu engagieren, und sei es auch nur auf kommunaler Ebene. Lediglich für eine Minderheit von 26% wären heutzutage unter Umständen dazu bereit.<sup>62</sup> In selber Umfrage wird auch näher auf die Gründe für eine solch ablehnende Haltung eingegangen. Wie sich zeigt, sind 34% der Befragten der Meinung, sich zu engagieren sei zwecklos, „ändern ließe ohnehin nichts – man hätte sich mit den Umständen abzufinden“. 24% unterstützen die Behauptung, Politik sei nichts für den „einfachen Bürger, sondern nur für die Mächtigen“. Und 23% meinen, sie hätten wichtigere Probleme des Alltags, um die sie sich zu kümmern hätten, ihnen fehle schlichtweg die Zeit, sich mit solchen Angelegenheiten zu beschäftigen.<sup>63</sup> Insgesamt schließen sich 85% der Befragten der Meinung an, dass „Leute wie sie“ nichts an Einfluss auf staatliche Entscheidungsfindung beitragen könnten.<sup>64</sup> Dieses Ergebnis vom März unterstreicht eine im Juni dieses Jahres durchgeführte Umfrage, bei denen 84% der Befragten angaben, politische Prozesse im Land nicht oder nur in äußerst geringem Ausmaß beeinflussen zu können.<sup>65</sup>

Es bietet sich, so lassen zumindest diese Ergebnisse schließen, für den selbst ernannten „einfachen Teil“ der russischen Bevölkerung ein Bild der relativen Machtlosigkeit

---

<sup>61</sup> Haarland/Niessen 1997: S. 191f

<sup>62</sup> <http://www.levada.ru/press/2010062501.html>

<sup>63</sup> <http://www.levada.ru/press/2010031602.html>

<sup>64</sup> Dieselbe Umfrage

<sup>65</sup> <http://www.levada.ru/press/2010062501.html>

gegenüber dem Staat und auch gegenüber den gewählten gesetzlichen Vertretern. Dass Mitspracherecht und politische Eigeninitiative als demokratische Grundbedingungen in Russland Einzug gehalten hätten, lässt sich bis heute eindeutig verneinen. Es entspricht nur den Gesetzmäßigkeiten der Logik, dass bei einem derartigen Bild, welches sich anscheinend einem großen Teil der Bevölkerung von der Möglichkeit zur politischen Mitwirkung und der steten Gefahr von staatlichen Repressalien<sup>66</sup> bietet, die Bereitschaft, persönlichen Problemen durch Formen von Demonstrationen oder Protestkundgebungen Gehör zu verschaffen, dementsprechend begrenzt ist. So hielten es Anfang des Jahres 2010 nur 20% der Befragten für wahrscheinlich, dass sie in nächster Zeit an einer solchen Aktivität teilnehmen könnten, 72% schlossen dies kategorisch aus. Desweiteren glaubten nur 27% der Befragten an die Möglichkeit, dass es in naher Zukunft in ihrem Heimatort oder Heimatbezirk zu einer Art Protestbewegung kommen könnte. Die große Mehrheit der Befragten, nämlich wiederum 66%, war gegenteiliger Ansicht.<sup>67</sup>

Wie die hier zitierte Umfrage mit ihren diachronen Vergleichswerten allerdings zeigt, stellen sich diese Umfrageergebnisse zum Unterschied vieler hier beobachteter Werte nicht als über lange Zeit fast unverändert stabil oder festgefahren dar<sup>68</sup>, sondern unterliegen konjunkturellen Schwankungen. Dabei können zwei Hochphasen des russischen „Protestantismus“ herausgefiltert werden, also Perioden, in denen die Bereitschaft zu Demonstrationen und/oder der Prozentanteil der Bevölkerung, der tatsächlich an solchen Aktivitäten teilgenommen hat, besonders hoch waren. Die erste dieser Phasen kann zwischen 1995 und 1999 ausgemacht werden, als bis zu 30% der Bevölkerung meinten, an Demonstrationen teilzunehmen sei für sie ein Option, und etwa 50% angaben, Demonstrationen in ihrem Heimatort/Heimatbezirk seien jederzeit möglich. Um die Jahrtausendwende ging diese erste Phase abrupt zu Ende. Dies mit dem Amtsantritt Putins und dem Scheiden des stets harsch kritisierten Ex-Präsidenten El'cin in Verbindung zu setzen, ist ohne Zweifel angebracht. Zwischen 2004 und 2006, also kurz nach Beginn der zweiten Amtsperiode Putins, kann nochmals erhöhte Bereitschaft zum Protest attestiert werden. Damals gaben immerhin noch 25% der Befragten an, Willens zu sein, ihrem Ärger

---

<sup>66</sup> Vgl. die bereits angesprochene Umfrage zur Bedrohung durch Akte der Willkür durch öffentliche Organe im Abschnitt „Aktuelle Problematiken des russischen Alltags“

<sup>67</sup> <http://www.levada.ru/press/2010031805.html>

<sup>68</sup> Vgl. etwa die stabilen Umfrageergebnisse zum Thema „Ordnung oder Demokratie“

öffentlich Luft zu verschaffen, und bis zu 35% gaben an, Formen von Protestkundgebungen seien in ihrer Nachbarschaft absolut möglich.<sup>69</sup>



Abbildung 4: Frage nach der Möglichkeit von Protesten in der Nachbarschaft und der Bereitschaft zur Teilnahme. Erstellt vom Institut f. Meinungs- und Umfrageforschung "Levada" im März 2010. (Aufrufbar unter <http://www.levada.ru/press/2010031805.html>)<sup>70</sup>

In der vom Levada-Institut hierzu erstellten grafischen Darstellung (Abbildung 4) sind diese Hochphasen deutlich auszumachen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem der Umstand, dass gerade diese zweite Phase des russischen „Protestantismus“, also die Zeit offensichtlich erhöhter gesellschaftlicher Unzufriedenheit, von keiner oppositionellen Kraft genutzt werden konnte, eine breite Basis gegen das aktuelle politische Establishment um sich zu versammeln. Es ist gerade das Gegenteil zu verzeichnen: in diese Phase fällt zu einem großen Teil der Aufstieg der Putin-treuen Partei „Einiges Russland“, mit der es dem amtierenden Präsidenten schlussendlich auch möglich war, die gesetzgebende Gewalt uneingeschränkt unter seine Kontrolle zu bringen. Die zeitnahsten Wahlen auf föderaler Ebene nach dieser Periode gesteigerter Protestbereitschaft waren die Wahlen zur Duma im Jahr 2007, dessen eindeutiges Ergebnis zugunsten der Putin-treuen Kräfte bereits nachzulesen war. Dass die Wählerschaft nach der ersten Amtsperiode Putins, in der offensichtlich Protestpotential entstanden war, und nach

<sup>69</sup> <http://www.levada.ru/press/2010031805.html>

<sup>70</sup> Übersetzungen: Titel „Protestaktionen“, Zeitlicher Überblick von Mai 94 bis Oktober 2009, Antwortmöglichkeiten „(Protestaktionen) absolut möglich“ (blaue Einfärbung) und „würde teilnehmen“ (türkise Einfärbung)



seiner Wiederwahl verstärkt zur Regierungslinie in Opposition ging, diese oppositionelle Haltung allerdings beim Wahlgang gewissermaßen zu Hause gelassen wurde, erscheint zunächst als paradox. In der diesem empirischen Teil folgenden Analyse und Präsentation von möglichen Erklärungsmustern wird auf diese Widersprüchlichkeit aber noch genauer eingegangen werden.

#### 2.2.4. Vertrauen in Regierung und oppositionelle Kräfte

Eine partielle Erklärung für das im letzten Abschnitt thematisierte Paradoxon kann jedenfalls schon aus Umfragedaten allein gewonnen werden. Wie sich zeigt, genießen vor allem die Führer oppositioneller Parteien unter der russischen Bevölkerung nur begrenztes Vertrauen. Als bester Oppositionsführer zeichnet sich hier V. Žirinovskij von der LDPR aus, dem laut eigenen Angaben 12% der Befragten einer im Dezember 2009 durchgeführten Umfrage Vertrauen schenken würden. Kommunisten-Führer V. Zjuganov kommt bei diesem Rating auf 8%, der Obmann des Wahlbündnisses „Gerechtes Russland“, S. Mironov, auf 4%<sup>71</sup>. Diese drei stellen in der 15-köpfigen Liste der am öftesten genannten Politiker so etwas wie Ausnahmen dar, zeichnen sich doch die meisten anderen durch Putin- und Kreml'-treue Haltung aus. Dem Premierminister selbst vertraut naturgemäß die Mehrheit der Befragten, nämlich 48%, der amtierende Präsident Medved'ev folgt auf Platz zwei, ihm vertrauen 38%. Auch einige Exoten finden sich auf dieser Liste, wie etwa der weißrussische Präsident A. Lukašenko, dem 3% der Russen ihr Vertrauen schenken würden und der damit russische Oppositionspolitiker wie G. Javlinskij und V. Lukin hinter sich lässt<sup>72</sup>. Das Vertrauen in die Führungselite rund um Präsident Putin erweist sich zudem seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 als relativ stabil, wie die grafische Darstellung des historischen Verlaufs in Abbildung 5 verdeutlicht:

---

<sup>71</sup> <http://www.levada.ru/press/2009121701.html>

<sup>72</sup> Ebenda!

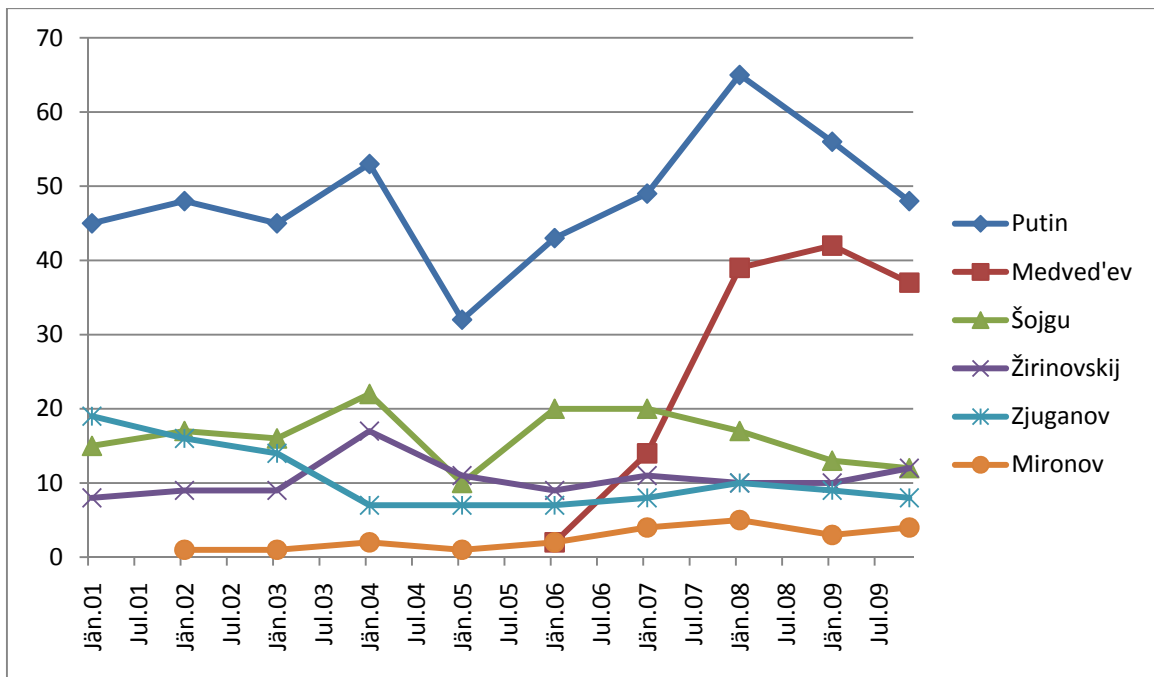


Abbildung 5: Grafik erstellt aus Umfragedaten zur standardisierten Fragestellung "Nennen sie 5-6 Politiker, denen sie am meisten Vertrauen", diachrone Darstellung der Werte seit Jänner 2001 in Tabellenform vom Februar 2010 aufrufbar unter <http://www.levada.ru/press/2010022401.html>

Dasselbe Bild bietet sich beim Vertrauen in die russischen Parteien. Zwar sind immerhin 70% der Befragten im Oktober 2009 der Meinung, oppositionelle Bewegungen und Parteien seien in Russland eine Notwendigkeit, mit den bereits existierenden Gruppierungen können die Teilnehmer der Umfrage aber eher weniger anfangen. Mit 58% genießt hier wiederum die Putin-treue Partei „Einiges Russland“ das größte Vertrauen, auf Platz zwei folgt die KPRF, der 34% der Befragten „wohlwollend“ gegenüber stehen. Gute Ergebnisse erreichen hier auch die LDPR und „Gerechtes Russland“ (26% bzw. 28% würden ihr Verhältnis zu diesen Kräften ebenfalls als „wohlwollend“ beschreiben), sehr schlecht hingegen schneidet die liberale Partei „Jabloko“ ab. 31% der Befragten würden ihr Verhältnis zu ihr als „ablehnend“, weitere 41% als „gleichgültig“ beschreiben. Echte Unterstützung erhielt das von V. Lukin und G. Javlinskij schon Anfang der 1990-er Jahre als liberale Kraft ins Leben gerufene Bündnis nur von 8% der Probanden.<sup>73</sup>

Offensichtlich gelingt es den offiziellen Vertretern der oppositionellen Kräfte im Land wenig bis kaum, größere Bevölkerungsteile direkt anzusprechen. Nach wie vor – und das allen bereits entstandenen Vorhaltungen und Kritikpunkten zum Trotz – schafft es die

<sup>73</sup> <http://www.levada.ru/press/2009102905.html>

Führungselite, bei der Bevölkerung den Eindruck zu hinterlassen, die richtige Wahl zu sein, wenn es darum geht, die tiefgreifenden sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Probleme des Landes in Angriff zu nehmen. Misserfolge und offensichtliche Fehlentwicklungen scheinen das Vertrauen der Russinnen und Russen in ihre Führungsriege nur in geringem Ausmaß zu schmälern, es zeigt sich vielmehr eine überaus stabile Front der Unterstützung für die aktuellen Machthaber (vgl.: Abbildung 5). Immerhin sehen 59% der Russinnen und Russen die Notwendigkeit einer starken oppositionellen Kraft in Russland, wie eine im Juli 2009 durchgeführte Umfrage ergab. Im gleichen Atemzug sind aber nur 39% der Befragten der Meinung, es gäbe derzeit überhaupt oppositionelle Kräfte, 38% verneinen dies.<sup>74</sup>

### 2.3. Protestbewegungen als Hauptform russischer Oppositionskultur am Beispiel der „Bewegung 31“

Ist es um die generelle Bereitschaft zu öffentlichen Kundgebungen unter einem Großteil der russischen Bevölkerung nicht allzu gut bestellt, so bedeutet dies aber nicht, dass es nicht auch gegenteilige Strömungen in der Gesellschaft zu beobachten gäbe. Immer wieder schaffen es kleine Protestbewegungen, die Schwelle zur öffentlichen Aufmerksamkeit zu überwinden und ihrer Sache Gehör zu verschaffen. Ein aktuelles Beispiel bildet die vom Schriftsteller und Ekzentriker Eduard Limonov ins Leben gerufene „Bewegung 31“ („Dviženie 31“), die erstmals seit längerer Zeit auch wieder einiges mediales Echo hervorgerufen hat.<sup>75</sup> Sie verschreibt sich dem 31. Artikel der Verfassung der Russischen Föderation, in dem die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit gewährleistet wird, und setzt zu diesem Zwecke jeden 31. eines Monats, als zweimal im Quartal, Protestkundgebungen an belebten Plätzen in Moskau – zuletzt etwa an der Puškinskaja<sup>76</sup>. In der Bevölkerung scheinen diese Aktionen Anklang zu finden: so sprechen sich bei einer Umfrage im Juli 2010 85% der Russen und Russinnen dafür aus, dass der Staat den Wünschen und Kritiken der Protestanten Gehör schenken sollte. Lediglich 8% sind

---

<sup>74</sup> <http://www.levada.ru/press/2009072802.html>

<sup>75</sup> Vor allem unabhängige Nachrichtendienste im Internet wie „svobodanews.ru“, „grani.ru“ et al. griffen/greifen dieses Thema wiederholt auf.

<sup>76</sup> [Hhttp://www.grani.ru/blogs/free/entries/180343.html](http://www.grani.ru/blogs/free/entries/180343.html)

gegenteiliger Meinung<sup>77</sup>. Bei der Frage, ob dies denn auch geschehen werde, meinten hingegen mehr als 55%, dass die Machthaber diesen Protesten ohnehin keinerlei Aufmerksamkeit zukommen ließen, 22% glaubten, dass sehr wohl auf Protestaktionen wie diese eingegangen und anschließend nach Lösungen gesucht werde.<sup>78</sup> Limonovs (und seiner Unterstützer) primäres Kommunikationsmittel ist das Internet in Form seiner eigenen Website<sup>79</sup>, ein Umstand, dem auch Ulrich Heyden und Ute Weinmann in ihrer ausführlichen Analyse dieser Art von russischem zivilem Widerstand Rechnung getragen haben. Das Internet diene „der politischen Opposition in Russland als virtueller Raum zur Kommunikation und Verbreitung von Nachrichten, die in den offiziellen Medien kaum oder gar keine Berücksichtigung finden.“<sup>80</sup> Ihnen zufolge sei es aber nur eine Frage der Zeit, bis der russische Staat auch hier repressiv entgegenwirke und den „Raum für politische Agitation und alternative Informationsverbreitung gesetzlich einschränke“<sup>81</sup>.

Dass diese Bewegung keinesfalls einen Einzelfall darstellt, zeigt ein Blick auf ähnliche Protestbewegungen, anhand derer Heyden und Weinmann Verhaltensmuster dieser Form von oppositionellem Handeln herausarbeiten und in breiteren Kontext stellen. Besonders die zunehmende Unzufriedenheit mit Arbeitsbedingungen und Verdienststandards, Aufbegehren gegen oft skrupellos durchgezogene Bauprojekte einflussreicher Unternehmer und das aufkeimende Umweltbewusstsein bei Betroffenen seien Quellen für derartige Bewegungen, wie im Zuge dieser Untersuchungen festgestellt wurde<sup>82</sup>. Für derartige Proteste würde es zahllose Beispiele geben, und es fände sich buchstäblich „kein einziger Tag im Jahr, an dem nicht irgendwo wenigstens eine öffentliche Aktion stattfindet, (...)“<sup>83</sup>.

Als Hauptmerkmale dieser Vielzahl an meist privat organisierten Initiativen können folgende festgehalten werden: der Informationsaustausch erfolgt zunehmend über das Internet, da es bislang die beste Möglichkeit darstellt, auf informellem Wege organisatorische Details zu vereinbaren. Zudem erscheinen die Proteste nur in stark themenbezogener Form aufzutreten: genereller Unmut oder allgemeine Kritik über die

---

<sup>77</sup> <http://www.levada.ru/press/2010072805.html>

<sup>78</sup> Dieselbe Umfrage!

<sup>79</sup> <http://limonov2012.ru/>

<sup>80</sup> Heyden, Ulrich/Weinmann, Ute: Opposition gegen das System Putin – Herrschaft und Widerstand im modernen Russland. Rotpunktverlag, Zürich, 2009, S. 103

<sup>81</sup> Ebenda!

<sup>82</sup> Heyden, Ulrich/Weinmann, Ute 2009: S. 123ff

<sup>83</sup> Ebenda: S. 225ff

herrschenden Zustände wird nur sehr selten auf diese Art Ausdruck verliehen. „Klassische“, weil sehr konkrete Beweggründe wären beispielsweise Lohnrückstände, Tarifierhöhungen bei den verschiedensten Abgaben, Betrugsfälle gegen Kleininvestoren, zu hohe Steuerlast usw.; Ute Weinmann meint in diesem Zusammenhang: „Die Liste ließe sich endlos fortsetzen, und die Gründe für die Proteste sind seit Jahren dieselben.“<sup>84</sup> Im Gegensatz zu „Bewegung 31“ ist den meisten Protestaktionen auch die Ignoranz von Seiten der Medien sicher: In einem Interview mit Ulrich Heyden meint der bekannte Fernsehmoderator Vladimir Posner in Richtung seiner Zunftgenossen: „Tabuthemen greifen sie nicht auf. Von daher (...) kann man sagen, dass die Bevölkerung getäuscht wird, weil sie nicht weiß, was im Land wirklich passiert.“ Nur wenigen Bewegungen gelänge es mit Glück, die Schwelle zur öffentlichen Aufmerksamkeit zu durchbrechen. Ein gutes Beispiel hierfür seien 2006 die „Soldatenmütter“ gewesen, die Misshandlungen an Grundwehrdienern wiederholt öffentlich anprangern wollten. Im Falle eines jungen Soldaten, dem infolge foltergleicher Behandlung durch seine Vorgesetzten beide Beine amputiert werden mussten, reagierten die „Soldatenmütter“ allerdings so zeitnah, dass der folgende Fernsehbericht unzensuriert auf Sendung gehen konnte. Diese Episode ist auch gleichermaßen eine der wenigen Erfolgsgeschichten von zivilem Widerstand in Russland: der Kommandant der Kaserne, in dem sich die Ereignisse zugetragen hatten, wurde abgesetzt, der Soldat und seine Familie erhielten eine für russische Verhältnisse akzeptable Entschädigung.<sup>85</sup>

Die in Russland im häufiger zu Tage tretenden Formen der Kritik an der Armee, vor allem in Zusammenhang mit der Behandlung von Wehrpflichtigen durch Vorgesetzte und dienstältere Kameraden, wird generell gerne als ein Bezugspunkt bei der Analyse von oppositionellem Verhalten von russischen Bürgern herangezogen. Markku Lonkila etwa untersucht in diesem Zusammenhang die informellen Wege, auf denen derartige Kritik Ausdruck finden kann, und auch er sieht hier das Internet als zentrale Plattform zu Meinungsaustausch und rudimentärer Planung offener Proteste. Er sieht den Grund dafür ebenfalls im zunehmenden Schwinden von öffentlichen Räumen, in denen zivilgesellschaftlichen Anliegen anderweitig Gehör verschafft werden könnte.<sup>86</sup> Gerade die

---

<sup>84</sup> Ebenda: S. 225

<sup>85</sup> Ebenda: S. 86f

<sup>86</sup> Lonkila, Markku: The Internet and Anti-military Activism in Russia. In: Europe-Asia Studies, Ausg. 60, Nr.7, 10/2008, S. 1125-1149, insbes. S. 1125f

Kritik an einer derartig wichtigen Institution russischen Selbstverständnisses und Selbstkonstruktion bietet für ihn ein spannendes, weil spannungsgeladenes Feld zivilgesellschaftlichen Agierens. Nach eingehender Sichtung themenbezogener Internetseiten und sozialer Netzwerke kommt er zu folgendem Schluss:

*„Given the lack of alternative nationwide channels for critical public debate and the size of the country, Runet and its applications such as e-mail, weblogs, ‘traditional’ web pages and online news sites are clearly important for anti-military activism in Russia.“<sup>87</sup>*

Im selben Atemzug warnt er aber vor zu optimistischen Erwartungshaltungen in Hinsicht auf das Demokratisierungspotential der russischen Internetcommunity. Vor allem drei Aspekte dieser Form der informellen Opposition lassen ihn in Zweifel, ob dieser Aktivismus jemals realpolitische Bedeutung erlangen könne. Erstens seien die Internetnutzer in Russland und die Teilnehmer an derartigen Portalen fast ausschließlich junge, urbane und gebildete Russen, sie repräsentieren somit lediglich einen marginalen Teil der Gesamtbevölkerung. Zweitens sei bis dato keinerlei Zusammenhang zwischen der Verbreitung des Internets an sich und einer etwaigen Zunahme an oppositionellen Ansichten und Aktionen im Alltag festzustellen. Lonkila stützt sich allerdings hier auf eine schon nur mehr wenig aktuelle Untersuchung von Henrike Schmidt aus dem Jahre 2003; eine etwaige Veränderung in aktuellen Beziehungen wäre zu prüfen. Drittens, so Lonkila, sei das Internet als Informationsbasis in Russland keineswegs ein vollkommen unkontrolliertes Refugium oppositionell denkender BürgerInnen. Die russische Regierung vermiede zwar geschickt, direkt zensurierend eingreifen zu müssen; dies gelinge ihr aber in erster Linie durch proaktives Vorgehen in den einzelnen Communities, wo sich beispielsweise immer wieder gezielt lancierte und vom Staat mitfinanziert regimetreue Beiträge und Gruppierungen fänden, um die Diskussion erst gar nicht von gewünschten Bahnen abweichen zu lassen.<sup>88</sup>

Die Bilanz fällt also zwiespältig aus. Einerseits ist der Umstand, dass es sehr wohl oppositionelle Gruppierungen und Strömungen in der russischen Gesellschaft gibt, ein starkes Signal, dass in Hinblick auf eine mögliche reale Demokratisierung noch nicht das letzte Wort gesprochen scheint. Zu optimistischen Prognosen sollte allerdings eine Absage

---

<sup>87</sup> Ebenda: S. 1145

<sup>88</sup> Ebenda: S. 1145f

erteilt werden. Neben institutionellen Faktoren, die hier noch Thema sein werden, ist es vor allem die scheinbar wieder zunehmende Ermangelung einer breiten Unterstützungsfrent innerhalb der Bevölkerung selbst, die hier einstweilen die Grenzen dieser informellen Oppositionsmuster definiert.

#### 2.4. Zwischenfazit

Schon 1997 machte Gert-Joachim Glaeßner zwei Grundsatzpositionen aus, die die Erfolgchancen einer erfolgreichen Einbeziehung der Bürger in den politischen Prozess – und damit ein Kennzeichen „gesunder“ demokratischer Systeme – in Hinblick auf die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes sehr unterschiedlich bezifferten. Während erstere davor warnte, der neue repräsentative, direkt-demokratische Charakter der politischen Systeme könnte über Umwege selbst zum Einfallstor erneuter antidemokratischer und autoritärer Entwicklungen avancieren, vertrat zweitens die Ansicht, gerade die vor und in den Umbruchsjahren entstandenen Bürger- und Dissidentenbewegungen hätten gezeigt, dass „die Völker die Demokratie wollten und auch reif für sie seien“.<sup>89</sup> Durch die krisenhafte Entwicklung der ersten Transitionsjahre bedingt, sei es nach der „ersten Phase mehr oder weniger geglückter Institutionenbildung“ nun (1997) an der Zeit, den kollektiven politisch-kulturellen Lernprozess der Partizipation nachzuholen<sup>90</sup>, so Glaeßner damals. Er räumte damals parlamentarischen Systemen mit ihren größeren Möglichkeiten zur Einbeziehung der Bürger und ihrer ausgewogeneren Balance zwischen Exekutive und Legislative größere Chancen ein, diesen demokratiepolitischen Kraftakt zu vollführen, als etwa semi-präsidentiellen oder gar präsidentiellen Systemen. Diese hätten eine „Tendenz zur Dominanz der Exekutive und zur Konzentration der Macht, die für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur und einer zivilen Gesellschaft eher hinderlich“ seien.<sup>91</sup>

Zumindest das Beispiel Russland scheint heute Glaeßners Prognose zu bestätigen, die Etablierung einer solchen demokratischen politischen Kultur kann bis dato hier noch nicht konstatiert werden. Heyden spricht im Zusammenhang mit der zunehmenden sozialen Etablierung von Protestbewegungen jedoch von „Keimen der Zivilgesellschaft“<sup>92</sup>. Interessensverbände in frühen Formen ihrer Ausprägung sind in Russland zweifelsohne zu beobachten. Sie unterliegen aufgrund ihrer informellen und spontanen Natur naturgemäß einer hohen Fluktuation. Bürgerbewegungen, die sich mit entsprechender medialer

---

<sup>89</sup> Glaeßner, Gert-Joachim: Strukturprobleme. In: Glaeßner, Gert-Joachim (Hrsg.): Systemwechsel und Demokratisierung – Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1997, S. 13-44, insbes. S. 37f

<sup>90</sup> Ebenda: S. 38

<sup>91</sup> Ebenda: S. 39

<sup>92</sup> Ebenda: S. 88



Aufmerksamkeit, stabiler Mitgliedschaft und nicht bloß auf Einzelthemen gerichteter Programmatik dauerhaft im politischen Prozess etablieren konnten, wären ein nächster Schritt auf dem Weg zur genuinen Interessensvertretungen in institutionalisierter Form. Parteien spielen für die Bürger einstweilen beinahe keine oder eine dekorative Rolle, wenn es darum geht, gesellschaftliche Realität mit gestalten und soziale Problematiken aufzeigen zu können. Sie genießen weder das nötige Vertrauen in der Bevölkerung, noch wird ihnen zugetraut, die ihnen an der Wahlurne entgegengebrachte Unterstützung in produktiver Weise umsetzen zu können.

Zusammen mit dem Fakt, dass trotz vieler Missstände der politischen Elite immer noch hohes Vertrauen entgegengebracht wird (bei gleichzeitiger Meinung, dass die Verantwortung für viele dieser Missstände bei eben jener Elite zu suchen ist), ist wohl der Schluss naheliegend, dass sich eine demokratiefördernde politische Kultur nach den eingangs definierten Kriterien in Russland (auf Bürgerebene) noch nicht voll etablieren konnte. Folgende Muster russischer Opposition auf individueller Ebene konnten festgestellt werden:

*Informalität, Themenbezogenheit und Fehlendes Vertrauen in formale Interessensvertretungen.* Dazu muss ein etwas *eigenwilliges Verständnis von Demokratie* an sich und ein überproportionaler Fokus auf Ordnung und Stabilität im Besonderen festgestellt werden. Letzter Punkt zeugt naturgemäß vom evidenten Problem, das sich bei der Bewertung von russischen Realitäten anhand von westlichen Standards fast zwangsläufig ergibt. Eine analoge Situation zur Etablierung einer Politischen Kultur westlichen Musters kann ebenso bei der Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen beobachtet werden. Diana Schmidt-Pfister kommt bei ihrer Analyse auf folgende Faktoren, die einer solchen Entwicklung bis heute entgegen stehen oder diese aktiv behindern würden: das „kommunistische Vermächtnis“, die „fehlende Demokratisierung im Laufe der 1990er-Jahre“ und „das Vermächtnis der Ära Putin“.<sup>93</sup> Stehen die Entwicklung von Bürgerkultur und zivilgesellschaftlichen Sektoren wohl unzweifelhaft in einem engen Zusammenhang, so scheint es legitim, folgende Hypothesen auf ihre Validität bezüglich der (Nicht-)Entwicklung von Civic Culture in Russland hin

---

<sup>93</sup> Schmidt-Pfister, Diana: What Kind of Civil Society in Russia? In: Kanet, Roger E. (Hrsg): Media, Culture and Society in Putin's Russia. Verlag Palgrave MacMillan, London, 2008, S. 37-71, insbes. S. 43f

einer Prüfung zu unterziehen. Gesellschaftliches Erbe aus der kommunistischen Zeit ist bei einigen aktuellen Arbeiten unter dem Schlagwort „Postsozialismus“ ein Thema und wird hier kurz Erwähnung finden. Die fehlende Demokratisierung soll mit einem weitgehend anerkannten Konzept von Wolfgang Merkel, das auch die Herausbildung einer Civic Culture per se als Indikator für erfolgreiche Transformation heranzieht, aufgearbeitet werden. Der „Faktor“ oder das „Phänomen“ oder auch der „Effekt Putin“ wird sich durch einen Großteil der Analysearbeit ziehen, gibt es in der heutigen Forschung zu dem Thema doch zahlreiche Verweise auf die nicht zu unterschätzende Rolle, die dem nunmehrigen Ex-Präsidenten bei der Herausbildung des aktuellen politischen Systems in Russland zufiele. Insbesondere etwaige Parallelen zwischen Putins Legitimationsmustern und in der Bevölkerung akzeptierten Wertvorstellungen über Demokratie und Erwartungshaltungen in die politische Führung sollen somit ebenso in die Analyse einbezogen werden.

### **3. Erklärungsmuster für die fehlende Etablierung einer demokratischen Kultur von Opposition in Russland**

Im folgenden Analyseteil soll nun geprüft werden, welche gängigen Erklärungsmuster zur ins Stocken geratenen Konsolidierung der Demokratie in Russland die wirkungsvollsten Argumente für die vorherrschende Situation liefert. Wie im vorangegangenen empirischen Teil festgestellt, deutet eine ganze Reihe von Umfragedaten in die Richtung, dass ein demokratisches Verständnis von oppositionellem Handeln auch fast 20 Jahre nach Ende der Perestrojka und dem anschließenden Kollaps der UdSSR noch nicht Einzug gehalten hat. Bei all den zum Teil positiven Entwicklungen zu Beginn der 1990er-Jahre hat es heute den Anschein, als befände sich das Land vielmehr in einer Phase zunehmender Regression (in Bezug auf demokratische Standards) und sich festigendem Autoritarismus als auf dem Weg zu einer Demokratie „nach westlichem Muster“ (ein Begriff, der in Umfragen zu diesem Thema wiederholt zur Anwendung kommt<sup>94</sup>). Mit dieser Feststellung allerdings, nämlich der vom fehlenden Demokratieverständnis einer (den Umfragen nach) eindeutigen Mehrheit der russischen Bevölkerung und ihrer stark obrigkeitshörigen Einstellung zu Politik, begibt man sich in einen fast schon Jahrhunderte alten, ideologisch aufgeladenen Diskurs über russische Politik und Kultur, dem zu entfliehen es nach hierortiger Meinung jedenfalls gilt, um sinnvolle, wissenschaftlich wertvolle Analysen überhaupt zu ermöglichen. Unumstritten war – wie in der Folge auch hier kurz umrissen – die russische Geschichte wohl stärker als die anderer europäischer Nationalstaaten von autoritären Regimen und repressiven, exklusiven Herrschaftsformen geprägt. Damit liegt nahe und ist verständlich, dass in vielen aktuellen Analysen und Einschätzungen zur russischen Politik gerade dieser Aspekt der russischen Geschichte in betonter und teilweise überzeichneter Form ein Hauptargument dafür liefern soll, warum aktuell in Russland die Dinge eben so und nicht anders liegen. In dieser Arbeit soll allerdings versucht werden, aktuelle politische Prozesse und Realitäten als Erklärungen für die fehlende Etablierung einer „Bürgerkultur“ sprechen zu lassen, kann Vergangenes in sozialen System doch wohl niemals als determinierender Faktor beschrieben werden.

---

<sup>94</sup> Vgl. etwa hier: <http://www.levada.ru/press/2010012105.html>

So werden einerseits akteurszentrierte Überlegungen zur russischen Transformation im Mittelpunkt stehen, wenn es darum geht, die institutionelle Schieflage zu Ungunsten der Legislative (des Parlamentarismus im Speziellen) genauer zu beleuchten. Stellt sich die Frage, wie es auch knapp 20 Jahre nach dem Untergang der Sowjetunion noch zu keiner – nach Merkels Konzeption – repräsentativen Konsolidierung in Form einer stabilen Parteienlandschaft und Interessensvertretung kommen konnte, wird der Fokus auf aktives Handeln der herrschenden Eliten und ihre Rolle dabei seit Ende der 1990er gelegt werden. Abschließend soll im Versuch einer Diskursanalyse aufgezeigt werden, wie es gerade simplifizierte und ideologisierte Mythen *über* die russische Kultur, von führenden Politikern und Medien im Diskurs über russische Politik immer wieder bedient, sind, die an der Konstruktion von Meinungs- und Denkmustern mitwirken, und nicht in erster Linie die realen historischen Hinterlassenschaften selbst.

Aus dieser kurzen Vorschau ist bereits ersichtlich, worin das Ziel dieser Arbeit liegen soll. In kritischer Weise sollen gängige Vorurteile über die russische Kultur und ihrem vermeintlich veränderungsresistenten Hang zu Despotie und Obrigkeitshörigkeit kritisch hinterfragt und alternative Erklärungsansätze aufgezeigt werden. Dass dies hier in erschöpfender Form wohl kaum möglich scheint, ist naturgemäß, dennoch steht das Bestreben im Zentrum, die Kernaussage in ausreichender Form zu bestätigen und somit einen Denkanstoß für zukünftiges Bewerten für politische Prozesse in Russland zu liefern. Einleitend sollen nun die gängigsten Annahmen zur politischen Kultur in Russland skizziert und reflektiert werden. Dieser „Erklärungsansatz“, auch im aktuellen politikwissenschaftlichen Diskurs zum Thema Russland weitgehend akzeptiert und immer wieder bemüht, soll aber eher als Antithese den anschließenden Betrachtungen vorangestellt werden. Diese werden sich in zwei, auch methodisch voneinander abweichende Teilbereiche gliedern: in einem auf Erkenntnisse der Transformationsforschung gestützten ersten Teil werden Schieflagen im aktuellen politischen System Russlands analysiert werden, um die präsentierten Umfragedaten zu deuten und dahingehend einen Erklärungsansatz zu bieten. Der zweite Abschnitt wird versuchen, auf Basis von diskursanalytischen Instrumentarien Parallelen zwischen den zu Grunde gelegten Meinungsstrukturen der russischen Bevölkerung und dem gängigen, in politischen Reden und Interviews vor allem des Präsidenten Putin präsentierten Bild von Demokratie herzustellen.

Auf diese Weise soll der Versuch unternommen werden, beide Analyseansätze so weit zu kombinieren, um ein möglichst breitgefächertes Spektrum an Deutungen zu bieten. Beide Methoden sollen gleichberechtigt und unterstützend nebeneinander stehen und der Vielschichtigkeit der hier bearbeiteten Problematik Rechnung tragen. Die Zweiteilung ist auch ein Reflex auf die im empirischen Teil festgestellten Meinungsbilder über Opposition in der russischen Bevölkerung. Dass sich ihr Handeln auf dieser Ebene informell, von Misstrauen in die Parteien und Parlament geprägt und spontan zeigt, lässt eher auf institutionelle Problematiken im politischen System schließen, dass ihr gesamtes Verständnis von Demokratie und Opposition an sich von der westlichen Norm hin zu einer Fixierung auf „Ordnung und Stabilität“ verschoben ist, indiziert im Gegenzug Perzeptionen von vorgefertigten Ideen und darüber einer Verstärkung eigener Wertvorstellungen vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Diskurses über Politik, Demokratie an sich. Die Kerne dieser vorgefertigten Argumentationsmuster sollen aus einem Set von Diskursbeiträgen V. Putins herausgefiltert werden.

### 3.1. Historische Erklärungsmuster

#### 3.1.1. Russland und das „Russische“ – Historische Dokumente einer „Politischen Kulturforschung“

Im wissenschaftlich eng gewobenen Korsett der modernen, empirisch geprägten politischen Kulturforschung ist das russische Äquivalent nun, bis dato, nur sehr eingeschränkt zum Thema von Analysen und umfangreichen Studien geworden. Als Vorreiter in der Hinsicht, Fragestellungen zur russischen Politik, Gesellschaft und Kultur mittels sozialwissenschaftlicher Daten- und Umfragearbeit zu beleuchten, kann das 1987 gegründete und seit 2002 als unabhängige Agentur operierende „Levada-Centr“ mit Sitz in Moskau erachtet werden. Umfragen dieses Instituts werden in der Folge vermehrt als empirische Basis dieser Ausfolgerungen genutzt werden. Hier durchgeführte Umfragen decken insbesondere ein breites Spektrum verschiedenster Fragestellungen ab, von den aus dem Westen bekannten „Sonntagsfragen“ bis hin zu Fragen nach der Wichtigkeit des Osterfestes im eigenen Familienkreis. Dieser Umstand erlaubt eine sehr passgenaue Beschreibung der aktuellen russischen Gesellschaft, vor allem in Hinblick auf die präsentierten Einstellungen zu Politik.

Allgemeine, weitgehend philosophisch-kulturwissenschaftliche Betrachtungen zur Beschaffenheit und, bevorzugt, Besonderheit der russischen Kultur, des russischen Wesens und der viel gerühmten „russischen Seele“ (Русская душа) datieren hingegen oftmals schon Jahrhunderte zurück. Die Auseinandersetzung zwischen den auf das genuin Russische fixierte „Slavophilen“ und ihren europäisch orientierten Pendants, den „Westlern“, prägte die intellektuelle Szene Russlands zu einem großen Teil schon Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein steter Verweis auf verlorene Qualitäten alten slawischen (in diesem Falle russischen) Gemeinwesens im Gegensatz zur neuen, westlichen und als der eigenen Kultur zutiefst fremd und antagonistisch gegenüberstehenden Orientierung auf vermeintlich genuin westeuropäischen Entwicklungen liegt jenen Pamphleten und Schriften der Slavophilen stets inne und verweist damit auf einen Umstand altertümlicher Beschäftigung mit einem Vorläuferkonzept zu politischer Natur, wie er auch von Gabriel Almond in der Einleitung „The civic culture revisited“ ausführlicher behandelt wird:

*„Something like a notion of political culture has been around as long as men have spoken and written about politics. (...) The Greek and Roman historians (...) comment on the culture and*

*charakter of the Ionians and Dorians, Spartans, Athenians (...). Each Greek city-state had its memory of an austere Solonic or Lyocurgan past by which to measure the corrupt present. Both the older and the younger Cato were celebrators of the frugal, martial, and civic virtues of the early Roman republic.*“<sup>95</sup>

Beide hier beschriebenen Phänomene, einerseits die Beschäftigung mit der historisch-kulturellen Komponente politischen Handelns an sich und andererseits den Verweis auf einen wohl steten moralischen Regress dieses Handelns, findet man auch in den oben erwähnten Publikationen bekannter russischer Slavophilen.

Besonders augenscheinlich wird das stete Spannungsfeld, das dem Diskurs rund um das spezifisch Russische in Politik, Kultur und Gesellschaft innewohnt, in zahlreichen Disputen und widersprüchlichen Einschätzungen von Wegmarken der russischen Geschichte. Folgendes Eingangsbeispiel, dessen Kern mögliche Erklärungsversuche für die bolschewistische Oktoberrevolution bilden, soll zur Veranschaulichung dieser Problemstellung beitragen. Die Ausnahmestellung Russlands im Vergleich zu anderen europäischen Staaten thematisiert einer der bedeutendsten russischen Philosophen, Nikolaj Berdjajev, bei seiner Bewertung eben jener Geschehnisse von 1917 dergestalt:

*„Russland ist nicht nur ein geografisches Verständnis, es erstreckt sich nicht nur über materielle Räume. Russland ist allen voran ein geistiges Verständnis. (...) Es ist im Gedanken Gottes erdacht, und sein Wesen überschreitet unsere organische, empirische Existenz.“*<sup>96</sup>

Berdjajev greift hier den im russischen Westdiskurs tief verankerten roten Faden der besonderen Natur der russischen Gesellschaft und Kultur auf und untermauert diese Vorstellung gleichermaßen mit dem Verweis auf die vermeintlich einmalige Rolle der russischen Orthodoxie. In seinen Ausfolgerungen verweist er durchaus auf externe Faktoren, die der „Katastrophe“ der Oktoberrevolution in Russland Vorschub geleistet hätten, so in etwa der „Deutsche Einfluss“<sup>97</sup>, Kern seiner Aussage bleibt jedoch, dass in erster Linie spezifisch russische Besonderheiten dazu beigetragen hätten, die Revolution überhaupt erst zu ermöglichen. In zugespitzter Form konstatiert Berdjajev:

---

<sup>95</sup> Almond 1989: S. 2f

<sup>96</sup> Berdjajev, Nikolaj: *Duchovnoe osnovy russkoj revolucij – Istoki i smysl russkogo kommunizma*. Neuaufgabe Verlag Chranitel, Moskau, 2006, S. 155

<sup>97</sup> „Russkij revoljucionnyj socializm u nas npravstvenno provalilsja i opozorilsja, potomu čto on okazalsja ne patriotičskim (...) v moment veličajšej opasnosti dlja rodiny, i na nego legla zloveščaja ten‘ germanskogo vlijanija.“ (Ebenda: S. 134f)

*„Das russische revolutionäre Volkstum ist verbunden mit dem Vergangenen, und nicht mit dem Zukünftigen, die volkstümliche Illusion ist eine Frucht des alten, und nicht des neuen Russlands. Der russische Sozialismus ist kein Werk des neuen Lebens – in ihm wird die ewige Unfreiheit, die russische Verantwortungslosigkeit, die mangelhafte Öffnung Russlands zur Eigeninitiative, zu eigenhändigem Schaffen, (...), der Kollektivismus in seinem natürlichen Zustand spürbar.“<sup>98</sup>*

Berdjajevs Vorgehensweise und Argumentation sind in der russischen „Intelligencija“ aber keineswegs einzigartig, auch heute noch wird auf Basis des slavophilen Geschichts- und Russlandbildes im politikwissenschaftlichen Diskurs noch teilweise Stellung genommen. Ein gutes Beispiel über die Langlebigkeit und den greifbaren Einfluss solch antiquiert zu scheinender Ausführungen wie eben der Berdjajevs findet sich im Artikel „Soviet Politics – From the Future to the Past“. 1976, als zur Hochzeit des Ost-West-Konflikts Informationen über die russische Gesellschaft und ihre Tendenzen naturgemäß rar gesät waren, zieht Zbigniew Brzezinski in einem den Dynamiken der sowjetischen Politik gewidmeten Sammelband eine Schlussfolgerung, die, die historischen Daten ausgenommen, ohne weiteres aus Berdjajevs Feder stammen könnte. Er konstatiert:

*„Leninism in its political style and organisational form thus became (...) a continuation of the dominant tradition – though he gave it a qualitatively new character... It is because of this experience, and its institutional and procedural legacies that have continued to this day, that one is justified in asserting that on the plane of politics, the Bolshevik seizure of power marked not the end but the renewal and extension of a tradition deeply rooted in the Russian past.“<sup>99</sup>*

Die Ähnlichkeiten zu Berdjajevs Sichtweise sind nicht von der Hand zu weisen und der Kern dieser Gedankengänge zieht sich wie ein Dogma durch zahlreiche Arbeiten über Russland und seine politische und gesellschaftliche Architektur, die bis dato in der Politikwissenschaft Veröffentlichung fanden. Um diesen kurzen Überblick zu vervollständigen und zum eigentlichen Thema, nämlich der aktuellen Behandlung der russischen politischen Kultur in der wissenschaftlichen Debatte überzuleiten, sei im Folgenden ein zeitgenössisches Exempel angeführt.

---

<sup>98</sup> Ebenda!

<sup>99</sup> Brzezinski, Zbigniew: Soviet Politics – From the Future to the Past. In: Cocks, Paul/Daniels, Robert V./Whittier Heer, Nancy (Hrsg.): The Dynamics of Soviet Politics. Harvard University Press, Cambridge MA, 1976, S. 337-351 nach: Lukin, Alexander/Lukin, Pavel: Myths about Russian Political Culture and the Study of Russian History. In: Whitefield, Stephen (Hrsg.): Political Culture and Post-Communism, New York, 2005, S. 15-42, hier S. 35



### 3.1.2 Aktuelle Debatte – Russland zwischen „Sonderfall“ und „Paradebeispiel“

Im Rahmen von Harry Ecksteins Analysen zur Chance einer vollständigen Demokratisierung findet sich ein Gastbeitrag von Russell Bova, der, die Voraussetzungen in der politischen Kultur sehr ungünstig einschätzend, etwa folgende Haupthindernisse anführt: Sich auf bekannte Vorgänger stützend<sup>100</sup>, führt er die „geographische Notwendigkeit“, die „Jahrhunderte lange geopolitische Unsicherheit“, die „harsche Naturräumlichkeit“ des Landes und eine Reihe „selbst verursachter tragischer Erfahrungen“ an, die einen dem russischen politischen System bis heute innewohnenden und überbordenden, erfolgreiche Demokratisierung damit sabotierenden Autoritarismus begründete.<sup>101</sup> Bova perpetuiert somit in seinen aktuellen Schlussfolgerungen weithin akzeptierte Sichtweisen, die über die Russische Kultur seit Jahrhunderten kursieren, und schreibt ihnen aktuelle Relevanz zu. Eben dieses Vorgehen ist in Frage zu stellen. Kann man in der russischen Geschichte zweifellos Tendenzen zum starken Autoritarismus erkennen, so ist nicht gleich a priori anzunehmen, dass diese Tendenzen auch die heutigen gesellschaftlichen Verhaltensformen und Gegebenheiten in hohem Maße prägen. Jede Analyse, die historische Realitäten zeitgenössischen Betrachtungen einleitend voranstellt, läuft Gefahr, diesen Fehlschluss zu begehen. Eine vermeintlich lückenlose Darstellung dieser historischen Gegebenheiten, Ereignisse und Traditionen, umrahmt von abstrakten Thesen wie der russischen „Emphase auf Ordnung und Sicherheit“<sup>102</sup> bei Bova, ist wohl immer nur in schematisch-verkürzter Form möglich, blendet also viele, teilweise auch gegenläufige Tendenzen und Phänomene, bewusst und/oder unbewusst aus, verliert so ob ihrer zu einseitigen Darstellung vieles an Qualität und Erklärungsmöglichkeit. Politische Kultur wird in diesem Zusammenhang als bloßes Konvolut von unveränderlichen Prinzipien dargestellt; Geschichte fände aber wohl in diesem Zusammenhang gar nicht statt, wenn lediglich über Generationen dieselben gesellschaftlichen Wert- und Verhaltensnormen reproduziert und perpetuiert würden.

---

<sup>100</sup> White, Steven: Political Culture and Soviet Politics, Verlag St. Martins, New York, 1979 und Keenan, Edward L.: Muscovite Political Folkways. In: „Russian Review“ Nr. 45, 1986, S. 115-184 sowie Szamuely, Tibor: The Russian Tradition. Verlag McGraw-Hill, New York, 1974

<sup>101</sup> Bova, Russell: Political Culture, Authority Patterns, and the Architecture of the New Russian Democracy. In: Eckstein, Harry et al. (Hrsg.): Can Democracy Take Root in Post-Soviet Russia? – Explorations in State-Society Relations. Rowman & Littlefield Publishers, Lanham/Maryland, 1998, S. 177-201, insbes. S. 182f

<sup>102</sup> Ebenda: S. 185

Bova bewegt sich in diesem Zusammenhang in den wissenschaftlichen Denkweisen, die Alexander und Pavel Lukin treffend als „Mythen über die politische Kultur Russlands“<sup>103</sup> beschreiben. Westliche Wissenschaftler, sowohl Soziologen als auch Politologen, stützen sich bei ihren sehr zugespitzten Analysen zum Thema „Autoritarismus in Russland“ zwar auf reichlich historische Studien, die ihrem anfänglich nur begrenzten Wissenstand über russische Kultur und Gesellschaft den nötigen profunden Unterbau bieten sollen; diese Studien seien wiederum in erster Linie von westlichen „Experten“ verfasst und ließen vieles an Tiefgang, Ausgewogenheit der Darstellung und aktuellen Bezug vermissen. „In der Regel“ treffe man die immer gleichen Annahmen und Unterstellungen, die die These von der überbordenden Autoritätshörigkeit der Russen und Russinnen zu stützen trachten. Laut A. und P. Lukin wären diese vorgefertigten Mythen unter anderem die Absenz von sogenannten „self-government“-Institutionen (vergleichbar mit historischen Ansätzen des heutigen Phänomens der Zivilgesellschaft), der große Einfluss der mongolischen Kultur auf das politische System des frühen Moskauer Staates bei gleichzeitigem völligen Fehlen eines solchen aus Westeuropa, die „fatale“ Rolle der geographischen Voraussetzungen in Russland, die notwendigerweise eine in hohem Grade autokratisch-expansive und militaristische Herrschaftsform nach sich gezogen hätte, und im Zuge dessen eine rückständige Entwicklung von im Westen wichtigen Elementen der frühen Demokratisierung, nämlich das Fehlen von freien Städten und Bürgern mit ihren standesabhängigen Interessensvertretungen und unternehmerischen Modernisierungsdynamiken<sup>104</sup>. In ihrer folgenden Analyse zu eben jenen fast schon als absolut angesehenen Annahmen kommen Lukin und Lukin zu folgender Schlussfolgerung:

*„But, as we argue in this chapter, the historical basis of these assumptions is based on excessive generalisation and on overly broad and ill-founded conclusions that fail to take into account recent developments and findings in the study of russian history. Rethinking these assumptions, therefore, may put Russian political culture, and the constraints it may impose on the country’s political development, in a different light.“<sup>105</sup>*

---

<sup>103</sup> Lukin, Alexander/Lukin, Pavel: Myths about Russian Political Culture and the Study of Russian History. In: Whitefield, Stephen (Hrsg.): Political Culture and Post-Communism, New York, 2005, S. 15-42

<sup>104</sup> Ebenda: S. 15f

<sup>105</sup> Ebenda: S. 16

Die politische Kultur an sich (und Russlands im Speziellen) per se absolut zu setzen, sie in gewisser Weise als eine über der Geschichte und ihren Ereignissen schwebende, unveränderbare Kontinuität zu begreifen, führt zweifelsohne in eine Sackgasse.

In diesem Sinne fordert zum Beispiel Bomsdorf in der „Europäischen Rundschau“, man solle sich nicht „von dem ständig in Rußland zu hörenden Satz beeindrucken lassen: ‚Das mag für euch in Europa gut sein (...) – doch bei uns geht das nicht (...); denn in Rußland ist alles anders.‘“ Vielmehr solle man sich von Dürrenmatt leiten lassen, der dafür plädierte, sich die Welt nie anders vorzustellen, wie sie am vernünftigsten wäre.<sup>106</sup>

Auf eine höhere Ebene abstrahiert, wäre die russische Gesellschaft paradoxerweise geradezu ahistorisch, sollten sich ihre Akteure dem ständig wirkenden Zwang des spezifisch Russischen nicht erwehren können. Walter Bühl beschäftigt sich in einer seiner Abhandlungen zum Thema der Historizität in sozialen Systemen mit dem Verhältnis Struktur/Ereignisse in geschichtlichen Prozessen und kommt nach Lévi-Strauss zum Schluss, ein System sei auch als „geschichtslos“ zu bezeichnen, bei dem ein Systemzustand „überraschungsfrei“ den anderen ablöse, denn, so seine Begründung, „hätte es keinerlei Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der Systemkontrolleure gegeben“, und desweiteren keine Möglichkeit, „den eigenen Sinndeutungen zum Durchbruch zu verhelfen.“<sup>107</sup>

Gerade aber ein Blick in die russische Vergangenheit beweist geradezu exemplarisch, dass viele der stattgefundenen Neuordnungen des (politischen) Systems alles andere als „überraschungsfrei“ erfolgten, der neue Zustand keineswegs, wohl auch nicht unter Zuhilfenahme des Faktors eines dauerhaften, deterministisch kulturellen Regimes unter der Prämisse des Autoritarismus, aus dem alten gefolgert werden konnte. Systemtheoretische Herangehensweisen sollen hier zwar hinten angestellt werden, aber ganz von der Hand zu weisen ist dieses aus der Soziologie kommende Argument der „Scheinhistorizität“ auch in dieser Analyse behandelten Zusammenhang nicht. Wie gerade das Beispiel von Berdjajev eindrucksvoll demonstriert (und wie auch Lukin und Lukin bei der Entkräftung vieler dieser kulturellen Vorurteile nachvollziehbar darlegen), ist die Versuchung, russische Vorgänge, oft auch gerade ob ihrer Komplexität und der Widersprüchlichkeit, die ihnen auf den ersten Blick anzuhaften scheinen (und die Winston Churchill einst zum berühmten

---

<sup>106</sup> Bomsdorf, Falk: Der russische Wandel. In: Europäische Rundschau, Heft 2003/2, S. 19-30, insbes. S. 19

<sup>107</sup> Bühl, Walter L.: Die Historizität sozialer Systeme. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Heft 1/1989, S. 3-15, insbes. S. 11

Ausspruch veranlasste, Russland sei „a riddle, wrapped in a mystery, inside an enigma“<sup>108</sup>, verkürzt und stark vereinfacht darzustellen, eben das „Russische“ in Russland als omnipotenten und –präsenten Faktor in jede Beantwortung von sozialwissenschaftlichen Fragestellungen einzubeziehen und mit dieser „black box“ in der Gleichung etwaig notwendige tiefschürfende und genauere Analysen zu umgehen, sehr groß. Zu oft wurde auf diese Art und Weise vorgegangen, zu reichhaltig ist die Riege an Vordenkern, aus deren Publikationen sich Argumente schöpfen ließen, und zu stiefmütterlich war vor allem aber auch in letzter Zeit die Weise, wie Russland (vor allem Anfang der 1990er-Jahre) von der großen Welle an Transformationsforschern behandelt wurde, wie noch zu zeigen sein wird.

Bleibt man einstweilen noch beim Postulat einer deterministischen, Demokratie von vorne herein ausschließenden Tradition in Russland stehen, lohnt es sich, vor allem die vorgebrachten Gegenargumente zu erwähnen, sind es wohl gerade diese Gedanken, aus denen sich für diese Arbeit fruchtbare Denkansätze herleiten lassen. Leonid Luks, Leiter des Lehrstuhls für Ost- und Mitteleuropäische Zeitgeschichte in Ingolstadt, publiziert häufiger zu diesem Diskurs und nimmt auch in der wissenschaftlichen Debatte in der Zeitschrift „Euro-Asiatisches Magazin“ sehr eigenständige Positionen ein. Greift man ein letztes Mal nun das Thema der Bewertung der Oktoberrevolution auf, so beurteilt sie Luks als „erste Konfrontation eines demokratischen Gemeinwesens mit einer totalitären Partei“.<sup>109</sup> Seiner Meinung nach hätten die russischen revolutionären Entwicklungen nur Ereignisse und Problemstellungen vorweggenommen, wie sie auch Westeuropa nur kurze Zeit später erfahren hat müssen. Konkret spielt er auf die Parallelen zwischen dem Untergang der Weimarer Republik durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten und eben den russischen Geschehnissen rund um den Staatsstreich der Bolschewisten an. Aus einer derartigen Perspektive verliert die russische Gesellschaft vieles von ihrer fast schon mystifizierten Besonderheit, reiht sich nahtlos in die Problemstellungen der europäischen Demokratisierungswelle nach dem Ersten Weltkrieg ein.

Eine solche Sichtweise ist sicher erfrischend im Diskurs des „ewig Wiederkehrenden“ in der russischen Geschichte. Seine (und natürlich auch Anderer) Grundthese ist die eines historisch zutiefst gespaltenen Russlands, in denen sehr wohl Unterschiede im politischen

---

<sup>108</sup> Winston Churchill nach den Herausgebern im Vorwort in: Journal of Democracy, April 2009, Volume 20, Number 2,, S. 33

<sup>109</sup> <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20090110>

Denken und Agieren existiert haben und existieren, Politisches und somit Historisches also stattfand. Ausgehend vom im Westen lange Zeit nicht wahrgenommenen ideologischen Kampf zwischen erwähnten Westlern und Slavophilen im 19. Jahrhundert bis heute, wenn Luks von der Partei „Einiges Russland“ als „heterogenem, amorphen Gebilde“<sup>110</sup> spricht. Die russische Tradition wird ihm zufolge nur äußerst unzureichend dem im Westen oftmals geschilderten Bild einer einheitlichen Untertanenkultur (eine These, auf derer gerne die vermeintlich absolute Demokratisierungsunfähigkeit der Russen argumentiert wird) gerecht – eine Schlussfolgerung, die es gerade beim hier behandelten Thema naturgemäß aufzugreifen gilt. Das Herausfiltern solch oppositioneller Meinungen und die Deskription ihrer Institutionalisierungen und Verhaltensweisen im politischen System wird einen Kern dieser Analyse darstellen, der sich auch auf eine andere wichtige These, die bei Luks mitschwingt, stützen kann: die Heterogenität der russischen Gesellschaft wird gerne vernachlässigt, vor allem deswegen, weil vieles an Nonkonformismus mit dem politischen System hauptsächlich informeller Natur Ausdruck finden konnte und auch heute noch findet. Bisher hauptsächlich von Seiten der Historiker behandelte Episoden russischer Geschichte wie etwa der Dekabristenaufstand 1825 können aus politikwissenschaftlicher Sichtweise gerade auf diese Art gedeutet werden, wie es auch Andreas Umland im Rahmen derselben Diskussion tut: für ihn gab es „vielmehr – ähnlich der deutschen Geschichte – in der russischen Geschichte höchst gegensätzliche und miteinander konfligierende Traditionsstränge, die sich (...) spätestens seit dem Dekabristenaufstand 1825 in zwar meist illegal agierende, aber nichtsdestoweniger vollwertige politische Strömungen verwandelt haben.“<sup>111</sup>

Mit diesen Voraussetzungen, also entsprechender Grad an politischem Nonkonformismus und auch die Institutionalisierung dieser Opposition in diversen informellen Kreisen und Organisationen, gebart sich Russland aus dieser Perspektive eher wie ein Musterbeispiel früher westeuropäischer Demokratien denn jener monolithische Block einheitlichen politischen Denkens, wie es im Westen lange Zeit dargestellt und propagiert wurde. Die russische „Tradition“ hätte, glaubt man diesen Darstellungen, also unumwunden auch eine sehr erfolgreiche Demokratisierung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlauben können. Ist eine solche Pointierung im Konjunktiv sicher fragwürdiger Natur, so bringt sie

---

<sup>110</sup> Ebenda!

<sup>111</sup> <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20090105>

uns doch zurück auf die Fährte der Begriffsarbeit, die noch nicht abgeschlossen ist. Allen voran der im Zusammenhang mit den vorliegenden Thematiken häufig und beinahe inflationär gebrauchte Begriff der „Tradition“ bedarf noch einiger wissenschaftlicher Schärfung.

Im Spiegel des Konzeptes „Politische Kultur“ und der sozialen Fortführung und Reproduktion bestimmter Verhaltensmuster nimmt sich Gerstenberger des Begriffes „Tradition“ an. Für sie ist „Tradition (...) keine von selbst wirkende gesellschaftliche Kraft, sondern das Ergebnis aufeinanderfolgender gesellschaftlicher Situationen, in welchen sich die herkömmlichen Formen als nach wie vor dienlich erwiesen (für einen Teil der Gesellschaft jedenfalls).“ Über historische Betrachtungsweisen, die im Zusammenhang mit politischer Kulturforschung besonders beliebt wären, fällt sie folgendes Urteil: „Diese unterstellen in aller Regel Traditionen als Ursachen, wobei weder begründet wird, durch welche konkreten gesellschaftlichen Umstände eine Tradition produziert wurde, noch auch dem methodischen Erfordernis Rechnung getragen ist, nachzuweisen, daß beim Fehlen einer derartigen Tradition nicht ebensolche Wirkung hätte eintreten können.“<sup>112</sup>

Gerstenbergers allgemeine kritische Betrachtungen zum überbordenden Historismus in der politischen Kulturforschung knüpfen somit nahtlos an die eher speziell gehaltenen Ansichten von Bomsdorf an, in dem sie auf genereller Ebene die Existenz jeglicher Art von kulturellem Determinismus bestreitet.

Die historische, „traditionelle“ Komponente bei der Untersuchung von Prozessen und Umbrüchen in einer Gesellschaft allerdings vollkommen auszublenden, sie sich vor einer Tabula rasa ablaufend und somit gleichermaßen ahistorisch zu veranschaulichen, greift vermutlich ebenso zu kurz. Diese Stoßrichtung wählte eine Vielzahl von Transformationsforschern zu Beginn der 1990er-Jahre, als die Russische Föderation für kurze Zeit nur zu einem Fall von vielen in der Demokratisierungswelle nach dem Fall der Berliner Mauer avancierte (vgl. Kritik der Vertreter der Postsozialismusforschung unter 4.1.3.). Das Phänomen Russland als bloßes weiteres Exempel für die Erprobung von aus Lateinamerika gewonnen Erkenntnissen zu Demokratisierungsprozessen heranzuziehen, beispielsweise die Rollen der Machthaber und der Opposition bei der Transition als womöglich alleinigen Faktor für erfolgreiche Demokratisierung bestätigt wissen zu

---

<sup>112</sup> Gerstenberger 1989: S. 11

wollen<sup>113</sup>, kam ohne Zweifel nur einer weiteren Verkürzung gleich und trug zum Erkenntnisgewinn über die konkreten demokratisch oder antidemokratisch orientierten Prozesse im Land zu dieser Zeit nur äußerst rudimentär bei. Gerade in diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, zu analysieren, wie diese „Traditionen“ und das „besondere Wesen“ am aktuellen politischen Prozess Wirkung entfalten kann und wie und welche historischen Fakten aufgegriffen, reproduziert und im zeitgenössischen Selbstverständnis als relevant kategorisiert werden. Diesen Fragen wird sich der diskursanalytische Erklärungsansatz in dieser Arbeit widmen.

Zunächst jedoch soll ein Erklärungsansatz, der sich ebenso historischen Modellen widmet, präsentiert werden. Die Debatte rund um das Konzept des „Postsozialismus“ präsentiert sich aufgrund des Umstandes, dass in den unterschiedlichen Gesellschaften des frühen sozialistischen Blocks verschiedene, einander ähnliche Phänomene beobachtet werden können, als eine ungleich vielversprechendere Möglichkeit, die hier identifizierten Problemlagen der Politischen Kultur in Russland teilweise mit historischen, also nicht in den Spezifika des aktuellen politischen Systems begründeten Faktoren zu deuten.

### 3.1.3. Politische Kultur im Lichte der Debatte zum „Postsozialismus“

Der Übergang vom staatssozialistischen Lager zu Gesellschaften einer freien Marktwirtschaft und demokratischen Grundordnung (falls diese denn erreicht wurde) verlief in den einzelnen Ländern Ost-, Südost- und Mitteleuropas auf vielfältigste Art und Weise, vom Ergebnis dieser sozialen Umwälzungen ganz zu schweigen. Während neun Länder des ehemaligen Warschauer Paktes und Slowenien mittlerweile Mitglieder der Europäischen Union sind und somit als konsolidierte oder zumindest in hohem Maße konsolidierte Demokratien gesehen werden können<sup>114</sup>, driften zahlreiche Staaten, insbesondere in der GUS-Region, zunehmend in Richtung einer stabilisierten oder sich

---

<sup>113</sup> Vgl. etwa in: Huntington, Samuel P.: The third Wave – Democratization in the late twentieth century. Oklahoma University Press, Norman/Oklahoma, 1991, S. 124ff mit der vereinfachenden Einordnung der Sowjetunion in eine Reihe mit Spanien, Brasilien etc. als Beispiel für einen Systemübergang nach dem Muster „Transformation“.

<sup>114</sup> Vgl. hierzu z.B. die aktuelle Auswertung des Bertelsmann-Transformationsindex<sup>1</sup> unter [www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen\\_BTI\\_2010/BTI\\_2010\\_Broschuere\\_D\\_web.pdf](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2010/BTI_2010_Broschuere_D_web.pdf) oder auch Wolfgang Merckels Betrachtungen dazu, beispielsweise: Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift 48, Jg. 48, Heft 3, 413-433, insbes. S. 426ff

neuerlich stabilisierenden (wie etwa neuerlich Kirgisistan oder Armenien) Autokratie ab. Ist heute in einer wissenschaftlichen Debatte von Russland die Rede, hüten sich Experten davor, von Demokratie zu sprechen, gängige Termini in diesem Zusammenhang wären wohl „gelenkte“ oder „defekte Demokratie“.<sup>115</sup> Länder wie die Republik Belarus finden sich gar in starren Diktaturen oder in der demokratiepolitisch höchst bedenklichen Situation immer noch nicht wiederhergestellter staatlicher Integrität (Beispiel Moldawien) wieder. Die Ergebnisse der Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre in dieser Region losgetretenen Prozesse differieren also außerordentlich, trotzdem erscheint es legitim, aufgrund ihrer über viele Jahrzehnte verschränkten Entwicklung Gemeinsamkeiten zu postulieren.

Im Gegensatz zu heutzutage oftmals kritisierten „transition-to-democracy“-Konzepten<sup>116</sup>, die in erster Linie von einer gesellschaftlichen Ausgangssituation der „tabula rasa“ zum Start der von Akteuren der Elite maßgeblich bestimmten und dem „Baukastenprinzip“ folgenden institutionellen Neuordnung ausgingen<sup>117</sup> und damit mit den aktuellen Realitäten eines politisch höchst differenzierten Ost- und Mitteleuropas oftmals überfragt zu sein scheinen, etablierte sich mit der Postsozialismusforschung eine Forschungsrichtung, die „die Kontinuität der Lebenspraxen, (...) soziale[n] Erwartungen und Zusammenhänge[n] im Alltag der Bevölkerung“ hervorhebt und von der Grundannahme ausgeht, dass der Sozialismus neben einer Herrschafts- und Wirtschaftsordnung in erster Linie auch eine „spezifische Sozialordnung war, welche durch bestimmte alltägliche Routinen und Erwartungen bzw. stabile Erfahrungen der Menschen gestützt wurde.“<sup>118</sup>

Das Konzept der Postsozialismusforschung geht also ganz bewusst von der Annahme aus, dass kollektives Verhalten sehr wohl von beibehaltenen und tradierten Parametern und Mustern beeinflusst und gesteuert wird, es bewegt sich damit in einer sowohl historisch-

---

<sup>115</sup> Vgl. hierzu insbes. Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands, Band 1: Russland als defekte Demokratie. Verlagsgesellschaft Nomos, Baden-Baden, 2002

<sup>116</sup> Sebastian Heimann erwähnt in diesem Zusammenhang, und vor dem Hintergrund des Beispiels der Volksrepublik China, vor allem die normativ-ideologische und zielgerichtete Seite des Konzepts, das, seiner Meinung nach, auf tatsächliche und postulierten Prozessen oftmals entgegenstehende Entwicklungen nur sehr schwer anzuwenden und schon alleine durch seine strikten Antagonismen wie Diktatur/Demokratie und Planwirtschaft/freie Marktwirtschaft immens eingeschränkt sei. (In: Heilmann, Sebastian: Das politische System der Volksrepublik China. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004<sup>2</sup>, S. 33ff)

<sup>117</sup> Vgl. Segert, Dieter: Postsozialismus – Spätsozialismus – Staatssozialismus. In: Segert, Dieter (Hrsg.): Postsozialismus – Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien, 2007, S. 1-25, insbes. S. 5

<sup>118</sup> Ebenda: S. 4



diachronen als auch, bei der Ermittlung der aktuellen Gegebenheiten, empirisch-synchronen Dimension. Bemerkenswert bei diesem Konzept ist, dass auf der historisch-diachronen Ebene nicht allen Zeitschichten der Vergangenheit gleiche aktuelle Relevanz zugesprochen wird, sondern dezidiert vor allem der der Übergangsphase vorgelagerten Periode des Spätsozialismus besondere Bedeutung und kreative Kraft in zeitgenössischen gesellschaftlichen Prozessen zugesprochen wird. Explizit wird in diesem Zusammenhang der Skepsis gegenüber in Osteuropa weit verbreiteten, elitengesteuerten Vergangenheits- und somit Identitätskonstruktionen Ausdruck verliehen. Segert hält hierzu fest: „Das soziale Gedächtnis produziert aus Bruchstücken der Vergangenheiten der Region die wichtigste Arena und die Kostüme der hauptsächlichlichen Akteure, in denen die aktuellen Interessen ausgefochten werden.“<sup>119</sup>

Vergangenheit ist nicht real gegenwärtig, sondern wird im Zuge gesellschaftlicher Entwicklung und Veränderung laufend neu gewichtet und umgedeutet. Dementsprechend folgte die gesellschaftliche Delegitimation der ehemaligen Nomenklatura unmittelbar dem politischen Kollaps der einzelnen Systeme und ältere, die Jahrzehnte der sozialistischen Herrschaft über verklärend tradierte Mythen erlangten aktuelle politische Bedeutung. Demgegenüber stehen in gewisser Weise „echte“, durch die Lebenswelten der Bürger in das neue System sozusagen importierte Normen und Verhaltensweisen, deren Perseveranz und Genuinität wissenschaftlich unmittelbar mess- und beschreibbar erscheinen. Der Postsozialismusforschung ist in erster Linie daran gelegen, diese übernommenen Normen und Verhaltensweisen im Bereich des wirtschaftlichen Feldes offenzulegen und ihre aktuelle gesellschaftliche Wirkungskraft im selben darzustellen und zu analysieren.

Im selben Sammelband etwa folgert Tina Olteanu die bestehend hohe Tendenz der rumänischen Gesellschaft zu Korruption und informellen Netzwerken schlüssig aus den die Politik und elitäre Praxis umgebenden Strukturen des Spätsozialismus. Die Verhaltensweisen der Akteure aus Wirtschaft, Politik und Justiz selbst hätten sich nur insofern verändert, als es für eine erfolgreiche Adaption der alten Seilschaften in die neuen institutionellen Settings von Nöten gewesen sei. Vormals formalisierte Abhängigkeitsstrukturen transformierten sich in vorwiegend informelle Beziehungen, analoge Handlungspraktiken in den neuen Arenen der Korruption verweisen zwar nicht auf eine deterministische Logik zwangsläufiger Übernahme der alten Verhaltensmuster in das

---

<sup>119</sup> Ebenda: S. 11

neue System, aber ihre hohe Deckungsgleichheit bestätigt zumindest den genuinen Ursprung der zeitgenössischen Korruptionsformen in den letztgenannten. Entscheidend verändert hätte sich laut Olteanu lediglich die Grundmotivation korrupten Handelns: war es im (Spät-)Sozialismus noch fast notwendiges Mittel zur „Aufrechterhaltung des Systems und Überwindung von Versorgungsengpässen“ jeglicher Art, so liegt die heutige Motivation vor allem in der persönlichen Bereicherung.<sup>120</sup> Die Logik des neuen (Wirtschafts-)Systems wurde also in manchen Gestalten offensichtlich adoptiert (Bereicherungsgedanke in einer kapitalgestützten Wirtschaft), Substrate aus der alten Wirtschafts- und Lebensweise (eben die Formen und Mechanismen des Networking und der informellen Seilschaften) sind jedoch noch genauso feststellbar.

Ein sehr treffendes Beispiel führt Petra Stykow zum Thema Russland an. Die wirtschaftliche Transformation verlief hier sprunghaft, alte soziale Netze und wirtschaftliche Kreisläufe wurden de facto über Nacht nicht nur umstrukturiert, sondern zur Gänze durch gänzlich neuartige Mechanismen ersetzt. Die Vorreiterschaft kapitalistischen Wirtschaftens, die in der Periode des Spätsozialismus bei den sogenannten „Genossenschaftlern“, also auf Eigeninitiative vorangetriebenen Klein- und Mittelbetrieben gelegen war, übernahmen nun gänzlich eigenständige, zum Teil über die (legalen) Maße(n) erfolgreiche Privatunternehmer; heutzutage ist deren Bezeichnung „Oligarch“ auch im Westen zu einem Sinnbild zügellosen Kapitalismus‘ avanciert. So schreibt Stykow: „Während die ‚Genossenschaftler‘, das erste und sichtbarste Ergebnis der frühen Perestrojka (...) gefeiert wurden, verkörperten die erfolgreichsten unter den ‚neuen Russen‘ ein knappes Jahrzehnt später das Zerrbild des egoistischen, moralisch enthemmten Wiedergängers einer besonders rohen Form des ‚Manchester-Kapitalismus‘.“<sup>121</sup> Wichtig für den hier erarbeiteten Analyseansatz ist dabei erst in zweiter Linie, wie und mit welchem Erfolg marktwirtschaftliche Strukturen in Russland eingeführt wurden (obwohl sich nicht zuletzt auch bei der wirtschaftlichen Transformation starke Kontinuitäten und

---

<sup>120</sup> Tina Olteanu: Korruption in Rumänien – ein Erbe des Staatssozialismus. In: Segert, Dieter (Hrsg.): Postsozialismus – Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien, 2007, S. 65-87, insbes. S. 80ff

<sup>121</sup> Stykow, Petra: Marktreformen und ererbtes Beziehungskapital: Unternehmer in Russland. In: Segert, Dieter (Hrsg.): Postsozialismus – Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien, 2007, S. 45-65, insbes. S. 45

unbestreitbare Verbindungen zum sozialistischen Erbe offenbaren<sup>122</sup>), sondern die Akzeptanz in der Bevölkerung, auf die derartige neue soziale Phänomene in einer postsozialistischen Gesellschaft treffen. Diese ist in Russland, nach einem zwischenzeitlichen Höhepunkt 2003, an dem 45% der Bevölkerung die Tätigkeit von Großunternehmen als „nützlich für Russland“ einstufen<sup>123</sup>, mittlerweile schon wieder im Schwinden. Die gesellschaftliche Praxis der richtiggehenden Dämonisierungen der Großunternehmer in den ersten Jahren nach der kapitalistischen Wende, einhergehend mit einem massiven sozialen Abstieg weiter Bevölkerungsteile, ist heutzutage wohl obsolet; breite Akzeptanz kann dem liberalen Unternehmertum in Russland aber immer noch nicht bescheinigt werden. Natürlich muss festgehalten werden, dass gerade auch die hohe soziale Diversifikation, wie sie zu Beginn in Russland mit den Wirtschaftsreformen Einzug gehalten hat, einiges zu der ablehnenden Grundhaltung vieler russischer Bürger beigetragen hat. Inwieweit hierbei die ererbten Wertmuster aus der sowjetischen Zeit eine Rolle spielen, ist schwierig herauszufiltern. Geht man allerdings vom Extremfall aus, nämlich davon, dass ein direkter Schluss von ererbten Wertvorstellungen zur aktuellen Unzufriedenheit überhaupt nicht zulässig wäre, ist noch lange nicht gesagt, dass hier keinerlei Zusammenhang bestehe. Der direkte Schluss würde sich lediglich in einen indirekten verwandeln, mit dem die soziale Ungleichheit begründenden und, wie von Stykow dargelegt, durch den Spätsozialismus in hohem Maße geprägten Aufstieg des neuen russischen Unternehmertums als Zwischenschritt.

Den Fokus auf Fragen, die in erster Linie den politischen Routinen und Normierungen in postsozialistischen Gesellschaften Rechnung tragen, legte die „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.“ bereits im Jahre 1993. Mitinitiator und Herausgeber des in diesem Zusammenhang erstellten Sammelbandes Klaus von Beyme folgert im Fazit desselben, dass „die Schnelligkeit des Abbaus latent sozialistischer Verhaltensweisen überwiegend vom

---

<sup>122</sup> Laut Stykow prägten jene Hinterlassenschaften der Marktwirtschaft die russische wirtschaftliche Transformation entscheidend. Plötzlich freigewordene Ressourcen wurden nicht durch übergangslose oder sprunghafte Einführung neuer Managementmethoden akquiriert, sondern ihre Verwertung erfolgte eher durch „schrittweise Anpassung an neue Umweltbedingungen und allmähliche Veränderungen von Zielen und Routinen“. Die neuen wirtschaftlichen Akteure handelten, vor dem Hintergrund ihrer ererbten Verhaltensweisen, eher nach dem „trial-and error“-Prinzip. Für Stykow steht fest: „Wie in allen Dimensionen der gesellschaftlichen Transformation fand sich auch in der Volkswirtschaft eine Kombination und Rekombination von ererbten und emergenten Elementen (...), aufgrund dessen Neues auch dann aus Altem heraus entsteht, wenn es als seine vollständige Negation in die Welt zu treten scheint.“ (Stykov 2007: S. 61)

<sup>123</sup> Ebenda: S. 45

wirtschaftlichen Erfolg“ abhängen<sup>124</sup>. Dieser Behauptung liegen umfangreiche Studien zu teils sehr unterschiedlichen Teilbereichen des Politischen im wiedervereinigten Deutschland zugrunde, wobei stets der Vergleich der verschiedenen gesellschaftlichen Phänomene auf innerdeutscher Ebene im Mittelpunkt der Untersuchungen liegt. Hans Rattinger etwa untersucht die Unterschiede oder Gemeinsamkeiten bei der Identifikation der Bürger mit Parteien in Hinblick auf ihre Dauerhaftigkeit, Stärke, Abhängigkeit von konkreten Sachfragen und den etwaigen Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Wahlbeteiligung. Seiner abschließenden Beurteilung nach überwiegen die Gemeinsamkeiten deutlich die Unterschiede, die, so sie denn bestehen, weitgehendst gradueller denn fundamentaler Natur wären.<sup>125</sup> Seiner Meinung nach seien in dieser Periode zwei gegenläufige Prozesse in den neuen Bundesländern aufeinandergetroffen: die erste Phase von „Erwerb, Ausbau und Verfestigung“ von Parteibindungen, andererseits der schon in der „alten“ BRD Überhand nehmende und gleichzeitig auch in die neuen Bundesländer exportierte Prozess genereller Erosion jener insbesondere seit den 1980er-Jahren. Gerade dieser Fakt deutet nur schemenhaft an, welche Sonderstellung die Gesellschaft der ehemaligen DDR nach der Wende in den Entwicklungspfaden Osteuropas einnahm. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dominanz der alten Bundesländer ließ einen eigenständigen ostdeutschen Weg durch die Transformationsphase nicht oder nur sehr begrenzt zu. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass etwaige Vermächtnisse der politischen Vergangenheit der DDR um einiges zu schwach waren, um für die erfolgreiche Demokratisierung der Gesellschaft ein relevantes Hindernis darstellen zu können. Das Beispiel DDR zeigt, dass bei entsprechend vorteilhaftem Umfeld angebliche historische Erblasten vieles von ihrer scheinbaren Unüberwindbarkeit einbüßen.

Es ist allerdings zu beachten, dass, wie von von Beyme und seinen Co-Autoren mehrfach erwähnt, die Datenlage so kurze Zeit nach der politischen Neuordnung noch keine gesicherten Prognosen und endgültige Urteile zuließe. Trotzdem entbehrt diese Studie nicht einer gewissen Relevanz:

---

<sup>124</sup>Beyme, Klaus von: Die politische Kultur Osteuropas im Wandel. In: Beyme, Klaus von/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Akad. Verlag, Berlin, 1993, S. 184-210, insbes. S. 208

<sup>125</sup> Rattinger, Hans: Parteiidentifikation in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung. In: Beyme, Klaus von/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Akad. Verlag, Berlin, 1993, S. 77-105, insbes. S. 101f

Erstens wurde mit Hilfe empirischer Sozialforschung eine postsozialistische Gesellschaft auf jene Fragen hin geprüft, die aus westlicher Sicht für eine funktionierende Demokratie von Belang wären. Politische Kultur wurde weiters nicht als hierarchisch-normative Kategorisierung unter der dualistischen Prämisse Civic Culture versus Untertanenkultur aufgefasst, sondern in einem breiteren Kontext Vorformen und Frühstadien demokratischer Normenkomplexe und Organisationsformen als deutungsrelevant anerkannt – wichtig gerade im Zusammenhang mit den hier präsentierten „Keimen von Zivilgesellschaft“, die Ulrich Heyden in bestimmten Protestbewegungen in Russland verorten konnte. Und drittens gibt von Beyme in seinem Schlusswort quasi den Weg vor, wenn er folgert, für eine seriöse Beurteilung der politischen Kultur in Osteuropa sei die Zeit noch nicht reif gewesen, die Datenkontinuität wäre ebenso noch zu gering wie die Stabilität der Institutionen, um wirklich Aussagekräftiges herausarbeiten zu können. Tiefere Einblicke scheinen da knapp 20 Jahre später eher möglich.

Die Betrachtungen und Analysen von Andrej Sokolov zum Thema historisch-kultureller Folgen der sowjetischen Vergangenheit in der zeitgenössischen russischen Gesellschaft sind wohl ebenso im Lichte einer Diskussion zu etwaigen Phänomenen des Postsozialismus zu verstehen. Sokolov sieht – wie etwa auch Olteanu in Rumänien – die endemische Korruption<sup>126</sup> als eine der schwerwiegendsten Erblasten der Sowjetzeit. Sokolov geht so weit zu behaupten, Gesetzesänderungen hätten in Russland für die Regelung gesellschaftlicher Prozesse und Praktiken so gut wie keine Bedeutung, läge die Vollziehung dieser Gesetze doch in den Händen einer Bürokratie, die mittlerweile (und nach um einiges gravierender als zur Zeit des Sozialismus) selbst zum primären Subjekt der Formierung ihres eigenen Rechtsraums verkommen ist. Einerseits habe sie die Aufgabe, soziale Prozesse zu modernisieren, andererseits sei gerade die korrupte Beamtenschaft selbst das Haupthindernis zur Erreichung dieses Ziels.<sup>127</sup> Aus der Sicht Sokolovs stellten Handlungen der Beamten die Hauptquelle des nicht-rechtmäßigen

---

<sup>126</sup> Bei dem von Transparency International alljährlich durchgeführten CPI (Corruption Perception Index) belegt Russland 2009 mit dem äußerst bescheidenen Wert von 2,2 von 10 möglichen Punkten nur den 146. Rang. Vergleichsbeispiele: Georgien 4,1 Pkt. (66.), Republik Moldau 3,3 Pkt. (89.), Kasachstan 2,7 Pkt. (120.).  
Datenquelle:

[Hhttp://www.transparency.org/policy\\_research/surveys\\_indices/cpi/2009/cpi\\_2009\\_table](http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table)

<sup>127</sup> Sokolov, Andrej: Konstitucionno-pravovye osnovy obščestva i istoriko-kul'turnoe nasledie sovetskogo prošlogo v sovremennoj Rossii. In: The Soviet and Post-Soviet Review, Ausgabe 37/2010, S. 1-54, insbes. S. 49

Benehmens der übrigen Kategorien von Bürgern dar.<sup>128</sup> Es scheint, als hätten sich die informellen und korrumpierten Praktiken der Sowjetzeit im Zuge des fast rechtlosen Entwicklung Russlands während der ersten Transformationsphase noch verstärkt. In einem derartigen Umfeld aktiv Transformation gestalten zu können, ist naturgemäß von erheblicher Schwierigkeit.

Desweiteren konstatiert Sokolov, ein Großteil der russischen Bürger selber hätte ihren alten Werthorizont aus der Sowjetzeit noch heute nur in ungenügender Weise zurückgelassen. Eigeninitiative sei nicht weit verbreitet, man verlasse sich in erster Linie auf den Staat und persönliche Netzwerke, um mit Problemstellungen des Alltags fertig zu werden.<sup>129</sup> Ebenso seien marktwirtschaftliche Werthaltungen wie das Streben nach Erfolg oder sozialem Aufstieg für die meisten Russinnen und Russen immer noch negativ konnotiert. Viel eher höre man bei Umfragen Formulierungen wie: „Wir sind gewohnt, uns mit wenig zufrieden zu geben, und nicht Reichtum oder Erfolg nachzuhetzen.“<sup>130</sup> Diese Einstellungen seien aber in zunehmender Weise einem Wandel unterworfen. So ist mittlerweile das Verlangen nach wirtschaftlicher Sicherheit ein ganz zentrales breiter Bevölkerungsschichten und hätte in der Wertigkeit demokratische Güter wie die Verfassung, Mehrparteiensystem, unabhängige Legislative, Meinungsvielfalt und -freiheit schon klar hinter sich gelassen.

Dass Erfahrungen ganzer Generationen mit Mangelwirtschaft und politischer Unfreiheit nur knapp zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des vorangegangenen Regimes noch Spuren zeichnen, scheint weder überbordender Historismus noch starre Konzeption. Besonders die Tatsache, dass sich die importierten Wertsysteme sehr wohl in einem Prozess der Adaption und Neuwertung befinden (wie Sokolov am Beispiel der korrumpierten Beamtschaft sehr anschaulich darlegt) lässt darauf schließen, dass Werthaltungen und historische Erblasten keineswegs statisch oder determinierend, sondern stets dynamisch und ständigen Neudeutungen und Umformungen unterliegen. Die Postsozialismus-Forschung trägt diesem Umstand Rechnung und unterscheidet sich damit in positiver Weise von anderen historischen Herangehensweisen an das Thema „Politische Kultur in Russland“.

---

<sup>128</sup> Ebenda!

<sup>129</sup> Ebenda: S. 50f

<sup>130</sup> Ebenda: S. 52

### 3.2. Transformationstheoretischer Erklärungsansatz

Wolfgang Merkels theoretische Überlegungen zur Konsolidierung demokratischer Systeme und den damit einhergehenden Bedingungen für die Etablierung von Bürgerkultur in Transformationsländern haben bereits breite Akzeptanz in der politikwissenschaftlichen Forschung erlangt. Seine Hypothesen und insbesondere sein Konzept der Mehrebenenkonsolidierung werden in Hinblick auf die hier erarbeiteten Ergebnisse auf ihre Validität hin überprüft werden. Erweisen sie sich als hinreichend kompatibel mit den in Russland zu beobachtenden Phänomenen, bieten sie auch gleichzeitig ein gut strukturiertes Erklärungsmuster für die eingangs formulierten Fragestellungen.

Will man sich über die konkrete Lage der Demokratie oder die bisherigen Erfolge der Demokratisierung in der heutigen Russischen Föderation einen groben Überblick verschaffen, so ist es ratsam, erstmals einen jener politischen Indizes zu Rate zu ziehen, die heute versuchen, die politische Lage in den meisten Ländern durch objektive Bewertungskriterien in Zahl und somit Vergleichbarkeit zu gießen. Bereits eingangs fand der BTI (Bertelsmann-Transformation-Index) Erwähnung, der, herausgegeben von der Bertelsmann-Stiftung, auch von Wolfgang Merkel in seinem Aufsatz „Gegen alle Theorie? – Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa“<sup>131</sup> von 2006 als quantifizierte Vergleichsgröße herangezogen wird. Seine Untersuchungsgruppe sind, wie der Titel schon erkenntlich macht, die Länder Ostmitteleuropas, und sein Versuch besteht darin, das von Claus Offe Anfang der 1990er-Jahre postulierte „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ zu widerlegen. Nach Prüfung aller Länderbeurteilungen durch den BTI von 2006 kommt Merkel zum Schluss, dass sich von „18 untersuchten Ländern (...) sieben Länder Osteuropas außerordentlich schnell konsolidiert“ haben. Seiner Meinung nach seien 4 weitere Länder, nämlich Kroatien, Bulgarien, Lettland und Rumänien „auf dem besten Wege, sich zu konsolidieren“. Für die 3 Schlusslichter dieses Ratings wagt Merkel folgende Prognose: „Bei drei von ihnen (= restliche Länder der Vergleichsgruppe ohne fortgeschrittene Konsolidierung, Anm. d. A.), Albanien, Russland und Belarus, ist eine demokratische Konsolidierung in absehbarer Zukunft kaum zu erwarten“<sup>132</sup>. Um in Folge spezifischer auf einzelne Ergebnisse der Russischen Föderation beim BTI von 2006

---

<sup>131</sup> Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift 48, Jg. 48, Heft 3, 413-433

<sup>132</sup> Ebenda: S. 426f.

(Erhebungszeit Ende 2005) referieren zu können, sind diese nun in Folge ausführlicher dargestellt:

*Konstitutionelle Konsolidierung*: dieser Wert ergibt sich aus Kombination der Faktoren institutionelle Effizienz, institutionelle Transparenz und institutionelle Inklusion (Förderung der politischen und sozialen Integration und Partizipation). Hier kommt die Russische Föderation auf ein Ergebnis von 5 von 10 möglichen Punkten.<sup>133</sup> Als Fazit schließt hier Merkel, dass die demokratischen Institutionen in Russland noch wenig konsolidiert sind, ganz im Gegensatz zu anderen ehemaligen staatssozialistischen Ländern wie Estland (9,5 von 10), Polen (9,4 von 10), Ungarn (9,3 von 10) usw.<sup>134</sup> Das Gravierende an diesen schweren Defiziten im Bereich der institutionellen Ebene (nur Moldawien und Belarus kommen im Erhebungszeitraum auf noch schlechtere Werte als die Russische Föderation) erschließt sich aus ihrer hohen Bedeutung, die ihr bei der gesellschaftlichen Konsolidierung hin zur Demokratie als de facto-Fundament zukommt. Für Merkel wirkt sie wie „normative, sanktionierende und damit ermöglichende wie handlungseingrenzende, also strukturbildende Vorgaben“ auf alle nachfolgenden Ebenen der Konsolidierung ein.<sup>135</sup> Eine weitere dieser Ebenen ist die *repräsentative Konsolidierung*, die die Sphären der Parteien und Interessensverbände umfasst und allen voran ihre territoriale und funktionale Repräsentation der verschiedenen politischen Meinungen wiedergibt. Eng damit zusammen hängt die *Verhaltenskonsolidierung* auf der Ebene der *informellen und potenziellen* demokratischen Akteure wie Militär, Finanzkapitalträger, radikale Bewegungen, Großgrundbesitzer usw. Die beiden Bereiche der Repräsentation und Verhaltenskonsolidierung bilden die Mesoebene des Konsolidierungsprozesses moderner Demokratien und sind vor allem in ihrer Breite und ihrer Nähe zum Bürger (Mikroebene) gleichfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Umso schwerer wiegt es, dass die Russische Föderation in beiden Bereichen ebenfalls mit sehr bescheidenen Ratings bedacht werden muss. Mit 8 von 10 Punkten erreicht sie zwar beim Bereich der potenziellen informellen Akteure ihren Höchstwert aller Teilbereiche, teilt sich aber, im Vergleich zu etablierten Demokratien wie der Tschechischen Republik, Polen, Slowakei, Slowenien, auch Kroatien, Lettland und Litauen (alle 10 von 10

---

<sup>133</sup> Der BTI bewertet mit einer Skala von 1-10, wo 1 die schlechtmöglichste und 10 die bestmögliche Bewertung darstellen.

<sup>134</sup> Merkel, in: Politische Vierteljahresschrift 48, Jg. 48, Heft 3, S.418f.

<sup>135</sup> Ebenda: S. 416



Punkten), die abgeschlagenen Plätze des letzten Drittels ein weiteres Male mit Staaten wie Serbien, Bosnien-Herzegowina, Albanien und Moldawien (mit großem Abstand Schlusslicht ist hier wieder Belarus, das mit 1 von 10 Punkten den schlechtmöglichen Wert erhält). Bei der repräsentativen Konsolidierung rangiert Russland auf dem drittletzten Platz und erzielt gar nur 5 von 10 Punkten<sup>136</sup>.

Solch bescheidene Ergebnisse auf den gesellschaftlichen Ebenen wirken sich natürlich auch direkt auf das demokratische Bewusstsein jedes einzelnen Staatsbürgers aus, weswegen im Bereich *Konsolidierung der demokratischen Kultur*, die als sozio-kultureller Unterbau jeder Demokratie zwingend notwendig ist und deren Aufbau aber der wohl langwierigste Prozess von Transformationen ist, Russland auch wiederum mit nur 5 von 10 möglichen Punkten bewertet wird.<sup>137</sup> Letzteres Ergebnis wird von den hier bereits präsentierten Umfragen zu Demokratie und Oppositionsverhalten in eindeutiger Weise bestätigt. Ist es um die Quantifizierbarkeit von Größen wie demokratischer Konsolidierung und damit Relevanz solcher Länderratings generell etwas fragwürdig bestellt, so wird vor allem Merkels theoretische Konzeption einer Mehrebenenkonsolidierung als Ausgangsbasis der transformationstheoretischen Überlegungen zum Entwicklungsrückstand der „demokratiestabilisierenden Bürgerkultur“ (Merkel) dienen.

Wirft man nun doch einen kurzen Blick auf die Resultate, so lassen diese wohl nur eine Schlussfolgerung zu, nämlich, dass die Demokratie westlichen Vorbilds in der Russischen Föderation bis heute, gut 19 Jahre nach Ende der Sowjetunion, nicht Einzug gehalten hat und, ganz im Gegenteil, selbst bei den allernotwendigsten Grundvoraussetzungen wie einem konstitutionellen Überbau gravierende Defizite bestehen.

In der Folge wird der Fokus dieses Teil der hier vorliegenden Arbeit auf zwei Teilbereiche von Merkels Konzept gelegt werden, nämlich auf die bis heute nachwirkenden und auf nachstehende Ebenen ausstrahlenden Problematiken des konstitutionellen Wechsels und der, wie man zwischenbilanzieren kann, fehlenden Etablierung einer genuinen Parteienlandschaft und damit einer stagnierenden, womöglich regressiven Konsolidierung auf der Ebene gesellschaftlicher Repräsentation. Die vorrangige Bedeutung der konstitutionellen Ebene in der gesamtgesellschaftlichen Transition wird von vielen, unter anderem auch von Merkel (wie gezeigt) oder Offe (der bei seiner Analyse der Studien zu

---

<sup>136</sup> Ebenda: S. 421

<sup>137</sup> Ebenda: S. 419, 422f

Transformationen der 3. Welle in Lateinamerika die These aufstellt, hier habe es sich in erster Linie nur um „politische-konstitutionelle, also die Regierungsform und die Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Gesellschaft betreffende Modernisierungsprozesse“ gehandelt)<sup>138</sup>, immer wieder dargestellt. Die Genese der nun in Russland etablierten Regierungs- und Verfassungsform war einigen Unregelmäßigkeiten („Verfassungskrise“ von 1993) und Diskontinuitäten unterworfen und von konfrontativem Vorgehen der wichtigsten politischen Akteure geprägt. Dass Merkels Konzept der Mehrebenenkonsolidierung (oder Nicht-Konsolidierung, wie im vorliegenden Fall) auf die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland gut zur Anwendung gebracht werden kann, zeigt folgende Analyse.

### 3.2.1. Konstitutionelle Konsolidierung

#### 3.2.1.1. Das Parlament im Transformationsprozess

Um den Einfluss jener Akteure, die nach dem Ende der Sowjetunion 1991 in Russland maßgeblich an der Neuausrichtung des politischen Systems auf konstitutioneller Ebene Anteil hatten, hinreichend verstehen zu können, ist ein Blick auf die Ausgangslage des Prozesses von Vorteil. Zu vorderst soll hier das Parlament als ein Hauptakteur des Verfassungsgebungsprozesses 1993 beleuchtet werden.

Ein kurzer Blick in die Geschichte des russischen Parlamentarismus genügt, um zum Fazit zu kommen, dass dieser im Gegensatz zu anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks – wie etwa Polen und Tschechien (Ländern, die bereits in der Zwischenkriegszeit als hinreichend funktionierende Demokratien gegolten haben) – im Institutionensetting Russlands (und vormals des zaristischen Imperiums) nie sonderlich ausgeprägt war. Im Zarenreich bestand lange keine gewählte Volksvertretung, erst durch die Nachwirkungen der russischen Niederlage im Japanischen Krieg wurde 1905 eine erste solche Institution geschaffen – die 1. Duma. Für diese erste Form des russischen Parlamentarismus hat Löwe folgendes Urteil bereit: „Die Frage nach Wirkung und Effizienz der Duma in Rußland von 1906 bis zur Revolution wird meistens allzu sehr an großen Veränderungen festgemacht, seien sie nun konstitutioneller oder nur legislativer Art. Und da scheint sie, insbesondere

---

<sup>138</sup> Offe, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit – Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur, Jg. 45, Heft 4, S. 283

bei den hohen Ansprüchen, (...) allzu viele Wünsche offen zu lassen.“<sup>139</sup> Die Duma musste sich vor allem an den Forderungen, die im Rahmen des Revolutionsjahrs 1905 gestellt worden, wie etwa Enteignung des Grundbesitzes oder Parlamentarisierung des Systems, messen lassen und von ihr war somit erwartet worden, im starren autokratischen System des späten russischen Zarenreichs die Rolle einer revolutionären Instanz einzunehmen. Doch gerade das war nicht im Sinne ihrer Schöpfer, erläutert Löwe.<sup>140</sup>

Zur Zeit der kommunistischen Diktatur war der Parlamentarismus in Form des Obersten Sowjets formal (in Form der Sowjets) oberster Souverän, de facto jedoch inexistent. Der als Feindbild propagierte „bürgerliche Parlamentarismus“ wurde mit dem Sturm der Konstituante im Januar 1918 „im Namen der revolutionären Diktatur“<sup>141</sup> abgeschafft. Als Volksvertretung traten an seine Stelle „Sowjets“ – nach eigenem Verständnis Arbeiter- und Bauernräte. Diese formal parlamentarische Form der Herrschaftsausübung bot in Realität aber eher folgendes Bild: die Macht dieser Räte war rigide eingeschränkt, die politischen Entscheidungen traf die Parteiführung der KPdSU, die Annahme dieser Beschlüsse durch die Sowjets hatte lediglich dekorativen Charakter. So stellt Simon fest: „Die Sowjets sanktionierten (...) Entscheidungen und führten sie aus; sie waren keine autonomen Gesetzgeber und keine Kontrolleure der Parteiorgane. Ihre Allzuständigkeit hatten sie an die KPdSU abgetreten, sie waren deren Werkzeug.“<sup>142</sup>

Gegen Ende der Sowjetherrschaft, und in diesem Sinne der Herrschaft der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, führten die durch die „Perestrojka“-Politik Gorbachevs angestoßenen politischen Prozesse zu einer schlagartig neuen Situation. In Folge der Krise des Einparteiensystems und der damit einhergehenden Problematik der Legitimation der alten Herrschaftsform waren die Reformer rund um Gorbachev bereit, die Sowjets mit echten Legislativfunktionen auszustatten und somit einen Teil der Parteiprivilegien an die Räte auszulagern. Im Zuge dessen sollte auch die Herrschaft der KPdSU eine neue Form der Legitimation erfahren und vor weiteren revolutionären Bestrebungen geschützt werden. Im Herbst 1988 wurde nun ein neues, doppelstöckiges

---

<sup>139</sup> Löwe, Heinz-Dietrich: Duma, Regierung und russische Öffentlichkeit, 1906-1916, in: Dahlmann/Trees (Hrsg.): Von Duma zu Duma – Hundert Jahre russischer Parlamentarismus, Göttingen, 2009, S. 283

<sup>140</sup> Ebenda: S. 284

<sup>141</sup> Lenin nach Simon, Gerhard: Die postkommunistische Duma: Brüche und Kontinuitäten, in Dahlmann/Trees (Hrsg.): Von Duma zu Duma – Hundert Jahre russischer Parlamentarismus, Göttingen, 2009, S. 361

<sup>142</sup> Ebenda: S. 362

Parlament eingeführt, das aus den beiden Kammern Oberster Sowjet und Kongress der Volksdeputierten bestand. Für Simon bedeutete dies eine Art Rückkehr zum viel verachteten bürgerlichen Parlamentarismus und Beginn des Endes der „kommunistischen Tyrannei“. <sup>143</sup> Nach dem Ende der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Verbot der KPdSU auf dem Territorium der neuen Russischen Föderation trat nun folgende Situation ein: die Räte waren weiterhin legislative Instanz und erstmals seit ihrer Entstehung einigermaßen weisungsfrei und damit autonom von der Partei. Dazu Simon: „(Es) trat nun eine Situation ein, die es bisher nur in der Ideologie und Propaganda gegeben hatte: (...) die parlamentarischen Institutionen beanspruchten alle Macht für sich. Denn die Partei, die stets davon gesprochen, dies aber in Wirklichkeit verhindert hatte, gab es jetzt nicht mehr. (...) Der Schein verwandelte sich in Realität.“ <sup>144</sup>

### 3.2.1.2. Der Präsident im Transformationsprozess

Diesem nun mit neuem Selbstbewusstsein ausgestatteten und erstarkten Parlament sah sich der de facto-Nachfolger Gorbačevs, der erste Präsident der RSFSR und später der Russischen Föderation, Boris El'cin, gegenüber. El'cin, der seinen Weg aus der Bezirksorganisation von Sverdlov'sk (heute Ekaterinburg), bis hinauf zum Staatsapparatvorsitzenden in der Hauptstadt Moskau gemacht hatte, war Ende 1987 nach zahlreichen Eskapaden endgültig bei Gorbačev in Ungnade gefallen und wurde erst von seinen Pflichten in Moskau, später auch von seinem Posten im Politbüro entbunden. Nichts desto trotz hatte er in seiner kurzen Tätigkeit in Moskau bei der Bevölkerung große Beliebtheit erlangt, die ihm in den Jahren 1989-1991, der Zeit seines endgültigen Aufstiegs, noch von großem Nutzen sein sollte <sup>145</sup>. Kagarlitsky charakterisiert den Politiker El'cin aber keineswegs als den charismatischen Politiker, als den man El'cin in seiner Anfangszeit im Westen wohl aufgenommen hatte. Für ihn war er vorhersehbar und tat sich vor allem dadurch hervor, bei Krisen (vor allem von ihm selbst verursachte) zunächst im Hintergrund zu bleiben und zu warten, bis sich das Chaos gelichtet und es sicher geworden war, Partei zu ergreifen. <sup>146</sup> So zum Beispiel schreibt er über die Ereignisse des

---

<sup>143</sup> Ebenda!

<sup>144</sup> Ebenda: S. 364f

<sup>145</sup> Kagarlitsky, Boris: Russia under Yeltsin and Putin – Neo-liberal autocracy. Verlag Pluto, London, 2002 (2. Aufl.), in engl. Übersetzung v. Renfrey Clarke, S. 78ff

<sup>146</sup> Ebenda: S. 82

Putschversuchs 1991: „During the first stages of the August 1991 events, he also kept his silence. Several hours went by before he came out with a condemnation of the ‚putschists‘. It was only when the situation had become completely clear, and it was obvious that nothing threatened him, that Yeltsin appeared before the people...“<sup>147</sup> Ist Kagarlitskys Einschätzung aufgrund ihrer Radikalität und immer wieder offen zur Schau getragenen Geringschätzung El'cin gegenüber (Zitat: „guarantee of instability“)<sup>148</sup> eher mit Vorsicht zu genießen, so gibt sie doch einen guten Einblick in die politischen Praktiken dieser Zeit. Informelle Seilschaften und von kurzfristigen Machtkämpfen und persönlichem Gewinnstreben geprägte Konflikte diktierten in dieser Zeit zu großen Teilen die Eliten in Russlands Transformationsprozess.

Das Phänomen Russland ist wohl nur bedingt ein genuin eigenständiges, wenn sich auf mikroanalytischer Ebene gezielt einzelne Prozesse, wie etwa der der Verfassungsgebung und in diesem Zuge Beweggründe und Rollen, die den Einzelakteuren dabei zukamen, plausibel und nachvollziehbar darstellen lassen, ohne auf fast schon metaphysische Faktoren wie „Tradition“ und „Besonderheit Russlands“ zurückgreifen zu müssen. Darum wird dieser Prozess, dessen Hauptakteure Präsident El'cin und die Vertreter des Parlaments bereits dargestellt wurden, in weiterer Folge nach diesen Kriterien aufgeschlüsselt. Dieser offen zur Schau Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Parlament, beides zu dieser Zeit (Anfang der 1990er-Jahre) noch relativ junge Institutionen des politischen Systems, gipfelte in der die Exekutive begünstigenden neuen Verfassung vom Dezember 1993 und nahm somit auf die folgende institutionelle Entwicklung und Konsolidierung des neuen russischen politischen Regimes maßgeblich Einfluss.

### 3.2.1.3. Der Verfassungsgebungsprozess 1993: Mikroanalyse eines weitreichenden Machtkampfes

Um die Entwicklungen, die in der medial gerade im Westen auch sehr stark rezipierten „russischen Verfassungskrise“ im Frühherbst 1993 gipfelten, besser verstehen zu können, muss man nicht zuletzt den Werdegang der Person des späteren Präsidenten El'cins in den frühen Jahren der Wende Revue passieren lassen. Sein erstes offizielles Amt nach seiner Demontage als Chef der Moskauer Stadtpartei hatte der deklarierte Reformier ab 1990 inne.

---

<sup>147</sup> Ebenda: S. 83

<sup>148</sup> Ebenda: S. 77

Im Mai dieses Jahres wurde El'cin zum Vorsitzenden des neu gegründeten Obersten Sowjets der RSFSR gewählt. Für Simon legt dies folgenden Schluss nahe: „Die Führung des russischen Parlaments wurde den Kommunisten entwunden, der Weg in ein demokratisches und vom Parlament bestimmtes Russland schien offen.“<sup>149</sup> Eine der ersten von El'cin und seinem demokratischen Kreis vorgebrachten Initiativen war allerdings die Schaffung des Amtes des frei gewählten russischen Staatspräsidenten, einer Institution, der allem voran die Aufgabe zufiel, russische Interessen gegen das langsam zerfallende Zentrum der Sowjetmacht um Gorbačev durchzusetzen. Die Schaffung wurde bereits im folgenden Jahr umgesetzt<sup>150</sup>. Dass sich El'cin im Juni 1991 als Präsident des Parlaments dieser Wahl stellte und diese auch für sich entscheiden konnte, zeugt deutlich von dem eher geringen Vertrauen, die er der Institution des Parlaments, obgleich ihr Vorsitzender entgegenbrachte. In seiner Wahrnehmung war das Amt des Präsidenten wohl erstrebenerwerter, weil von den zunehmenden Machtspielen und Clanverstrickungen in der Kammer der Volksdeputierten entwunden. In dieser Denkweise ist auch im Kern jener Konflikt begründet, der in der Folge bis zum Sturm des Weißen Hauses (damals noch Sitz des Parlaments, heute der Regierung) und zu beinahe bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen sollte. Hauptüberlegung für die Schaffung dieses Amtes, das sich in seiner Form stark an das gegen Ende der UdSSR neu kreierte Amt des Staatspräsidenten anlehnte, war, dass es einer stärkeren und stabileren Exekutive leichter fallen würde, die angestrebten weitreichenden Reformen auch umzusetzen.<sup>151</sup>

Von nun an standen sich das mit großem Selbstbewusstsein ausgestattete Parlament (war es doch 1989 im ersten Zuge der Demokratisierung mit Slogans wie „Alle Macht den Sowjets!“ zu so etwas wie der Zentralinstanz russischer Politik aufgestiegen) und der frisch gewählte Präsident El'cin, der sein Amt eher nach seinen eigenen Vorstellungen (hatte doch gerade er die Schaffung dieses Amtes überhaupt erst durchgesetzt) interpretiert sehen wollte, gegenüber. Der mittlerweile überholten Verfassung zufolge – sie trug den tatsächlichen politischen Kräfteverhältnissen und Realitäten nur mehr äußerst bedingt Rechnung – war jedoch immer noch das Parlament (kombiniert aus den 2 Kammern Oberster Sowjet und Kongress der Volksdeputierten) oberste Macht im Staat. So hatte man

---

<sup>149</sup> Simon 2009: S. 362

<sup>150</sup> Ebenda!

<sup>151</sup> Von Blumenthal, Julia: Der Präsident Russlands im Demokratisierungsprozess – Garant der Stabilität oder Wegbereiter der Diktatur. Hamburg, 1995, S. 17

es im Mai 1991 im „Gesetz über den Präsidenten“ festgelegt.<sup>152</sup> Das Parlament hatte sich bei mit den seiner Konstituante 1990 einhergehenden Gesetzgebungen als Souverän in der Verfassung verankern lassen. Durch eine Änderung des Artikels 104 der Verfassung von 1978 löste es de facto die KPdSU als Machtmonopol ab. In der Tat waren die Kompetenzen und Befugnisse des Parlaments, vor allem aufgrund völligen Fehlens eines Systems der „checks and balances“ und des Faktes, dass auch die Kompetenzkompetenz alleinig Zuständigkeit des Parlaments war, beinahe total.<sup>153</sup> Von Blumenthal hebt hervor, dass die Stellung des Vorsitzenden des Obersten Sowjets durch seine Machtfülle eigentlich kaum mit anderen Parlamentspräsidenten vergleichbar wäre. Ihr zufolge ist offensichtlich, dass „ein so starker Parlamentspräsident neben dem Präsidenten und dem Regierungschef ein zusätzliches Machtzentrum“ schüfe, „das Ausgangspunkt von Konflikten werden kann.“<sup>154</sup> Für Simon ist allerdings vor allem El'cins Vorgehen für die folgenden konfliktreichen Jahre verantwortlich: „El'cin und seine Mannschaft waren jedoch nach der Amtsübernahme nicht bereit, sich daran (=die Vereinbarungen im Gesetz über den Präsidenten; Anm.d.A) zu halten. So standen die beiden folgenden Jahre im Zeichen erbitterter und immer unversöhnlicherer Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Präsident um die Suprematie im Staat.“<sup>155</sup>

Die institutionellen und informellen Spannungen, die auf einer solchen, offensichtlich unausgewogenen verfassungsrechtlichen Basis gediehen, arteten schon bald in tiefe persönliche Animositäten aus. Auf der Seite des präsidentiellen Kreises stachen allen voran El'cins Pressesprecher Kostikov und zu anfangs Ministerpräsident Gaidar heraus. Egor Gaidar, der diesen Posten 1992 bis 1994 bekleidete und gleichzeitig das Amt des Finanzministers inne hatte, wurde in der öffentlichen Meinung hauptverantwortlich gemacht für den wirtschaftlichen Kollaps 1992 (Inflation bei rund 2.500%!)<sup>156</sup> und verließ im Laufe des Jahres 1994 die Regierung El'cin. Auf der oppositionellen Seite taten sich vor allem zwei hochrangige Politiker wortgewaltig hervor: Ruslan Chasbulatov, El'cins Nachfolger an der Spitze des Obersten Sowjets und somit höchster Repräsentant des Parlamentarismus, und Aleksandr Ruckoj, ein ehemaliger Weggefährte El'cins und

---

<sup>152</sup> Simon 2009: S. 361 f

<sup>153</sup> Ebenda!

<sup>154</sup> Von Blumenthal 1995, S. 19

<sup>155</sup> Ebenda: S. 362

<sup>156</sup> Kampfner, John: Inside Yeltsin's Russia – corruption, conflict, capitalism. London, 1994, S. 136

späterer Vizepräsident. Ruckoj hatte mit El'cin um das Institut der freien Präsidentenwahl durch das russische Volk gekämpft und war als Dank von El'cin für das Amt seines Stellvertreters nominiert worden. In der folgenden Zeit war aber schnell klar geworden, dass Ruckoj mit vielen von El'cins Entscheidungen und Haltungen, vor allem gegenüber der Wirtschaftspolitik von Gaidar, nicht konform ging und in das einstig kollegiale Verhältnis der beiden mischten sich zunehmend Unstimmigkeiten. Chasbulatov war, wie bereits erwähnt, Vorsitzender des Parlaments, das fast geschlossen gegen die neoliberalen Reformen unter El'cins Regie auftrat, und als solcher ziemlich offenherzig mit seinen Formulierungen. In einer Debatte im Kongress der Volksdeputierten im April 1992 bezeichnete er El'cin und seine Anhängerschaft offen als „Würmer“ und, damit nicht genug, legte noch nach: „Evil is always originated in the Kremlin. We should withdraw presidential and government structures from here and turn the Kremlin into a national museum.“<sup>157</sup>

Die Spannungen waren von nun an offensichtlich und der Weg in eine Konfrontation um die wahre Macht im Staat geradezu vorprogrammiert. El'cins Pressesprecher ließ kurze Zeit danach eine angemessene Replik folgen, in der er Chasbulatov mit Stalin verglich und meinte, jedermann wisse, wohin dessen Politik noch führen würde: „The results are known. Mass terror, deportations, gulags.“<sup>158</sup> Dies alles waren naturgemäß bloße Nebeneffekte eines Konflikts um die Führungsstellung in einem neuen Verfassungsgebungsprozess, der, wie die Jahre ab 1990 zeigten, unumgänglich geworden war. So war nach von Blumenthal die revidierte Verfassung „von Anfang an widersprüchlich.“ Bei der unvollständigen Revision, die im Zuge der Schaffung des Präsidentenamtes vonstattengegangen war, wurde auf das alte Rätssystem lediglich die Institution des Staatspräsidenten „aufgesetzt“. Besonders auffällig war die Rivalität der Bereiche „Gewaltenteilung“, die in den Artikeln 1 und 3 zugesichert wurde, und der „Stellung des Kongresses der Volksdeputierten“ (mit dem Obersten Sowjet als Zentralorgan), der in Artikel 104 nach dem Beispiel der alten sowjetischen Gewaltenkonzentration als das „höchste Staatsorgan“ bezeichnet wurde.<sup>159</sup> Frenzke merkt an, dass in den drei Jahren zwischen 1989 und 1992 die alte Verfassung von 1978 nicht weniger als 11 Revisionen von unterschiedlicher Reichweite und Gewichtung unterworfen

---

<sup>157</sup> Chasbulatov nach Kampfner: S.136

<sup>158</sup> Kostikov nach Kampfner: S. 137

<sup>159</sup> Von Blumenthal 1995: S. 19f



war. Die Revisionen waren teilweise in sich selbst widersprüchlich und von kurzer Wirkungsdauer, da vielen dieser Änderungen alsbald nach Inkrafttreten die Übereile und das kurzfristige Denken bei ihrer Ausarbeitung zum Verhängnis wurde. Frenzke hat für diesen Umstand folgendes Urteil parat: „Trotz dieser zahllosen Änderungen (...) befand sich die russische Föderation (...) in einer ausgesprochen instabilen Lage. Weder konnte die chaotische Situation in Politik und Wirtschaft des Landes (...) auf die Verfassungspraxis mäßigend einwirken, noch konnten, umgekehrt, die immer wieder aktualisierten Verfassungsnormen auf die Akteure der politischen Praxis einen besänftigenden Einfluß ausüben.“<sup>160</sup>

Es bestätigt Kagarlitskys Einschätzungen El'cin gegenüber, wenn Kampfner konstatiert, dass jener die wohl beste Gelegenheit für die Aufstellung eines allumfassenden Verfassungskonvents, der mit derlei verfassungsrechtlicher Willkür und kontraproduktiven Auswüchsen abschließen hätte können, versäumt hätte. Diese hätte sich ihm unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten und in Verbundenheit mit seiner stark ausgeprägten und unangefochtenen Autorität im Laufe der Folgemonate geboten. Nach Kampfner wäre es ihm damals ein leichtes gewesen, die Repräsentation in Gestalt des Obersten Sowjets und des Kongresses aufzulösen und durch eine Konstituante zu ersetzen. Mit zunehmender Unbeliebtheit seiner politischen Rolle im wirtschaftlichen Reformprozess schrumpfte allerdings auch seine präsidentielle Autorität.<sup>161</sup> Interessanterweise ist in diesem Fall gut nachzuvollziehen, wie alleine die Querelen rund um die Person El'cin gleichzeitig auch das Standing des Amtes des Präsidenten an sich beeinflussen. In einem noch nicht vollständig institutionalisierten politischen System wie Russland zur Wendezeit scheinen politische Prozesse in der Tat noch höchst informell abzulaufen und durch den noch nicht gefestigten institutionellen Background das Handeln von Einzelakteuren und –personen direkt auf die Gewichtung ihrer objektiven politischen Rolle rückzuwirken.

El'cin waren im Zuge des Putschversuches von 1991 vom Parlament Sondervollmachten verliehen worden, um die Situation besser kontrollieren zu können. In der Folge erließ El'cin eine maßgebliche Anzahl von Dekreten, die ihm immer mehr Kompetenzen zukommen ließen. So ernannte er sich ab 1991 für kurze Zeit auch selbst zum Regierungschef, bis er auf dem VI. Kongress der Volksdeputierten dazu gezwungen

---

<sup>160</sup> Frenzke, Dietrich: Die russischen Verfassungen von 1978 und 1993. Verlag Arno Spitz, Berlin, 1995, S. 19; 30f

<sup>161</sup> Kampfner 1994: S. 137

wurde, diese Doppelfunktion niederzulegen. Dies war nur ein Beispiel von vielen. Doch auch das Parlament setzte sich oft über Verfassungsbestimmungen hinweg. El'cins Initiative, die Kompetenzen des Regierungschefs dauerhaft auf das Amt des Präsidenten zu übertragen, erreichte in der Bevölkerung über 1 Million Unterschriften und hätte so auf einem Kongress vom Parlament behandelt werden müssen. Doch das Parlament weigerte sich.<sup>162</sup> Am siebenten Kongress der Volksdeputierten näherte nun sich der Machtkampf dem Höhepunkt. Es sollte ein neuer Ministerpräsident gewählt werden; auch die Aufhebung von Sondervollmachten des Präsidenten stand im Raum. El'cin versuchte die Bestrebungen des Kongresses, die eindeutig in Richtung einer Parlamentarisierung der Regierung (hauptverantwortlich gegenüber dem Parlament und nicht dem Präsidenten) gingen, mit allen Mitteln zu verhindern. Der Kongress endete in einer Art Patt-Stellung. Für von Blumenthal war er „die erste Etappe auf dem Weg in die gegenseitige Blockade von Parlament und Präsident.“<sup>163</sup> Der gefundene Kompromiss war nicht auf Dauer ausgelegt und es war nur eine Frage der Zeit, bis er sein ganzes Konfliktpotential entfalten würde.

Am achten Volksdeputiertenkongress im März 1993 wurden die Sondervollmachten des Präsidenten, die ein halbes Jahr zuvor als Teil des Kompromisses noch verlängert worden waren, endgültig aufgehoben und durch eine Verfassungsrevision die Position der Regierung gegenüber dem Präsidenten stark aufgewertet. El'cin ließ die Bevölkerung in einer Fernsehansprache anschließend wissen, dass er sich durch die Unzahl an Änderungen der Verfassung an diese nicht mehr gebunden fühlte und kündigte eine „eigene Art der Regierungsweise“ an. Als Reaktion darauf trat der Volksdeputiertenkongress ein weiteres Male im März zusammen, um die Folgen zu diskutieren. Das für April angesetzte Referendum über Teile der neuen Verfassung, die dem Parlament Supremität zusichern sollte, wurde ausgesetzt, und ein Amtsenthebungsverfahren gegen El'cin kam auf die Tagesordnung. Dafür fand sich aber nicht die nötige Mehrheit.<sup>164</sup>

In den Monaten bis zum Herbst war es auch V. Zor'kin, dem Vorsitzenden des Verfassungsgerichtshofs, der in der Vergangenheit immer wieder als Vermittler zwischen Präsident und Parlament fungiert hatten, nicht möglich, die Wogen zu glätten. El'cin ergriff schließlich, das Damoklesschwert einer neuen, vom Parlament ausgearbeiteten

---

<sup>162</sup> Von Blumenthal 1995: S. 22f

<sup>163</sup> Ebenda: S. 24

<sup>164</sup> Ebenda: S. 25f

Verfassung im Auge, im September 1993 die Initiative und löste per Dekret das Parlament auf. Er berief sich dabei auf seine demokratische Legitimation, die er 1991 bei seinen Wahlen erfahren hatte und die er im Gegenzug dem Kongress der Volksdeputierten absprach. Dieses Vorgehen El'cins war durch keinerlei rechtliche Basis in der bisherigen Verfassung gedeckt und unterstreicht die offene Geringschätzung, mit der der Präsident den alten konstitutionellen Normen mittlerweile gegenübertrat. Die folgenden Monate bis Dezember waren gekennzeichnet von einer Art Präsidialherrschaft. El'cin regierte ohne verfassungsrechtliche Basis alleine mit von ihm ausgestellten Dekreten.<sup>165</sup> Für El'cin war seine demokratische Legitimation durch die freien Wahlen 1991 und durch das für sich entschiedene Referendum im April 1993, bei dem nicht nur über die Neuwahl des Parlaments und des Präsidenten entschieden wurde, sondern auch eine Vertrauensfrage in El'cins Person implementiert war, durchaus ausreichend, um dieses Vorgehen zu rechtfertigen.<sup>166</sup> Frenzke sieht als Jurist diese Rechtfertigungen aber in einem höchst zweifelhaften Licht: „Die Würdigung von Jelzins Vorgehensweise am und nach dem 21. September 1993 kann, rechtlich gesehen, nur negativ ausfallen. Das Dekret selbst und die aus diesem folgenden Maßnahmen mit dem Sturm auf den Parlamentssitz am 4. Oktober (...) bilden nicht nur schlichte Verstöße gegen eine an sich fortbestehende Verfassung, sondern hier wurde deren Grundlage zerstört, nämlich die Gewaltenteilung.“<sup>167</sup> Diese Schlussbemerkung kann als Ausgangspunkt für das folgende Zwischenfazit verstanden werden. In diesem soll der Frage nachgegangen werden, wie sich der aktuelle Zustand der konstitutionellen Konsolidierung in Russland darstellt.

#### 3.2.1.4. Der russische Konstitutionalismus heute

Was war nun das Ergebnis dieses Ränkespiels der Institutionen Anfang der 1990er-Jahre? Nach einhelliger Meinung führte von Präsident El'cin maßgeblich beeinflusst Verfassung, über die noch im Dezember des Jahres 1993 ein Referendum mit positivem Ausgang abgehalten wurde, zu einer überdeutlichen Bevorzugung der exekutiven Organe (insbesondere der Institution des Präsidenten selbst) gegenüber jenen der Legislative. Nachdem El'cin nicht nur das Parlament, sondern auch den Verfassungsgerichtshof bar

---

<sup>165</sup> Ebenda: S. 26

<sup>166</sup> Ebenda!

<sup>167</sup> Frenzke 1995, S.33

jeder rechtlichen Basis aus dem machtpolitischen Spiel genommen hatte, ließ er sich mittels Dekreten eine Vielzahl von weitreichenden Befugnissen in der neuen Verfassung verankern. Ein Blick in diese reicht aus, um genügend Beispiele ausfindig zu machen, die von der de facto superpräsidentiellen Machtfülle der russischen Staatschefs seitdem zeugen<sup>168</sup>: so sind sie „Garant der Verfassung (...) sowie der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers“, ernennen mit Zustimmung der Duma den Regierungschef, haben das Recht, Sitzungen des Parlaments vorzusitzen. Sie entscheiden desweiteren über Rücktritt der Regierung, schlagen dem Föderationsrat die Kandidaten zum Verfassungsgerichtshof vor und ernennt das Oberkommando der Streitkräfte. Von besonderem Interesse im hier behandelten Zusammenhang sind jedoch die Rechte gegenüber dem Parlament. So können die Präsidenten die Wahltermine zur Duma nach Übereinstimmung mit der Verfassung festsetzen, das Parlament auflösen, und bei allen Gesetzgebungsprozessen in der Duma von ihrem Initiativrecht Gebrauch machen. Ein für die El'cin-Ära markanter Aspekt dieser Verfassung findet sich im Recht des Staatschefs zur Aussendung von Dekreten, die auf dem ganzen Föderationsterritorium verbindlich gelten, bewahrt. El'cin behielt sich also zusätzlich zu den schon rigide beschnitten Kompetenzen der Legislative noch die Möglichkeit einer Regierungsform am Parlament vorbei offen. In der Folge wurde El'cins Regierungsstil in Dekretform fast schon zum Markenzeichen des bereits verstorbenen Ex-Präsidenten. So verfasste er alleine 1994 über 2.200 derartige „Ukazi“, 1998 waren es immerhin noch knapp 1.700.<sup>169</sup>

Somit stellt sich heutzutage die Frage nach „Verfassungstreue“ der wichtigsten politischen Akteure erst in zweiter Linie. Die russische Realverfassung lässt, an der derzeitigen Struktur des politischen Systems erkennbar, keine Zweifel an der Suprematie der exekutiven Organe, allen voran des Präsidenten, zu. Putins Strategie, die eher negative Note des „Dekretpräsidentalismus“ durch ein Parlament von seinen Gnaden zu umgehen, scheint aufgegangen. Der Mehrheit im Parlament stets gewiss, stellt es für den Ex-Präsidenten lange Zeit keinen Aufwand dar, seine Vorstellung auch streng nach den Formalien der russischen Verfassung zu verwirklichen. Wie demokratisch diese Form der

---

<sup>168</sup> Anschließend finden in selbiger Reihenfolge Erwähnung: Art. 80 Abs. 2; Art. 83 Abs. a, b, c, e, f; Art. 84 a, b, d; Art. 90 der Verfassung der Russischen Föderation vom 12.12.1993 nach Frenzke (deutsche Übersetzung) in Frenzke 1995, S. 295, 296 und 298f

<sup>169</sup> Eicher, Claudia/Beichelt, Timm: Osteuropa. In: Merkel, Wolfgang et al.(Hrsg.): Defekte Demokratien – Band 2: Regionalanalysen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006, S. 295-364, insbes. S. 345f

Machtausübung allerdings ist, bleibt eine offene Frage. Vor allem, wenn wie im nächsten Teil dargestellt, beinahe keine formale Opposition in diesem „System Putin“ mehr geortet werden kann.

### 3.2.2. Repräsentative Konsolidierung

#### 3.2.2.1. Bedeutung von Parteien aus transformationstheoretischer Sicht

Nach diesem Zwischenfazit ist es an der Zeit, sich den russischen Parteien zuzuwenden. Wie aus demokratietheoretischer Sicht anzunehmen, wäre es gerade die Aufgabe von Parteien, die bis dato fehlende Inklusion großer Teile der Bevölkerung in politische Prozesse als eine Art Katalysator zu ermöglichen und zu beschleunigen. Ferner sei, durch konstitutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen definiert, vor allem die repräsentative Qualität der Parteien gefordert. Diese funktioniere gleichermaßen in zwei Richtungen: Von unten nach oben, da Bürger im besten Falle in der Lage seien, die gewählten Repräsentanten für ihr Handeln an der Urne zu abstrafen, und vice versa, da die so kontrollierbaren Repräsentanten somit schon vor Wahlen gezwungen sind, die Bedürfnisse der Bürger dementsprechend zu berücksichtigen, um am Wahltag keine unliebsame Überraschung zu erleben. Diese Konzeption von Repräsentation ist eine einfache und auch bewusst gewählt, hat sich doch schon im vorigen Abschnitt der Grund zur Annahme ergeben, dass selbst einfachste demokratische Mechanismen, der hier vorgestellte von der „Abrechnung am Wahltag“, in Russland nicht zu greifen scheinen. Diese wohl einfachste Darstellung trägt dem von zahlreichen Faktoren abhängigen Strickwerk von Demokratie und Repräsentation naturgemäß nur ungenügend Rechnung. Insbesondere die Wechselwirkung von repräsentativer Konsolidierung und jener einer produktiven politischen Kultur auf Bürgerebene bedarf weiterer Klärung.

Folgt man Merkels Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung, so sind Parteien als funktionale Interessensvertretungen Hauptbestandteil der „repräsentativen Konsolidierung“ einer demokratischen Gesellschaft und einer wichtiger Faktor bei der anzustrebenden Herausbildung einer, in Merkels Worten, „demokratiestabilisierenden Bürgerkultur“, seinem Äquivalent zur hier untersuchten Politischen Kultur.<sup>170</sup> Sieht Merkel diese vierte und letzte Etappe auf dem Weg zu demokratischer Konsolidierung, so soll nochmals in Erinnerung gerufen werden, dass vorherige Konsolidierungsschritte wie die konstitutionelle und repräsentative Konsolidierung die Ausformung dieser Zivilkultur bedingen und vorantreiben. Vom Wesen ähnliche Konzeptionen über die besondere

---

<sup>170</sup> Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Politische Vierteljahresschrift 48, Jg. 48, Heft 3, 413-433, insbes. S. 420ff

Relevanz von ausgewogenen und fest verankerten Parteienlandschaften in der Konsolidierungsphase neuer Demokratien finden sich in der Transformationszeit zahlreich. Zsolt Enyedi erwähnt in diesem Zusammenhang allen voran Paul Huntington und Herbert Kitschelt als wichtige Vertreter dieser Ansicht und zitiert letzteren wie folgt:

*„In post-communist regimes, the early formation of powerful parties may be an even more important ingredient of democratic consolidation than elsewhere.“<sup>171</sup>*

Enyedi erwähnt auch die von Lewis erarbeitete Ambiguität dieser wichtigen Rolle von Parteien, nämlich ihre eher marginale Rolle in den sehr frühen Phasen von Regimewechseln. In späteren Phasen sei aber gerade ihr Charakter als „organisierte Vermittler für politische Veränderung der entscheidende Faktor für die institutionelle Entwicklung postkommunistischer Demokratien.“<sup>172</sup> Bei seinem kurzen Überblick über die gegenwärtige Situation von Parteien und Parteiensystemen in den Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes wendet er sich auch Russland zu. Über den Entwicklungsstand der Parteien hier fällt er ein gespaltenes Urteil: einerseits herrsche in Russland ein vergleichsweise hoher Grad an Pluralismus, andererseits seien aber gerade ihre Relevanz im politischen Prozess besonders gering ausgeprägt.<sup>173</sup> Enyedi führt als Grund für seine Feststellung, die als eine erste einleitende Wegmarke für den folgenden Abschnitt dienen soll, im fehlenden Einfluss der Parteien auf die Regierungsbildung bedingt. Er verweist somit, um in Merkels Konzept weiterzudenken, auf Schieflage in der institutionellen Konsolidierung. Die hier erstrebte Darstellung wird sich der Interdependenz von repräsentativer Konsolidierung und Ausprägung einer demokratischen Kultur (Civic Culture in Almond und Verbas normativer Sichtweise) widmen.

Durch (verfassungs-)rechtlich bedingte Defizite des russischen Parlamentarismus, wie etwa die für lange Zeit unklare rechtliche Stellung der Parteien, finden sich bereits in Merkels Konzeption auch auf theoretischer Ebene wieder.

William Crotty geht in einem seiner Aufsätze sogar soweit, zu behaupten:

---

<sup>171</sup> Kitschelt, Herbert nach Enyedi, Zsolt: Party Politics in Post-Communist Transition. In: Katz, Richard S./Crotty, William: Handbook of Party Politics. Sage Publications, 2006 (1. Aufl.), S. 228-238, insbes. S. 228

<sup>172</sup> Ebenda: S.229

<sup>173</sup> Ebenda!

*„Political parties evolved in America quite simply because the new nation could not function without them. Democratic representation depended on a new (...) system linking voters to political office-holders and holding those in power accountable to the mass electorate.“<sup>174</sup>*

Genau diese verbindende und gleichzeitige moderierende Funktion, die den Parteien als Meso-Ebene in modernen Demokratien zukommt, ist bei russischen Parteien nur unzureichend ausgeprägt, wie aus den präsentierten Umfragen zweifelsfrei herauszulesen. Geben Russinnen und Russen, wie im vorigen Abschnitt präsentiert, an, durch politisches Handeln ohnehin nichts ändern zu können, und meint ein guter Teil der Bevölkerung, Politik sei nichts für den „einfachen“ Bürger, sondern nur für die Mächtigen, so ist dies ein klares Indiz dafür, wo am ehesten nach Unzulänglichkeiten und Schwachpunkten in der repräsentativen Ebene russischer Politik gesucht werden sollte.

Betrachtet man die Ergebnisse der Duma-Wahlen seit ihrer erstmaligen Konstituante 1993 (vgl.: Abbildung 6), so kommt man zu dem Schluss, dass Parteien per se in Russland wohl zu existieren haben. Schließlich haben es stets mal mehr, mal weniger bei den verschiedenen Urnengängen geschafft, sich entsprechende Mandate im Unterhaus zu sichern. Dass dieses Spektrum an politischen Mitbewerbern einer gewissen Fluktuation unterworfen ist, scheint zunächst in einer, einer Vielzahl von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen unterworfenen, Gesellschaft wie der russischen nicht verwunderlich. Darüber hinaus haben sich auf den ersten Blick sehr wohl einige Parteien und Wahlbündnisse quasi als fixer Bestandteil der politischen Landschaft etablieren können, allen voran die LDPR, die KPRF, liberale Kräfte wie Jabloko und im letzten Jahrzehnt „Gerechtes“ und auch „Einiges Russland“.

---

<sup>174</sup> Crotty, William: Party Origins and Evolution in the United States. In: Katz, Richard S./Crotty, William: Handbook of Party Politics. Sage Publications, 2006 (1. Aufl.), S. 25-34, insbes. S. 25



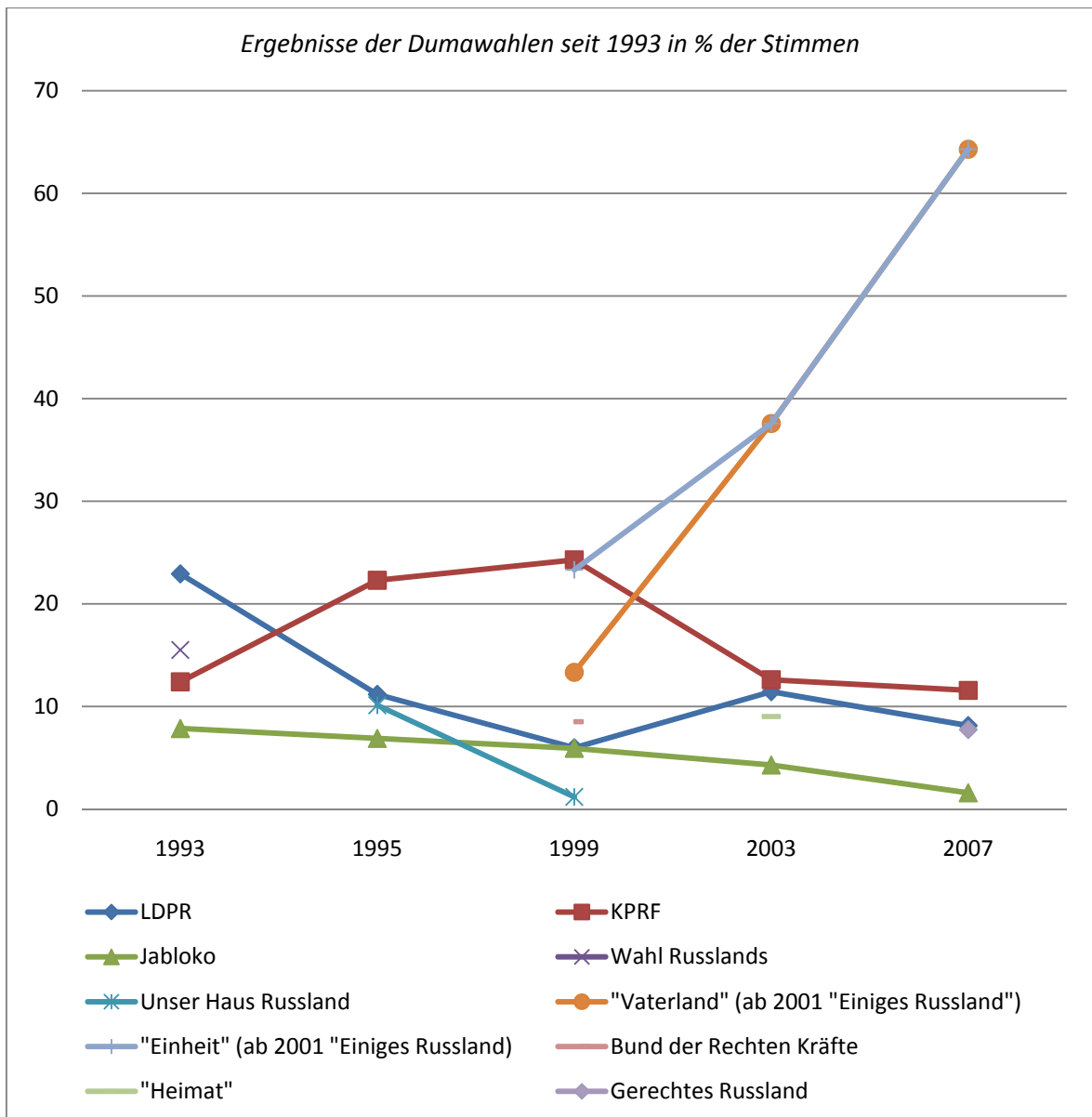


Abbildung 6: Schematische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Kräfte des Parteienspektrums bei Wahlgängen zur Duma von 1993-2007<sup>175</sup>

<sup>175</sup> Grafik erstellt aufgrund folgender Daten:

Wahlergebnis 1993: Internetauftritt der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, aufrufbar unter [http://www.cikrf.ru/vib\\_arhiv/gosduma/1993/1993\\_itogi\\_FS\\_obshefed\\_okrug.jsp](http://www.cikrf.ru/vib_arhiv/gosduma/1993/1993_itogi_FS_obshefed_okrug.jsp)

Wahlergebnis 1995: Protokoll der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, abrufbar unter [http://www.cikrf.ru/vib\\_arhiv/gosduma/1995/index.jsp](http://www.cikrf.ru/vib_arhiv/gosduma/1995/index.jsp)

Wahlergebnis 1999: Protokoll der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, abrufbar unter [http://www.cikrf.ru/vib\\_arhiv/gosduma/1999/index.jsp](http://www.cikrf.ru/vib_arhiv/gosduma/1999/index.jsp)

Wahlergebnis 2003: Spezieller Internetauftritt der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation zu den Dumawahlen 2003, Protokoll abrufbar unter <http://gd2003.cikrf.ru/>

Wahlergebnis 2007: Aufrufbar auf dem offiziellen Internetauftritt der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation unter:

Die qualitativen Defizite in Organisation und politischem Einfluss bleiben von der scheinbar in Russland existierenden Pluralität an parlamentarischen Fraktionen aber unberührt. Wenn Galina Michaleva-Luchterhandt<sup>176</sup> 2001 beispielsweise folgert, dass sich diese Kräfte bis 2001 „im politischen Leben etablieren konnten (...), ja sogar bei der Gestaltung von Politik und der Repräsentation politischer Alternativen“<sup>177</sup>, so relativiert sie diesen Schluss auch gleich wieder. „Die Parteien konnten sich zunehmend im Massenbewusstsein verankern, wenn auch nur vermittelt durch die Namen ihrer Führer,“ heißt es da abschließend.

### 3.2.2.2. Die Wahlen zur Staatsduma 2007 als Indiz für die misslungene Verankerung der Parteien in der russischen Gesellschaft

Wie fragil sich allerdings die von Michaleva-Luchterhandt identifizierte Verankerung im Massenbewusstsein erweisen sollte, wurde der westlichen Öffentlichkeit erstmals bei den Dumawahlen 2003, in vollem Umfang spätestens bei jenen 2007 vor Augen geführt. Schon 2007 zog Henry Hale ein ungleich pessimistischeres Fazit. Bereits die Duma-Wahl 2003 habe gezeigt, dass – zur Enttäuschung vieler westlicher Experten – die Kommunistische Partei als einzige ihre Bezeichnung noch verdiene.<sup>178</sup> Hale spricht in weiterer Folge von „eingefrorener Entwicklung“ in Bezug auf das russische Parteienspektrum. In seinem Fazit bemerkt er: „In post-Soviet Russia, parties have stubbornly failed to dominate the political system for nearly a decade.“<sup>179</sup> Sich diesem radikalen Urteil anzuschließen, fällt nicht schwer, wenn man die Meinung der russischen Bevölkerung zu Parteien in die Gleichung mit einbezieht: gerade 7% schenken Parteien bei einer im April 2007 durchgeführten Umfrage ihr Vertrauen, 36% begegnen ihnen in erster Linie mit Misstrauen. Ein ähnlich schlechtes Ergebnis erzielen bei dieser Studie nur die Gewerkschaften. Unangefochten an

---

<http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&global=1&vrn=100100021960181&region=0&prver=0&pronetvd=null>

<sup>176</sup> Der Einfachheit halber und um Unklarheiten zu vermeiden, wird bei Galina Michaleva (vormals Luchterhandt, auch Michaleva-Luchterhandt) in dieser Arbeit nur der Doppelname verwendet

<sup>177</sup> Michaleva (Luchterhandt), Galina: Die Entwicklung des Parteiensystems im postsowjetischen Russland. In: Mangott, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands – Band 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft. Verlag Nomos, Baden-Baden, 2002, S. 39-78, inbes. S. 74f

<sup>178</sup> Hale, Henry: Why not Parties in Russia? Cambridge University Press, London, 2008, S. 4

<sup>179</sup> Ebenda: S. 235

der Spitze der präsentierten Liste rangiert der damalige Präsident Putin, dahinter die Orthodoxe Kirche und die Armee auf den Plätzen zwei und drei.<sup>180</sup>

Gerade die letzten Wahlergebnisse der Duma, 2003 und 2007, zeigen, dass sie im Rahmen einer zunehmenden Zentralisierung aller staatlichen Gewalt rund um die Führungsriege um V. Putin zu einem schmückenden Beiwerk des russischen Staatsaufbaus verkommen ist. „Einiges Russland“, Putins verlängerter Arm in der Legislative, hält seit 2003 die absolute Mehrheit. Vor allem im Vorfeld der Dumawahlen 2007 wurde westlichen Beobachtern klar vor Augen geführt, was von Parteien wie der LDPR oder vor allem „Gerechtes Russland“ zu halten ist. Gezielt würden derartige Projekte vom Kreml gefördert und teilweise selbst ins Leben gerufen, um echten oppositionellen Kräften im Land wie Jabloko und der „Union der rechten Kräfte“, das Wasser abzugraben. Zu diesem Schluss kommt nicht zuletzt auch Andrew Wilson in einem bezeichnenderweise mit „Hat Russland überhaupt noch eine Opposition“ betitelmten Artikel vom Oktober 2007. Ihm zufolge habe der Kreml in Form des Wahlbündnisses „Gerechtes Russland“ „seine eigene Opposition“ in Stellung gebracht, sein „Hauptproblem [sei derzeit] die Bewahrung seiner Ressourcen und Popularität, während die Opposition nicht einmal genug Macht besitzt, um die Agenda der Regierung in Frage zu stellen.“<sup>181</sup>

Auch Galina Michaleva-Luchterhandt, die noch 2001 durchaus positiv über die Entwicklungen in der russischen Parteienlandschaft urteilte, findet in derselben Ausgabe der Onlinepublikation „Russlandanalysen“ ungleich schärfere Worte. Das russische Parteienspektrum bestehe in erster Linie nur mehr aus „imitierte(n) politische(n) Parteien, die sich an imitierten Wahlen mit einem im Voraus bekannten Ergebnis beteiligen sollen.“<sup>182</sup> Michaleva klassifizierte in der Folge eine Reihe von Kategorien an Parteitypen, wie sie in Russland vor der Wahl 2007 ihrer Meinung nach zu identifizieren waren<sup>183</sup>. Für sie steht fest, dass die Entwicklung des Parteiensystems in Russland in seinen wesentlichen Zügen nicht mit den entsprechenden Vorgängen im Westen zu vergleichen sei: „Bis jetzt hat Russland ein unterentwickeltes und fragmentiertes Mehrparteiensystem, eine Mischung

---

<sup>180</sup> [Hhttp://www.levada.ru/press/2007040901.html](http://www.levada.ru/press/2007040901.html)

<sup>181</sup> Wilson, Andrew: Hat Russland noch eine Opposition? In: Russlandanalysen, Ausg. 145, 2007, S. 2-5, insbes. S. 2, Online-Ausgabe aufrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen145.pdf>

<sup>182</sup> Michaleva, Galina: Worauf »Jabloko« hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen. In: Russlandanalysen, Ausg. 145, 2007, S. 10-12, Online-Ausgabe aufrufbar unter:

[Hhttp://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen145.pdf](http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen145.pdf)

<sup>183</sup> Ebenda!

aus mehr oder weniger ‚richtigen‘ Parteien, aus administrativen Parteien mit ‚Fassadencharakter‘, die Aktivitäten lediglich imitieren, und aus Proto-Parteien, die jedoch auf verschiedenen Ebenen an Wahlen teilnehmen.“<sup>184</sup> Diese grobe Unterteilung lässt sich genauer wie folgt aufschlüsseln:

„*Administrative Parteien*“, die Putin und seine Politik unterstützten und die unterschiedlich stark vom Kreml‘ unterstützt würden. Hierzu zählte Michaleva-Luchterhandt naturgemäß Putins Paradeprojekt „Einiges Russland“, das auf seinen Listen beinahe die ganze bürokratische Elite des Landes in Form von Minister und Gouverneuren versammelt hatte; ebenso auch, wie bereits von Wilson festgestellt, „Gerechtes Russland“, das Bürokraten aus der zweiten Reihe und Überläufer aus anderen Parteien als Repräsentationsplattform diene, und die Liberal-Demokratische Partei Russlands LDPR, die durch den Verlust einer Reihe bekannter Politiker und Geschäftsleute geschwächt worden sei und deren „Zweckmäßigkeit“ (für Michaleva ist sie nur ein weiteres Stützbein des Kreml’s, um eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament zu garantieren) zunehmend in Frage gestellt scheint.

Artverwandt wären „*Administrative Projekte*“, die ebenfalls dem Kreml‘ untergeordnet seien, jedoch lediglich eine Helfer- und Ersatzrolle zur Festigung der Interessen von Spitzenpolitikern und bei der „Vortäuschung eines entwickelten Parteiensystems“ spielten. Beispiele dafür wären die Agrarpartei, die Volksunion, die Russische Partei für Frieden und Einheit, die Partei der sozialen Gerechtigkeit. „*Täuschungsprojekte*“ würden vom Kreml in erster Linie dazu geschaffen sein, der Opposition Wählerstimmen wegzunehmen. Dazu zählt Michaleva die „Demokratische Partei Russlands“, die „Bürgerkraft“, die „Grünen“ und die „Patrioten Russlands“.

Als „*Echte Oppositionsparteien*“ sieht Michaleva lediglich die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) und die „Russische Vereinte Demokratische Partei Jabloko“. Sie allein besäßen eine ideologische Grundlage, eine reale Mitgliederbasis und eine starke Stammwählerschaft. Die „Union der Rechten Kräfte“ befände sich in einer „Grenzlage und verein(e) bis jetzt unterschiedliche Positionen und Strategien sowohl einer administrativen Partei als auch eines parteilichen Wirtschaftsprojektes, das auf Stimmenkauf und Oppositionselementen basiere.“ Dazu käme noch eine ganze Reihe

---

<sup>184</sup> Michaleva, Galina: Die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems im postsowjetischen Russland, in Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands, Verlag Nomos, Baden-Baden, 2002, S. 39-78, insbes. S. 41

„nicht-systemkonformer Oppositionskräfte“, welche aufgrund der 2007 geltenden Wahlordnung und ihrem somit fehlenden Status als „Partei“ nicht zu den Wahlen zugelassen worden wären. In diese Gruppierung reiht die „National-Bolschewistische Partei“ Édouard Limonovs ebenso ein wie etwa „Anderes Russland“.

Bezeichnend, dass eine der zwei Parteien, die Michaleva als zweifelsfrei oppositionell kategorisieren würden, weniger eine Stärkung der demokratischen Kultur als vielmehr revisionistische Ziele propagieren würde. Und nach Meinung von Jens Siegert sei es kein Zufall, dass gerade die in „Fundamentalopposition zum System“ stehende KPRF hierbei noch den größten Rückhalt in der Bevölkerung verspüre<sup>185</sup>. Er verweist in seinem Artikel, in dem schon Wochen vor der Wahl deren Ergebnis fast punktgenau vorhersagte, vor allem auf rechtliche Änderungen im Bereich des Wahlgesetzes, in etwa mit der Anhebung der „Prozenthürde“ von vorher 4% auf 7%. Offizielle Motivation des Kreml's sei gewesen, so die teilweise unüberschaubaren Klein- und Kleinstparteien zu Zusammenschlüssen und zur Bildung größerer Blöcke zu bewegen, um das Mehrparteiensystem zu stabilisieren. Dass sich aber naturgemäß auch reale machtpolitische Kalküle hinter den reformierten Rahmenbedingungen für diese Wahlen verbergen, lässt sich kaum bezweifeln. Hierbei sei der Führungsriege rund um Putin besonders daran gelegen, die liberale Opposition und ihre Proteste zu delegitimieren, seien sie doch nicht einmal in der Lage, mangels Unterstützung aus der Bevölkerung an der Wahlurne überhaupt Abgeordnete zum Unterhaus zu entsenden. Diesen Aspekt hebt auch Andrew Wilson hervor.<sup>186</sup> Das erneuerte Parteiengesetz, das 2007 etwa liberale Kräfte „Anderes Russland“ und die Nationalbolschewisten unter Limonov gar gänzlich an der Teilnahme an der Wahl hinderte, sei genauso wie die Änderungen im Wahlgesetz ein Teil jener vom Kreml' diktierten neuen Spielregeln, mit denen sich die liberale Opposition fatalerweise abgefunden habe. Wilson geht mit ihren Vertretern diesbezüglich hart ins Gericht: „Die Überreste des russischen Liberalismus werden durch Spielregeln besiegt werden, auf die sie nicht reagiert haben, und nicht durch offensichtlichen Wahlbetrug, der in Georgien, der Ukraine und Kyrgyzstan ‚Wählerrevolutionen‘ ausgelöst hat.“<sup>187</sup>

---

<sup>185</sup> Siegert, Jens: Dumawahlkampf 2007. In: Russlandanalysen, Ausg. 150, 2007, S. 2-6, Online-Ausgabe aufrufbar unter: [Hhttp://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen150.pdf](http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen150.pdf)

<sup>186</sup> Wilson, Andrew 2007: S. 3

<sup>187</sup> Ebenda!

Diese Ergebnisse bilden ein eindeutiges Indiz für die mittlerweile nicht nur geschwächte, sondern fast schon inexistente Position der parteigestützten Opposition in Russland. Oppositionelle Kräfte wurden seit dem Jahr 2000 gezielt marginalisiert und bewusst aus dem parlamentarischen Wettbewerb verdrängt. Viele der in diesem Zusammenhang im letzten Jahrzehnt stattgefundenen, regressiven Entwicklungen auf den Ebenen Parteiensystem und Parlamentarismus lassen sich mit dem von Gerhard Mangott kreierten Begriff der „Stabilokratie“<sup>188</sup> wohl am treffendsten beschreiben. Präsident Putin wäre seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 ganz gezielt daran gelegen gewesen, jene Faktoren zu reduzieren, die noch die Autorität seines Vorgängers Jelzin beschnitten hatten. Mit den Wahlen zur Staatsduma 2003 gelang es Putin erstmals, sich eine gesicherte Mehrheit im Parlament zu sichern – durch die im Vorfeld aus der Taufe gehobene „Staatspartei“ „Einiges Russland“. Der Aufbau dieser Partei zur „hegemonialen Staatspartei“ hatte in weiterer Folge die Zerschlagung des „alten“ Parteiensystems, wie es sich seit 1993 herausgebildet und einigermaßen stabilisiert hatte, zur Folge.<sup>189</sup> Auch der Versuch der Marginalisierung liberaler Kräfte habe sich im Zuge dessen überaus erfolgreich gestaltet. Thomas Remington führt in einem seiner Artikel aus, von welcher großer Bedeutung der Aufbau einer derartigen Dominanz auch auf der parlamentarischen Ebene Putin gewesen sein muss, trägt man den dafür notwendigen Aufwand in Rechnung. Die Etablierung eines „autoritären Regimes einer dominanten Partei“<sup>190</sup>, so Remington, verursache in vielerlei Hinsicht hohe Kosten. So sei nicht nur die Finanzierung einer entsprechenden Wahlkampfmaschinerie einzurechnen, sondern vor allem die notwendigen Aufwendungen, um die Unzahl der Bedürfnisse von Bürokraten und Funktionären, die in einem patrimonialen System wie dem heutigen Russland das Rückgrat von Machterhalt und –ausübung bilden, entsprechend zu erfüllen und diese somit auf Linie zu halten. Er konstatiert:

*„The perpetual need for resources makes the party dependent on bureaucratic and business structures that have resources to provide, but that in turn pose their own demands. As a result, a dominant*

---

<sup>188</sup> Mangott, Gerhard: Der russische Phönix – Das Erbe aus der Asche. Verlag Kremayr-Scheriau, Wien, 2009, S. 109ff

<sup>189</sup> Ebenda: S. 115

<sup>190</sup> Remington, Thomas: President-Parlament Relations under Putin. In: HEurope-Asia StudiesH, Ausgabe H60H, Nr. H6, HAugust 2008, S. 959 - 987

*party such as United Russia becomes a bargaining arena rather than a coherent source of programmatic guidance to policy makers.*<sup>191</sup>

Ein ähnliches Fazit zieht auch Vladimir Gel'man. Sieht er generell die Lage der Parteien gegenüber den 1990er-Jahren, als sie seiner Meinung nach an chronischer Unterentwicklung litten, mittlerweile als einigermaßen konsolidiert und ihre Rolle zu der bedeutender Akteure im elektoralen Prozess gewachsen, so spricht er im Gegenzug von einem fast vollständigen Verschwinden von Parteiwettbewerb. Dieses „Herz demokratischer Politik“<sup>192</sup> sei abgelöst worden von einem System direkter Kontrolle über die meisten Parteien durch den Kreml<sup>193</sup> und damit der Inkorporation dieser in die formale und informelle Hierarchie des aktuellen Regimes.<sup>193</sup> Durch den Aufstieg von „Einiges Russland“ zur Partei der Macht habe sich das System Putin in eine Kombination von „personalem und parteigestütztem“ Autoritarismus gewandelt. Doch nicht nur das Gesicht der heutigen Parteienlandschaft hätte Putins Vorgehen maßgebend entstellt; gerade die Art und Weise, wie sich insbesondere im Dumawahlkampf 2007 klar regressive Tendenzen im Bereich Medienobjektivität und transparenter Wahlkampffinanzierung bis hin zu offenem Wahlbetrug zeigten, ist für Gel'man Grund, hier von „elektoralem Autoritarismus“ zu sprechen. Anders als in „ungewöhnlichen Demokratien“, wie etwa den über lange Zeit von dominanten Parteien geprägten westlichen Beispielen Schweden und Japan, seien in Russland die Regeln für fairen Wettbewerb mittlerweile außer Kraft, die Strategie teilweise offener Interventionen des Staates zugunsten von „Einiges Russland“ gestalte sich einstweilen erfolgreich. Positive Prognosen auf kurze und mittlere Sicht könnten somit nicht gestellt werden.<sup>194</sup>

### 3.2.2.3. Die Rolle des Parlaments und der Parteien heute

Putins Politik zugunsten der Stärkung exekutiver Macht ist formal immer noch vom Parlament, und damit der Gunst seiner Klientel von „Einiges Russland“, abhängig, aber de facto wohl eher von der Fähigkeit des Präsidenten, den notwendigen Ressourcenstrom

---

<sup>191</sup> Ebenda: S. 984

<sup>192</sup> Gel'man, Vladimir: Party Politics in Russia: From Competition to Hierarchy. In: Europe-Asia Studies, Ausgabe 60, Nr. 6, 08/2008, S. 913-930, insbes. S. 913

<sup>193</sup> Ebenda: S. 915

<sup>194</sup> Ebenda: S. 927f

kontrollieren und aufrecht erhalten zu können. Für Remington ist die Beziehung Parlament-Präsident während der Ära Putin viel zu sehr zu einer Arena informeller Konflikte diverser Führungsclans rund um Einfluss und Kapital verkommen (er verweist in diesem Zusammenhang auf den Konflikt der mächtigen Konzerne Rosneft‘ und Gazprom, der über die Plattform „Einiges Russland“ auch auf die Ebene des Parlaments gespült wurde) als dass eine Beziehung zwischen beiden Institutionen, wie sie demokratische Standards einfordern würden, möglich wäre.<sup>195</sup> Russlands Regime hat in dieser Hinsicht aktuell sehr stark neopatrimoniale Züge aufzuweisen. Sarah Whitmore nimmt etwa die Frage nach der Möglichkeit zur parlamentarischen Kontrolle zum Anlass, um bewusstes Vorgehen Putins gegen Kompetenzen der Legislative gegenüber Exekutivorgane – vor allem in seiner zweiten Amtsperiode – aufzuzeigen. Besonders die Geschehnisse in der Ukraine hätten der russischen Führungselite vor Augen geführt, welche Gefahr von nur unzureichender Kontrolle über das Parlament ausgehen könne. Whitmore dazu:

*„Therefore oversight institutions were deactivated but formally maintained and even extended to play a role in legitimating and thus reproducing the power of Putin’s electoral authoritarian regime.“<sup>196</sup>*

Die Tatsache, dass sich Putins Vorgehen im Zuge des Aufbaus dieser „Stabilokratie“ vergleichsweise erfolgreich und derart reibungslos gestaltet hat, lässt den Schluss zu, dass eine wirkliche Adaption sowohl der gesellschaftlichen als auch individuellen Normen, die für eine funktionierende Parteiendemokratie als Interessen ausgleichendes Instrument gesellschaftlichen Entscheidungsfindens notwendig wären, in Russland bis dato ausgeblieben ist. Als nur vorübergehend hat sich aus heutiger Sicht jene kurze Phase der vermeintlichen Stabilisierung des Parteienspektrums Ende der 1990er-Jahre erwiesen, die Galina Luchterhandt damals durchaus optimistisch in die parlamentarische Zukunft des Landes blicken ließ. Neben akteurspezifischen Faktoren, wie dem entschiedenen Vorgehen Putins, spielen hier aber auch vor allem institutionelle Schieflagen des russischen politischen Systems eine tragende Rolle, wie bereits gezeigt wurde. Als Zwischenfazit ist einstweilen festzuhalten, dass oppositionelles Handeln auf parteilicher Ebene derzeit in Russland de facto unmöglich ist. Die Gründe, die im Zuge dieser Arbeit festzuhalten am gebotenen erscheint, sind einerseits der starke Druck von der autokratisch orientierten

---

<sup>195</sup> Ebenda: S. 985

<sup>196</sup> Whitmore, Sarah: Parliamentary Oversight in Putin’s Neo-Patrimonial State – Watchdogs or Showdogs? In: Europa-Asia Studies, Ausgabe 62, Nr. 6, August 2010, 999-1025, insbes. S. 1022



Führungsspitze des Landes, andererseits das beinahe vollständige Fehlen von Unterstützung aus der Bevölkerung. Russinnen und Russen hegen gegen Parteien generell, gegen die oppositionell orientierten aber im Besonderen ein ausgeprägtes Misstrauen. Ihrem Unmut und ihrer Kritik schaffen sie vielmehr in Form informeller Proteste Luft, der formelle und für eine Parteiendemokratie primäre Weg der parlamentarischen, auf Parteien gestützten Opposition ist für sie anscheinend kein gangbarer.

Aus diesem Blickwinkel stellt die Situation um die Parteienlandschaft in Russland einerseits ein Symptom der fehlenden demokratischen Konsolidierung des Landes dar, bietet gleichzeitig aber auch eine mögliche Erklärung dafür. Die russischen Oppositionsparteien befinden sich derzeit in einer Abwärtsspirale. Ihr Einfluss ist seit Beginn der Ära Putin stetig zurückgegangen, damit sinkt ihre Unterstützung in der Bevölkerung. Gleichmaßen ist es aber auch der sinkende Rückhalt in der Bevölkerung, der der autoritären Führungsriege die Möglichkeit gibt, ihre Aktionen als abgehoben und politisch nicht legitimiert darzustellen. Parteien, die zu Beginn der Transformation bei der Etablierung einer demokratischen Repräsentation eigentlich eine gewichtige Rolle spielen hätten sollen, konnten die Erwartung in sie (auch von wissenschaftlicher Seite) nicht erfüllen. Glaebners Vermutung, exekutivlastige Systeme wie das russische seien für eine demokratiepolitisch positive Entwicklung eher hinderlich, scheint heutzutage am Beispiel Russland eher bestätigt als widerlegt.

### 3.2.3. Zwischenfazit zum Verhältnis demokratische Konsolidierung und politische Kultur

Die hier geschilderten Vorkommnisse rund um den Verfassungsgebungsprozess 1993 und die dadurch bedingte Schwäche des russischen Konstitutionalismus in der Folge sowie die Ergebnisse der Dumawahl 2007 mit all ihren demokratietheoretischen Implikationen geben allen Anlass zum Schluss, dass sowohl die konstitutionelle als auch die repräsentative Konsolidierung in Russland bis dato nur unzureichend stattgefunden haben. Merks Modell bietet sich sehr gut an, die bisher ausgebliebene Adoption von Civic Culture in Russland auf der Ebene aktueller politikwissenschaftlicher Forschungsansätze darzustellen. Sowohl die konstitutionelle als auch die repräsentative Ebene demokratischer Konsolidierung in Russland wiesen und weisen weiterhin Problemfelder auf, die negative Auswirkung dieser Phänomene spiegeln sich in den Meinungsumfragen auf individueller Ebene wider.

Im Vergleich zu teilweise monokausalen Darstellungen historischer Provenienz überzeugt dieser Ansatz vor allem durch seine weitfassenden Erklärungsmuster – und vor allem durch seine Aktualität. Maßgebliche Einflüsse der starken politischen Akteure El'cin und Putin auf die zeitgenössische Struktur des russischen politischen Systems lassen sich reibungslos in ein Gesamtkonzept integrieren. Es scheint, als ließe sich somit das erste Mal russische Politik aufgrund weitreichend gültiger theoretischer Modelle erklären; das Besondere an Russland bleibt unberührt. Es umfasst im Gegensatz zu anderen Darstellungen aber lediglich die – naturgemäß – eigenständige Ausformung, nicht Wesenheit von Prozessen.

### 3.3. Diskursanalytischer Ansatz

#### 3.3.1. Diskursmuster zur „Demokratie“ im postsowjetischen Russland

Mit dem Ende der Sowjetunion ist es zu einem weitreichenden Wandel der Arenen, in denen öffentlicher Diskurs in der neu entstandenen Russischen Föderation ablaufen konnte, gekommen. Bestes Beispiel hierfür bietet die ehemals strikt zensurierte Medien- und Literaturlandschaft der Sowjetzeit, die mit Änderung des Pressegesetzes 1991 schlagartig neue Gestalt annahm. Unabhängige Medien in privater Hand waren erstmals möglich.<sup>197</sup> Die verschobenen Möglichkeiten zur öffentlichen Debatte nahmen ohne Zweifel großen Einfluss auf eine zunehmende Neuverhandlung vermeintlich starrer Wert- und Verhaltensmuster, wie Isabelle de Kechel anhand von wissenschaftlichen Debatten über die vorsowjetische Geschichte des Landes demonstriert. Beispielsweise war das Bestreben, die neue demokratische Ordnung durch diesbezügliche Traditionen schon im Zarenreich auch „wissenschaftlich“ zu legitimieren, unter Historikern groß. Besonders die zaristische Duma und die Konstituante wurden im Rahmen dieses Vergangenheitsdiskurses nicht selten bemüht, wenn die Demokratiefähigkeit (oder eben –unfähigkeit) Russlands historisch begründet werden sollte. De Kechel spricht hier von zahlreichen „Ursprungsmythen“, die diesen Diskursstrang maßgeblich prägten. Als „Ursprungsmythos“ wird von ihr etwa die vermeintlich lange Tradition des russländischen Liberalismus enttarnt, den zu einer „zeitlosen und bis in die Gegenwart hinein wirkungsmächtigen Idee“ zu stilisieren viele Vertreter eher liberaler Strömungen trachteten.<sup>198</sup> Die von de Kechel aufgegriffenen Muster zur Legitimierung der russischen Demokratisierung von liberaler Seite bilden das Gegenstück zu den hier schon dargestellten Mythen über die angebliche Demokratieunfähigkeit Russlands, denen mit zunehmender Stagnation der demokratischen Errungenschaften des Landes wieder vermehrt Deutungsrelevanz zugesprochen wird. De Kechel verweist auf einen wichtigen Aspekt dieser historischen Mythen, wenn sie folgert:

*„Den ‚Heimat-Verlust‘, der durch den Zerfall der UdSSR ausgelöst worden war, empfanden nicht wenige Bürger/innen Russlands als demütigend. Das Ende des Imperiums war für*

---

<sup>197</sup> Kechel, Isabelle de: Die Rekonstruktion der vorsowjetischen Geschichte – Identitätsdiskurse im neuen Russland. Lit verlag, Hamburg, 2006, S. 48f

<sup>198</sup> Ebenda: S. 448f

*das russische Nationalbewusstsein deswegen ein besonders schwerer Schlag, weil sich die russische Identität eher auf imperiale als auf ethnische Traditionsbildung gründete.*<sup>199</sup>

Besonders in dieser labilen Phase der gesellschaftlichen Neuorientierung seien Neuverhandlungen und –deutungen auf besonders furchtbaren Boden gestoßen.

Ebenso ist der Diskurs zum Thema „Westen“ (russisch *zapad*) nach dem Ende der Sowjetherrschaft von neuem entflammt. Wie Bettina Brixia darstellt, hätten sich die Grundmuster der russischen Wahrnehmung vom „Westen“ als Gegenmodell aber nur bedingt gewandelt. Vorurteile und bestimmte Zuschreibungen zum „westlichen Modell“ an sich hätten die gesellschaftlichen Umbrüche weitgehend ignoriert und lebten heute fast unverändert fort. Nach wie vor sei es in erster Linie „anders“ und „bedrohlich“ für das eigene Lebensmodell.<sup>200</sup> Brixias Schluss, im Diskurs immer wieder auftretende Legitimationsmuster vom „Anders sein“ hätten in erster Linie tautologischen Charakter, ist im Spiegel von Umfrageergebnissen mit einer hohen Affinität zu einer „besonderen russischen Form von Demokratie“ von erheblicher Wichtigkeit. Der westliche „Lebensstil“ und die westliche Gesellschaftsform scheinen in Russland immer noch fest als fremdartig verankert, und ihre Ablehnung steigt Umfragen zufolge seit Jahren wieder. An diesem Punkt wird eingehakt werden, wenn es darum geht, zu zeigen, wie V. Putin immer wieder die „Besonderheit Russlands“ als Topos in seinen Äußerungen aufgreift.

Einstweilen bleibt die Problemstellung des Begriffes „Demokratie“ im russischen politischen Diskurs festzuhalten, zur Beschreibung derer Brixia weitere Erkenntnisse liefert. Ist der Begriff mit den unsicheren und teilweisen anarchischen Zuständen der El'cin-Ära behaftet<sup>201</sup>, so gilt er wohl weiterhin auch als Inbegriff des westlichen Lebensmodells und somit für viele Russen als abzulehnen. Zuletzt ist auch ein deutlicher Wandel des Demokratiebegriffes im offiziellen politischen Diskurs festzustellen, wie beispielsweise Dimitra Fellner zeigt. Verschiedenartige Konnotationen und unklare Begrifflichkeit von „Demokratie“ bilden somit Hauptschwierigkeiten bei der Bearbeitung des hier erarbeiteten Themas. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich Russinnen und Russen, die einer Demokratisierung kritisch gegenüber stehen, tatsächlich am Konzept

---

<sup>199</sup> Ebenda: S. 112

<sup>200</sup> Brixia, Bettina: Der „Mythos“ vom Westen oder Warum die Ziege den Zaun gefressen hat – Eine ethnologische Untersuchung des Bildes vom Westen im russischen Interdiskurs auf der Basis der Kritischen Diskursanalyse. Dipl.-Arb., Wien, 2001, S. 109f

<sup>201</sup> Vgl. 3.2.2. und insbes. Sakwa 2005: S. 57

Demokratie stoßen (und wie weit sie mit diesem überhaupt vertraut sind), oder in erster Linie am Begriff und seinen negativen Konnotationen selber. Akteure wie Putin dürfen in einem solch ambivalenten Umfeld wohl darauf vertrauen, ihre eigenen Vorstellungen wirkungsvoller im öffentlichen Diskurs verankern zu können als in Ländern, in denen derartige Begrifflichkeiten sich ungleich konsolidierter darstellen.

Fellners Verdienst ist es, Putins Verwendung des Demokratiebegriffs anhand eines sehr umfangreichen Korpus eingehend dargestellt zu haben. Inhaltliche Schlussfolgerungen bleiben zunächst außen vor gestellt, darauf wird anschließend näher eingegangen werden. Ein sehr allgemeines Fazit Fellners gibt aber einstweilen die Richtung vor, wie in diesem Abschnitt verfahren werden soll:

*„Im Gegensatz zur vorliegenden Arbeit, die einen Beitrag zum begrifflichen Verständnis des viel gebrauchten Ausdrucks Demokratie im Wandel der Zeit darstellen soll, würde ein Politikwissenschaftler wohl eher die dahinter liegenden Machtverhältnisse und Interessenslagen ausloten wollen, um ein klares Urteil zu fällen.“<sup>202</sup>*

### 3.3.2. Legitimation als ein Grundmuster politischer Diskurse

Erkenntnisse der Linguistik somit in politikwissenschaftliche Forschung einfließen zu lassen, scheint per se ein höchst produktiver Arbeitsansatz. Dieser wurde aber lange Zeit vom Mainstream der Politikwissenschaft ignoriert, wie Anton Pelinka konstatiert<sup>203</sup>. Aus seiner Sicht gibt es im sozialen Zusammenleben keinen Aspekt, der nicht zum Ausgangspunkt für politikwissenschaftliche Untersuchungen werden könnte. Insbesondere erwähnt er hier die Sprache als einen zentralen Faktor gesellschaftlichen Wirkens und Miteinanders, wenn er meint:

*„Language reflects power structures – and language has an impact on power structures. Language can be seen as an indicator of social and therefore political situations – and language can also be seen as a driving force directed at changing politics and society. Language is an in-put*

---

<sup>202</sup> Fellner, Dimitra: Der Wandel des Demokratiebegriffes in der russischen politischen Rede: Eine diskursanalytische Untersuchung der Reden Michail S. Gorbachevs und Vladimir V. Putins. Dipl.-Arb., Wien, 2008, S. 49

<sup>203</sup> Pelinka, Anton: Language as a Political Category – the Viewpoint of Political Science. In: Journal of Language and Politics, John Benjamins Publishing, o.O., Jahrgang 6, Nr. 1/2007, S. 129-143, insbes. S. 143ff

*as well as an out-put factor of political systems: It influences politics – and is influenced by politics.*“<sup>204</sup>

Für Pelinka sind die Wirkungsbereiche von Sprache demnach sehr weitreichend, ihre Einflussmöglichkeiten sehr tiefgreifend zu sehen. Beispielsweise kommt der Sprache in seinen Vorstellungen – neben den genannten Aspekten – auch eine zentrale Rolle bei „nation-building“-Prozessen zu.<sup>205</sup>

Der folgende Abschnitt bewegt sich an der Schnittstelle zwischen Politikwissenschaft und Linguistik. Trägt man dem Umstand Rechnung, dass bereits der erste, empirische Teil dieser Arbeit auf artikulierten Denkmustern über politische Phänomene fußte, so wird dieser Weg im eigentlichen Sinne nur konsequenterweise fortgeführt. Meinungsumfragen und qualitative Interviews scheinen allerdings immer noch in weit größerem Ausmaße im technischen Repertoire der Politikwissenschaft verortet als diskursanalytische Herangehensweisen. Da in allen drei Fällen aber sprachliche (Re-)Konstruktion politischer Praxen zu Grunde gelegt wird, ist dieses Ungleichgewicht nach hierortiger Meinung als keineswegs natürlich zu sehen. Die engen methodischen Grenzen, die die Linguistik dieser Analysetechnik abverlangt, können hier allerdings nur bedingt eingehalten werden. Ein kompletter Korpus griffe zu weit, auch die modische Versteifung auf quantitative Zugangsweisen<sup>206</sup> würde den hier erstrebten Zweck, den quantitativ erstellten Diagnosen der Bürgerebene qualitative Methoden zur Seite zu stellen – und somit die von vielen Seiten geforderte Tiefe der Analysen zu erreichen – , nur bedingt erfüllen.

Im Laufe der historischen Betrachtungen zum Thema „Tradition und politische Kultur in Russland“ wurde bereits mit den wichtigsten „Mythen“<sup>207</sup> zur besonderen Verfasstheit der russischen Kultur vertraut gemacht. Finden diese Mythen zu russischer Politik und Kultur auch heute in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen (unreflektiert) Eingang, so nimmt es nicht Wunder, dass gerade ein ideologisch aufgeladenes und umkämpftes Feld wie die Politik derartige Argumentationsmuster wohl mit mindestens gleichwertiger Vehemenz in den Vordergrund stellt. Zweck ist wohl in beiden Fällen der der Legitimation: ist von wissenschaftlicher Seite daran gelegen, die eigenen Forschungen und

---

<sup>204</sup> Ebenda: S. 130

<sup>205</sup> Ebenda: S. 132

<sup>206</sup> Vgl. etwa die unten angeführte Arbeit von Dimitra Fellner: Der Wandel des Demokratiebegriffs in der russischen politischen Rede. Dipl.-Arbeit, Wien, 2008

<sup>207</sup> „Mythos“ wird hier als wissenschaftliche Kategorie verstanden, vgl. Barthes, Roland: Mythen des Alltags. Frankfurt/Main, 1996

Ergebnisse durch möglichst griffige Thesen zu begründen, so zielen die Vertreter der Politik im Kern auf selbiges ab. Theo van Leeuwen zitiert in diesem Zusammenhang Max Weber mit den Worten:

*„Every System of authority attempts to establish and to cultivate the belief in its legitimacy“*<sup>208</sup>.

Für van Leeuwen selbst steht fest, dass Sprache ohne Zweifel das wichtigste Mittel dieser Versuche ist.<sup>209</sup>

Vor allem die Frage nach dem „Wie“ rhetorischer Legitimation einzelner Regime ist für den hier behandelten Fall des postsowjetischen Russlands von höchstem Interesse. Anscheinend, so zeigen die angeführten Umfrageergebnisse, gelang und gelingt es der russischen Führungselite unter V. Putin in den letzten zehn Jahren mit außerordentlichem Erfolg, ihre Autorität und damit in Verbindung stehende Handlungen zu legitimieren. Der Ex-Präsident hält auch aktuell bei überaus guten Beliebtheitswerten, seine Politik der „Stabilokratie“, die mit einem zunehmenden Verfall demokratischer Grundwerte wie Meinungs- und Pressefreiheit, Gewaltenteilung und der Umformung der ehemals liberalen russischen Parteienlandschaft in die Domäne einer de facto-Einheitspartei in Gestalt von „Einiges Russland“ Hand in Hand ging und geht, stößt bei der Bevölkerung weiterhin auf großen Zuspruch.

### 3.3.3. Grundlagen der Kritischen Diskursanalyse

Stellte die Analyse der demokratischen Konsolidierung in Russland den Versuch dar, eine Antwort darauf zu geben, „warum“ es noch nicht zu der Adoption einer Civic Culture nach westlichem Muster gekommen ist, so ist das Ziel des folgenden Abschnitts zu zeigen, „wie“ im Gegenzug die im heutigen Russland bestehenden Wert- und Meinungsspektren zum Thema Demokratie und Opposition erklärt werden können. Naturgemäß soll nicht dem Irrglauben Platz geboten werden, diskursive Praxis allein (im hier gewählten Beispiel Reden des Ex-Präsidenten Putin) sei genug, um individuelle Interpretationen der politischen Wirklichkeit zu erzeugen, vielmehr soll das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, wie es dem politischen Establishment in Person von Vladimir Putin gelingt, bereits

---

<sup>208</sup> Max Weber nach Van Leeuwen/Theo: Discourse and Practice – New Tools for Critical Analysis. Oxford University Press, New York, 2008, S.105

<sup>209</sup> Ebenda!

vorhandene Denkmuster und Vorurteile zu stärken und in für sie vorteilhafte Bahnen zu bündeln. Die folgende Analyse bewegt sich somit im klar definierten Feld der Kritischen Diskursanalyse, wie sie vor allem durch die Arbeit von Ruth Wodak in jüngster Zeit wieder politikwissenschaftliche Beachtung findet.<sup>210</sup> Die politischen Reden Vladimir Putins dienen als Beispiele authentischer, realer Kommunikation; sie wurden in einem institutionellem, weil politischen Schauplatz und Zusammenhang realisiert und entsprechen damit der Definition von möglichen Untersuchungsgegenständen.<sup>211</sup> Desweiteren stellen diese Reden nicht bloße Ausdrucksformen für Putins Ansichten, sondern ganz im Sinne der Kritischen Diskursanalyse soziale Praxis selbst dar. Derartige diskursive Handlungen stehen mit den „Situationen, Institutionen und sozialen Strukturen, die diese rahmen,“ in einem interdependenten und dialektischen Verhältnis, wie Wodak feststellt:

*„Einerseits formt und prägt der situationale, institutionelle und soziale Kontext den Diskurs, andererseits wirkt der Diskurs auf die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit formend zurück. Anders gesagt: Der Diskurs ist sowohl sozial konstitutiv als auch sozial bestimmt.“<sup>212</sup>*

Diese kreative Funktion von Putins Diskursbeiträgen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung bestimmter Muster von Politik aufzuzeigen, ist hier nur allerdings beschränkt möglich; Parallelen zwischen ihnen und Meinungsmustern von Bürgern dienen aber als Indizien für eine derartig wechselwirkende Beziehung.

Diskursive Handlungen, als die Putins Äußerungen zu bestimmten Themen nun definiert sind, sind in verschiedensten Wirkungsweisen sozial konstitutiv:

- a) Sie haben maßgeblichen Anteil an der Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse
- b) Sie leisten ihren Beitrag zur Restaurierung, Relativierung oder Rechtfertigung des Status quo. In diesem Aspekt zeigt Wodaks Konzeption große Ähnlichkeit zu van Leeuwens Sicht auf Sprache als vorrangiges Legitimationsinstrument. Bei der Analyse von Putins Reden wird hierauf besonderes Augenmerk zu legen sein.
- c) Sie leisten ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung und Reproduktion des Status quo.

---

<sup>210</sup> Vgl. etwa: Wodak, Ruth et al. (Hrsg.): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Verlag Suhrkamp, Frankfurt/Main, 1998 (1. Aufl.)

<sup>211</sup> Ebenda: S. 41f

<sup>212</sup> Ebenda: S. 42



d) Diskursive Praxis kann nicht zuletzt auf die Demontage, Destruktion oder allgemein Transformation des Status quo zielen.<sup>213</sup>

Wodak unterscheidet folgerichtig in ihrer weiteren Herangehensweise in konstruktive, bewahrende, transformatorische und rechtfertigende Diskursstrategien. Die grobe Einteilung von erarbeiteten Diskursstrategien in diese Kategorien birgt bereits erste Deutungsmöglichkeiten und soll als grobes Sondierungsinstrument dienen.

Die Auswahl der Reden hat wiederum Plausibilitätsargumenten zu folgen. Fühlt sich etwa Fellner in der von ihr gewählten Form der quantitativen Vorgehensweise sicherer, um damit der Gefahr von Subjektivität bei der Auswahl des Korpus zu entgehen<sup>214</sup>, kommt diese Lösung hier nicht in Betracht. Die überblicksartige Prüfung des diskursanalytischen Erklärungsansatzes ist auch über ausgewählte Beispiele diskursiver Praxis möglich.

---

<sup>213</sup> Ebenda: S. 42 und ff

<sup>214</sup> Fellner 2008: S. 38f

### 3.3.4. Analyse beispielhafter Diskursbeiträge von V. V. Putin

#### 3.3.4.1. Die „Wiedergeburt Russlands“ in der Neujahrsrede 2007/2008

Am 31. Dezember 2007 wandte sich Vladimir Putin, damals noch in seiner Funktion als Präsident Russlands, an seine Bürger. Diese „neujährlichen Ansprachen“, wie die russische Bezeichnung korrekterweise zu übersetzen wäre, bieten einen guten Untersuchungsgegenstand. Sie sind meist knapp gehalten und erscheinen auf den ersten Blick allgemein und ohne wirklich politische Aussagekraft. Im Lichte der Kritischen Diskursanalyse offenbart sie jedoch ein dichtes Geflecht von Diskurssträngen und Diskursstrategien, wie das hier exemplarisch gewählte Beispiel zeigt. Auch die öffentliche Bühne, die diesen Worten der russischen Präsidenten geboten wird, ist beträchtlich. Genauere Daten über Zuseherzahlen belegen, dass zum Jahreswechsel 2009/2010 etwa 72,9% der russischen Haushalte die Rede des nunmehrigen Staatschefs Dmitrij Medved'ev live mit verfolgten<sup>215</sup>. Die besondere Popularität dieser Fernsehansprachen lässt sich zu einem gewissen Teil auch aus dem Faktum erklären, dass Boris El'cin auf diesem Wege 1999 seinen Rücktritt erklärte. Seitdem scheint bei einem großen Teil der russischen Bevölkerung das Gefühl besonderer Wichtigkeit und Richtungsweisung mit den Auftritten der Präsidenten verbunden. Ähnlich verhielt es sich in besagter Altjahrsnacht 2007, in der V. Putin (vorerst) letztmalig die Chance hatte, sich auf diese Art die Aufmerksamkeit seiner Landsleute zu sichern. Dementsprechend gestaltet sich diese eher kurze Ansprache<sup>216</sup> zu einem semantisch dichten Fazit seiner zwei aufeinanderfolgenden Amtsperioden:

*„Geschätzte Bürger (und Bürgerinnen; Anm. d. A.)<sup>217</sup>! Liebe Freunde! Heute möchte ich mit besonderen Worten an Sie wenden und, das ausklingende Jahr begleitend, Ihnen zu all dem innig gratulieren, was wir zusammen in den letzten acht Jahren vollbracht haben.“*

Putin präsentiert sich in seinen eröffnenden Worten also volksnah (Man beachte die Anrede „Freunde“) und betont die „gemeinsamen“ Erfolge, die er und seine Bürger, so lässt diese Formulierung schließen, in engem Schulterschluss erreichen konnten. Er

---

<sup>215</sup> [Hhttp://www.meta.kz/140248-novogodnee-obrashhenie-prezidenta-smotreli.html](http://www.meta.kz/140248-novogodnee-obrashhenie-prezidenta-smotreli.html)

<sup>216</sup> Online aufrufbar unter:

[Hhttp://archive.kremlin.ru/appears/2007/12/31/1519\\_type82634type122346\\_155818.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2007/12/31/1519_type82634type122346_155818.shtml); eigene Übersetzung

<sup>217</sup> Die russische Mehrzahl des Nomens „Bürger“ ist geschlechtsneutral zu übersetzen.

zeichnet damit ein Bild der Einheit auf zweierlei Achsen: erstens auf einer vertikalen, denn die Ziele des Präsidenten und die der Bürger erscheinen mit einem Mal deckungsgleich, und zweitens auf einer horizontalen, denn auch innerhalb des russischen Volks, glaubt man seinen Worten, fänden sich keine Differenzen, sondern gesellschaftliche Verbundenheit und Eintracht. Diese Topoi werden in den folgenden Abschnitten nur noch verstärkt:

*„Alles Erreichte wäre einfach unmöglich gewesen ohne ihre ständige Unterstützung, ihr Vertrauen, ohne ihre direkte Teilnahme an der Wiedergeburt des Landes.“*

Die starke Einheit zwischen Volk und Präsident wird ein weiteres Mal beschworen, zusätzlich bringt Putin hier eine körperliche Metapher ein. Die „Wiedergeburt“ des Landes bezieht sich naturgemäß auf die für Russinnen und Russen „dunkle“ Phase des drohenden Staatskollapses in den 1990er-Jahren, als deren Überwinder sich Putin sieht und hier auch ein weiteres Mal präsentiert.

*„Wir haben nicht nur die territoriale Integrität Russlands wieder hergestellt, sondern fühlen uns von neuem als einiges Volk. Und all diese Jahre arbeiteten wir gemeinsam daran, das Land zu bewahren und es in einen zeitgemäßen, freien, starken Staat zu verwandeln, angenehm und komfortabel für das Leben der Bürger.“*

Putins Legitimationsmuster treten nun deutlicher zu Tage. Für die acht Jahre seiner Herrschaft stellt er die wiedererlangte Integrität und die Modernisierung des Landes als wichtigste Eckpfeiler seiner Politik heraus. Nach Wodaks Kategorisierung diskursiver Handlungsmuster gestaltet sich Putins Rede ausschließlich rechtfertigend. Die von Putin angesprochene Modernisierung könnte man als transformatorisches Muster auffassen, im Kontext ist sie aber nur ein Teil von Putins Legitimationsstrategien; diese werden vor dem Hintergrund gängiger Mythen wie dem drohenden Staatszerfall aufgebaut, um eine zusätzliche Emotionalisierung des Themas zu erreichen. Dank Putin (beziehungsweise des gemeinsamen Vorgehens des russischen Volkes unter seiner Führung) sei es nun wieder möglich, sich als „ein Volk“, als „einiges Volk“ fühlen zu können.

*„Wir sehen, wie Russland von Jahr zu Jahr an Stärke gewinnt und sich verfestigt, wie unsere Wirtschaft wächst und wie sich den Leuten immer neue Möglichkeiten eröffnen.“*

Der Mythos des starken Russlands findet hier seine eindeutigste Ausformung. Wie de Kegel ausführte, ist die imperiale Komponente der wichtigste Teil der russischen Konstruktion von nationaler Identität. Putin verbindet ihn hier mit der Festigung im Inneren – wie oben beschrieben für ihn wohl wichtigste Errungenschaft seiner Amtszeit –

und zeichnet so das Bild der wieder erstarkten Macht des Staates, sei es, wenn es darum geht, außenpolitische Interessen durchzusetzen, oder sei es, wenn im Inneren endlich wieder Klarheit darüber herrscht, wer das Sagen hat. Das Wirtschaftswachstum als Legitimationsmuster findet ebenfalls Erwähnung.

*„Natürlich ist uns nicht alles gelungen. Aber ich bin überzeugt, dass der vom russischen Volk eingeschlagene Weg der richtige ist, und er uns zum Erfolg führen wird. Wir haben dafür alles: unsere große Geschichte, kolossale Ressourcen, Mut, Fleiß und das intellektuelle Potenzial unseres großen Volkes. (...) [Abschließende Grußworte und Neujahrswünsche; Anm. d. A.]“*

Der Verweis auf die bessere Zukunft, die, so schwingt zwischen den Zeilen mit, aktuelle Einbußen rechtfertigen würde, zeigt zweifelsohne Parallelen zu ähnlichen Diskursstrategien, die in der Sowjetzeit zur Legitimierung des gesellschaftlichen Systems vorwiegend Verwendung fanden. Als Mythen werden hier die besondere Vergangenheit des Landes und ein idealisiertes Selbstbild des russischen Volkes transportiert.

Die häufige Verwendung von „Volk“ und damit zusammenhängenden Ausdrucksweisen wie „Einheit“ und das immer wieder betonte „wir“ suggerieren ein, in Bezug auf moderne Auffassung von Demokratie, anarchisches Bild von Gesellschaft. Man erhält bei Putins Worten den Eindruck, der „Volkswille“ in Russland sei eine politische Größe, und der Präsident selber sei lediglich derjenige, der diesen zur Umsetzung brächte. Bei beschworenen Mythen wie der Größe der russischen Nation und Geschichte, der Wiederauferstehung des Landes als unübersehbare Größe in den internationalen Beziehungen und der besonderen Qualitäten des russischen Volkes scheint Putin die dargestellte Unterstützung durch breite Teile der Bevölkerung gewiss. Das demokratische Grundprinzip der Ausverhandlung gesellschaftlicher Entscheidungen wird durch eine derartige Darstellung von Politik negiert. Wenn Russland ohnehin auf dem richtigen Weg ist, wie Putin es darstellt, stellt sich die Frage nach einem Mehr an politischen Freiheitsrechten und Pluralismus erst gar nicht. Die in den Diskursstrategien des Präsidenten eingewobene Mythisierung und somit Vereinfachung der russischen Gesellschaft hin zu groben Schlagworten wie Größe, Vergangenheit und Wiedergeburt verdeckt konkrete Problemlagen und legitimiert Putins Herrschaft gleichermaßen.

### 3.3.4.2. Wirtschaftswachstum als Legitimation

Ein Jahr zuvor waren Putins Kernpunkte anders gewichtet. Am 31. Dezember 2006 war es vor allem das Wirtschaftswachstum – im darauffolgenden Jahr nur beiläufig erwähnt – das in seiner Neujahrsrede<sup>218</sup> zentrales Thema war. Eingangs lässt der Staatschef die Gelegenheit nicht ungenutzt, die bereits bekannte Diskursstrategie von der Einheit des russischen Volkes zu propagieren.

*„Geschätzte Bürger Russlands! Liebe Freunde! Nur mehr wenige Minuten bleiben bis zum uns liebsten, warmen und traditionellen Familienfest – Neujahr. Und uns alle – so verschieden wir auch sein möchten – eint die Hoffnungen auf positive Veränderungen, eint das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer großen Familie – Russland.“*

Die kulturelle Bedeutung des Neujahrsabends, in Russland traditionell das wichtigste Familienfest und Pendant zum westlichen Weihnachten, nützt der Präsident geschickt, um das Bild einer „Familie Russland“ zu zeichnen, zu der sich alle Bürger seiner Meinung nach auch zugehörig fühlten. Diese Diskursstrategie ist bereits aus dem vorigen Beispiel bekannt. Die von ihm in Aussicht gestellten „positiven Veränderungen“ stehen in einem dialektischen Verhältnis zu seinem realen politischen Vorgehen, wenn man demokratische Standards als Maßstab anlegt. Doch Putins Legitimation zielt auf einen anderen gesellschaftlichen Bereich.

*„(...) Wir blicken schon zuversichtlicher in die Zukunft. Wir erweitern die Horizonte unserer Vorhaben beträchtlich. Dies wurde dank der gemeinschaftlichen Anstrengungen zur Festigung und Wiedergeburt unseres Landes in den letzten Jahren möglich. Ich würde mir wünschen, und wir werden alles möglich dafür tun, dass die Resultate, die wir in der Wirtschaft erreicht haben, zu messbaren Veränderungen in der Lebenssituation jedes einzelnen, konkreten Menschen führen werden. Damit es weniger Arme geben wird. Damit das Leben nicht nur mit der Bewältigung alltäglicher Probleme verbunden ist, sondern ausgefüllt mit der Liebe und Beschäftigung zu- und miteinander.“*

Putin bedient die gesellschaftlichen Erwartungen nach Besserung der Lebenssituation. Diese, so wurde bei Umfragen ersichtlich, sind in Russland in einem breiteren Zusammenhang zu sehen. Sie sind für einen großen Teil der Bevölkerung wesentlicher

---

<sup>218</sup> [Hhttp://archive.kremlin.ru/appears/2006/12/31/0000\\_type82634type122346\\_116145.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2006/12/31/0000_type82634type122346_116145.shtml)

Bestandteil von Demokratie. Folgt man dieser Logik, so steigt auch die demokratische Qualität des Regimes, wenn es zu einer entsprechenden Besserung der wirtschaftlichen Situation kommt.

Ein weiteres Beispiel für diese Art von Legitimationsstrategie findet sich in einer Rede, die der ehemalige Staatschef im Oktober des Jahres 2007 auf einem Parteitag der Partei „Einiges Russland“ hielt<sup>219</sup>. Im Vorfeld zu den Duma-Wahlen im Herbst, die für viele Beobachter zu einer Abstimmung über das System Putin verkam, äußerte der Präsident sich über die Ziele, die er mit seinem parlamentarischen Projekt erreichen wolle, wie folgt:

*„Werte Kollegen! (...) Wir arbeiten nun schon seit vielen Jahren daran, die schwerwiegenden Folgen der Übergangsperiode zu meistern und einen Ausweg aus den Fängen einer tiefgreifenden und alles andere als eindeutigen Transformation zu finden. Tatsächlich (...) haben wir ein neues Leben gebaut. Als Resultat verändert sich die Situation des Landes ständig, wenn auch langsam und Schritt für Schritt, zum Besseren. Heute ist Russland (...) in die Riege der zehn größten Volkswirtschaften der Welt aufgestiegen. In der Periode seit dem Jahr 2000 vergrößerten sich die realen Einkommen der Bevölkerung um das zweifache...“*

Die Verbindung der wirtschaftlichen Komponente mit der abermaligen Konstruktion eines vermeintlich positiv vorgezeichneten Weges von den „dunklen Jahren“ der 1990er hin zu einer besseren Zukunft ist hier in demonstrativer Weise gegeben. In seinen abschließenden Worten zur Zuhörerschaft desselben Kongresses präzisiert Putin seine Vorstellungen und Erwartungen in „Einiges Russland“ in sehr pointierter Weise.

*„Man muss ebenfalls darüber reden, dass ihre Partei das Instrument sozialer Stabilität werden kann und muss; zur Sicherung der Handlungsfähigkeit des Parlaments und der ganzen Macht, als Initiator der Entwicklung, als Stütze für die Exekutivorgane der Macht bei der Verwirklichung aller ins Auge gefassten Pläne.“<sup>220</sup>*

„Einiges Russland“ spielt also bei Putins „Stabilokratie“ eigenen Angaben zur Folge eine zentrale Rolle. Der Topos „Stabilität“ findet sich in einem Interview noch deutlicher.

---

<sup>219</sup> Online aufrufbar unter:  
[http://Harchive.kremlin.ru/appears/2007/10/01/1900\\_type63374type63376type63378type82634\\_146479.shtml](http://Harchive.kremlin.ru/appears/2007/10/01/1900_type63374type63376type63378type82634_146479.shtml)

<sup>220</sup> Online aufrufbar unter:  
[http://archive.kremlin.ru/appears/2007/10/01/1924\\_type63374type63376type63378type82634\\_146477.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2007/10/01/1924_type63374type63376type63378type82634_146477.shtml)

### 3.3.4.3. Zivilgesellschaft, Demokratie und Stabilität – Putin im Interview

Im Februar 2010 besuchte Putin, mittlerweile als Premierminister, in seiner Heimatstadt Sankt Petersburg die Eröffnung des „Anatolij Sobčak-Museums zur Errichtung der Demokratie im heutigen Russland“. Sobčak war einer der führenden Gegner des Putschversuches gegen Gorbačev im Jahre 1991 und enger Vertrauter El'cins gewesen. Der in Russland als Vorzeigedemokrat geltende spätere Bürgermeister von St. Petersburg starb im Jahre 2000 unter dubiosen Umständen in der Nähe von Kaliningrad. Der Anlass für das mit Putin durch offizielle Medienvertreter durchgeführte Interview<sup>221</sup> entbehrte also nicht einer gewissen Symbolik. Nach einer Laudatio für Sobčak, der bei der Demokratisierung Russlands eine „kolossale, sehr große Rolle“ gespielt habe, geht Putin auf die aktuelle Situation der russischen Demokratie ein.

*„Was die heutige Lage der Dinge betrifft: Wenn man unter Demokratie jene Form der Staatslenkung versteht, bei der die Bürger Einfluss nehmen können auf das, was im Lande vor sich geht, dann wählt die Zivilgesellschaft jedes beliebigen Landes kraft ihrer Reife jene Balance zwischen Stabilität und Elementen der Veränderung, die dem Land erlaubt, sich vorwärts zu bewegen.“*

Auf den ersten Blick ist bereits die Herangehensweise an den Begriff „Demokratie“ auffällig. Putin verwendet ihn nicht absolut, sondern erweckt durch seine ad hoc-Definition den Anschein der Beliebigkeit; genauso könne man Demokratie wohl auch anders definieren und interpretieren. Die hier im Anschluss also präsentierte Form von Demokratie kommt der westlichen Deutung des Begriffs nahe: Inklusion der Bürger in Entscheidungsfindungsprozesse ist in allen konsolidierten Demokratien ein Grundpfeiler der staatlichen Ordnung. Diese Inklusion über „Zivilgesellschaft“ folge Putin zufolge aber immer einem geordneten Muster – „Stabilität“ stelle hier einen Eckpfeiler dar. Zwischen „Veränderung“ und „Stabilität“ konstruiert der Ex-Präsident weiters ein dialektisches Spannungsfeld; das eine ist, von Putin aus gedacht, demnach nur zum Nachteil des anderen möglich.

*„Heutzutage ist, aus meiner Sicht, eine derartige Balance bei uns erreicht. Die Störung dieser Balance ist in folgender Hinsicht schädlich: entweder wir würden stagnieren, oder wir brächen zusammen.“*

---

<sup>221</sup> Online aufrufbar unter: <http://premier.gov.ru/events/news/9460/>; eigene Übersetzung

Die Dialektik wird hier auf die Spitze getrieben und „Veränderung“ in der äußersten Form mit „Zusammenbruch“ gleichgestellt. Putin präsentiert sich wieder als Herr über die Stabilität, die den Russinnen und Russen nach den Wirren der Post-Perestrojka so wertvoll geworden ist, und Hüter über die „Balance“. Diese wurde „erreicht“, war also als Ziel gewissermaßen vorgegeben, und die positive Verwirklichung dieses Ziels dient Putin als grundlegende Rechtfertigung seiner Politik. Er spricht im Anschluss weiter von „evolutionärer Entwicklung“, die Russlands Modernisierung mittlerweile trage, im Gegensatz zur „Revolution“, und gibt sich in gewisser Weise Konservator. Diese Position offenbart die Widersprüche in Putins genereller Strategie: einerseits präsentiert er sich als Veränderer und Überwinder der Transformationszeit, andererseits bedient er mit konservativen Äußerungen auch das Bedürfnis der russischen Bürger nach Stabilität und Vorhersehbarkeit bestimmter Entwicklungen. In einem politischen System, wer es sich in Russland seit einigen Jahren konsolidiert hat, besteht diese Vorhersehbarkeit zu einer gewissen Weise. Große gesellschaftliche Umbrüche sind auf den ersten Blick nicht zu erwarten, hat der Staatschef (aufbauend auf die Verdienste seines Vorgängers El'cin) doch dafür gesorgt, dass etwaigen gesellschaftlichen Spannungen keine Ventile auf der formellen politischen Ebene geboten werden.

### 3.3.5. Legitimierungsmuster und öffentliche Meinung im Vergleich

Es ist an der Zeit, die durch die Analyse von Diskursbeiträgen V. Putins gewonnen Legitimierungsmuster mit den Ergebnissen aus dem empirischen Teil dieser Arbeit in Beziehung zu setzen. Die Beispiele sind zwar nur exemplarisch gewählt, zeichnen aber ein klares Bild von den bevorzugten Diskurspraktiken des „starken Mannes in Russland“. Eine grafische Darstellung soll zur besonderen Veranschaulichung beitragen. Insgesamt ist festzuhalten, dass zwischen Demokratiebildern und Mythen, wie Putin sie vorbringt, und Meinungsspektren der Bürger klare Parallelen zu beobachten sind (Details: siehe Grafik). Putins Legitimationsstrategien scheinen in starker Wechselwirkung mit der öffentlichen Meinung zu stehen.

Auf den ersten Blick erscheint dies in Zeiten von „Spin-Doktoren“ und dem russischen Pendant „Polit-Technologen“ eine tautologische Schlussfolgerung zu sein. Doch Putin redet dem Volk wohl nicht nur „nach dem Mund“; die Grundhypothese, Putins Diskursbeiträge würden aktiv den Diskurs rund um Demokratie prägen und die Etablierung



einer Bürgerkultur in Russland auf diese Weise behindern, scheint in Grundzügen bestätigt. Naturgemäß darf nicht verschwiegen werden, dass es weiterer Forschung, insbesondere eines umfangreicheren Korpus, bedürfen würde, um die Zusammenhänge zwischen den beiden Ebenen noch genauer darstellen zu können.

	<b>Öffentliche Meinung</b>	<b>Diskursbeiträge V. Putins</b>
<i>Demokratie</i>	Unklare Begrifflichkeit, verknüpft mit Mythen (z.B. „besondere Form“ für RU nötig)	Mehrdeutige Begrifflichkeit; ad-hoc-Definition, andere Def. möglich; besondere Form trägt „russischen Notwendigkeiten Rechnung“
<i>Wirtschaftswachstum</i>	Eine wichtige Definition von „Demokratie“, Erfolg Putins	Legitimierungsmuster seiner Politik
<i>Mythen</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Besonderes Russland</li> <li>&gt; Stabilität vor Demokratie</li> <li>&gt; „starker Führer“ nötig</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Besonderes Russland (Größe, Potenzial)</li> <li>&gt; Stabilität: Gegenpart zu Veränderung, hat für Russland derzeit Vorrang</li> <li>&gt; präsentiert sich als Retter nach den „dunklen 1990er-Jahren“</li> </ul>

Ein Abgleich der von Fellner unter Zuhilfenahme quantitativer Methoden herausgefilterten Erkenntnisse über den „Demokratie“-Begriff in den Reden von V. Putin ist nun jedenfalls möglich. Fellner interpretiert Auffälligkeiten wie etwa die teilweise ambivalenten Definitionen von „Demokratie“ in Putins Äußerungen und die häufige Verbindung des Begriffes „Demokratie“ mit „Weiterentwicklung“ und dem Attribut „jung“ als Indiz dafür, dass eine vollständige Demokratisierung in Russland noch nicht erfolgt ist. Diese Schlussfolgerung mag ihre Richtigkeit haben. Fellner geht aber nicht näher auf das „warum“ dieser fehlenden Entwicklung ein und bezieht somit die Möglichkeit, Putin selber könne aktiv an diesem Umstand Anteil haben, in ihre Überlegungen nicht ein. Da ihre Forschungen primär linguistische Ambitionen tragen, scheint dies nur verständlich. An anderer Stelle jedoch billigt sie Putin sehr wohl zumindest beschränkten Einfluss zu. Er prägte „ein ‚typisch russisches‘ Konzept von Demokratie, das auf (angebliche)

Besonderheiten der russischen Geschichte und Topographie Rücksicht nimmt.“ Dadurch würden ihrer Meinung nach unter anderem die „starke Präsidialmacht“ und der „Zentralismus (...) erklärt“.<sup>222</sup> Die hier präsentierte Sichtweise spricht in diesem Zusammenhang nicht von Erklärung, sondern Legitimierung.

Daneben existiert auch die „Wirtschaft“ als starkes Legitimationsmuster. Auf der Ebene der russischen Bevölkerung spiegelt sich dies insofern, als „Wirtschaftswachstum“ und „Demokratie“ als beinahe deckungsgleich gesehen werden. Nach dem sozialen Abstieg, mit dem die Transformationszeit für viele Russinnen und Russen verbunden war, ist eine auf materielle Sicherheit fokussierte Interpretation des „westlichen Lebensmodells“ nicht weiter verwunderlich. Putins Diskursbeiträge zu diesem Thema basieren auf den vorzeigbaren Wirtschaftsdaten des Landes im letzten Jahrzehnt und verstärken die Erwartungen der Bevölkerung noch zusätzlich. In diesem Sinne gelingt es dem ehemaligen Staatschef auch weiterhin, Diskussionen über echte demokratiepolitische Themen wie etwa Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Parteienpluralismus oder Stärkung der Legislative, in den Hintergrund zu drängen. Putin will nicht an Punktesiegen in diversen Demokratie-Ratings, sondern an Wirtschaftsdaten gemessen werden. Glaubt man den Meinungsumfragen, scheint diese Strategie aufzugehen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass es für den Staatschef anscheinend notwendig ist, sich über konkrete tagespolitische Erfolge in Themenbereichen wie etwa „Wirtschaft“ oder „Außenpolitik“ die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern. Eine reine Begründung seines Führungsanspruchs über Mythen wie Stabilität, Ordnung oder die besondere russische Natur scheint nicht ausreichend.

---

<sup>222</sup> Fellner, 2008: S. 101

#### 4. Fazit

Die eingangs formulierte Fragestellung, ob in Russland aktuell bereits eine „demokratiefördernde Bürgerkultur“ beobachtet werden kann, muss verneint werden. Zwar sind bereits Frühformen erkennbar, wie etwa spontane Protestbewegungen und fallweise über das Internet organisierte Oppositionsbewegungen, doch die breite Basis der Bevölkerung hat wichtige demokratische Normen noch immer nicht verinnerlicht. Besonders die fehlende Bereitschaft zu politischem Engagement, das Misstrauen in formelle Formen der Opposition (besonders Parteien) und das immer noch aufrechte Faible für „Stabilität“ im Gegensatz zu Demokratie untermauern diese Schlussfolgerung.

Von dieser Schlussfolgerung ausgehend folgten drei Analyseansätze, um diese Fehlentwicklung der russischen demokratischen Konsolidierung auch kausal begründen zu können. Der historische Analyseansatz trug dem Fakt Rechnung, dass vor allem im Zusammenhang mit der politischen Kultur Russlands historische Mythen besonders stark rezipiert und reproduziert wurden. Der diskursanalytische Ansatz stützte sich auf Rohes These, dass vor allem auch produzierte und rezipierte Sprachbilder von Politik Einfluss auf die politische Kultur eines Landes nehmen. Der transformationstheoretische Ansatz fokussierte auf die institutionellen Rahmenbedingungen, die derzeit für die Ausformung von demokratiefördernder Bürgerkultur in Russland die Rahmenbedingungen bieten.

Nach Abschluss aller drei Analyseeinheiten kann zudem der Schluss gezogen werden, dass die fehlende Etablierung einer demokratischen Bürgerkultur in Russland durch anerkannte politikwissenschaftliche Untersuchungsmethoden und auf Grundlage aktueller politischer Prozesse im Land sehr gut erklärt werden kann. Ein Rückgriff auf mystifizierte, historisch-verklärte Darstellungen der russischen Kultur an sich ist somit vermeidbar. Damit ist aber keineswegs gesagt, dass Vergangenes per se keinen Einfluss auf die Geschehnisse im Lande hat. Im Sozialismus erlernte Verhaltensweisen wie politisches Desinteresse, Korruption oder der Hang, sich im Zweifelsfall auf die ordnende Hand des Staates zu verlassen anstatt Eigeninitiative zu zeigen, spielen zweifelsohne immer noch eine spürbare Rolle im post-sowjetischen Russland. Diese Verhaltens- und Wertemuster sind jedoch nicht als starr oder absolut zu sehen, sondern bereits im Wandel begriffen.

Eine vermeintlich über Jahrhunderte bestehende und aktuell im politischen Prozess maßgebliche russische Präferenz zu Stabilität und Ordnung ist wiederum nur insoweit gesellschaftlich wirksam, wie sie in zeitgenössischen Diskursen über Politik und russische

Geschichte konstruiert und rezipiert wird. Der diskursanalytische Teil dieser Arbeit war ein Versuch, diese Diskursmuster und –strategien, die letztendlich auch zur aktuellen Legitimation von Herrschaft dienen, aufzuzeigen und in die Bewertung des Gesamtbildes einfließen zu lassen. Es kann hier abschließend festgestellt werden, dass die Einstellungen der russischen Bürger zu Demokratie und Politik eindeutige Parallelen mit den von V. Putin gelieferten Diskursbeiträgen aufweisen. Der Fokus auf Stabilität, Wohlstand, Recht und Ordnung zum Nachteil von demokratiepolitisch wertvolleren Prinzipien wie Minderheitenschutz und direkte Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen ist keineswegs naturgegeben, sondern das Ergebnis täglicher diskursiver Praxis. Exemplarische Diskursbeiträge von Vladimir Putin haben gezeigt, nach welchen Diskursstrategien der langjährige Präsident hier aktiv in diese Konstruktion sozialer Wirklichkeit eingreift und seine Politik somit zu legitimieren versucht.

Auch Merkels Konzept von der Mehrebenenkonsolidierung lässt sich auf das russische Beispiel sehr gut anwenden und erklärt vor allem die Rolle ungünstiger institutioneller Faktoren, die einer etwaigen Herausbildung von Civic Culture in Russland bislang hinderlich waren, hinlänglich. Durch eine schon durch das „System El’cin“ erzeugte Schiefelage zwischen legislativer und exekutiver Staatsgewalt ist es bis heute zu keiner repräsentativen Konsolidierung in Russland gekommen. Generelles Desinteresse der Bürger an Politik sowie ihr Gefühl, an den herrschenden Zuständen ohnehin nichts ändern zu können, reflektieren dieses institutionelle Problem auf individueller Ebene sehr deutlich. Formale Wege für die aktive Beteiligung an politischen Prozessen existieren für die russischen Bürger einstweilen nicht. Das Parteiensystem ist unter dem Druck von Putins Projekt „Einiges Russland“ implodiert, das Parlament im russischen politischen System ein noch ernstzunehmender Faktor gewesen. Durch die fehlende repräsentative Konsolidierung ist es unter der russischen Bevölkerung zu einer Art Apathie und Ignoranz politischen Prozessen gegenüber gekommen. Wahlen werden wohl nur bedingt als Mittel zur aktiven Teilnahme am politischen Prozess gesehen, wenn ein Großteil der Bevölkerung meint, „ohnehin nichts ändern zu können“ und „Politik sei nur für die Mächtigen“. Vor allem Oppositionsparteien und ihre Führer genießen nur marginale Unterstützung, das Vertrauen in Parteien als Institutionen von Demokratie an sich liegt aber noch niedriger. Lediglich informelle Muster von Opposition wie zahlreiche Protest- und Bürgerbewegungen zeigen erste Anzeichen für Frühformen von Civic Culture und/oder Zivilgesellschaft, die in Russland in der Entstehung begriffen sind.

Für die Einschätzung der aktuellen politischen Lage im Lande lässt sich somit ein vorsichtig positives Zeugnis ausstellen. Stabilitätsfanatismus und Untertanentum waren noch nie unveränderliche russische Konstanten, wie schon die frühe Transformationsphase gezeigt hat, und sind durch deren wiederholte Beschwörung seit dem Amtsantritt Putins auch nicht dazu geworden. Die Frage wird sein, wie lange es Putin noch gelingen wird, für die Rechtfertigungsmuster seiner Politik in der Bevölkerung die nötige Unterstützung zu erlangen und wie lange die Bevölkerung noch bereit sein wird, für Versprechen wie Stabilität tägliche Einbußen in der politischen Freiheit hinzunehmen...

## 5. Bibliographie

### a) Monographien, Sammelband- und Zeitschriftenartikel

**Almond**, Gabriel A.: The intellectual History of the Civic Culture Concept. In: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.): The Civic Culture revisited, Verlag Sage Publications, o.O., 1989, S. 1-37

**Berdjajev**, Nikolaj: Duchovnoe osnovy russkoj revoljucij – Istoki i smysl russkogo kommunizma. Neuauflage Verlag Chranitel', Moskau, 2006

**Beyme**, Klaus von: Die politische Kultur Osteuropas im Wandel. In: Beyme, Klaus von/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Akad. Verlag, Berlin, 1993, S. 184-210

**Bomsdorf**, Falk: Der russische Wandel. In: Europäische Rundschau, Heft 2003/2, S. 19-30

**Bova**, Russell: Political Culture, Authority Patterns, and the Architecture of the New Russian Democracy. In: Eckstein, Harry et al. (Hrsg.): Can Democracy Take Root in Post-Soviet Russia? – Explorations in State-Society Relations. Rowman & Littlefield Publishers, Lanham/Maryland, 1998, S. 177-201

**Brixa**, Bettina: Der „Mythos“ vom Westen oder Warum die Ziege den Zaun gefressen hat – Eine ethnologische Untersuchung des Bildes vom Westen im russischen Interdiskurs auf der Basis der Kritischen Diskursanalyse. Dipl.-Arb., Wien, 2001

**Brzezinski**, Zbigniew: Soviet Politics – From the Future to the Past. In: Cocks, Paul/Daniels, Robert V./Whittier Heer, Nancy (Hrsg.): The Dynamics of Soviet Politics. Harvard University Press, Cambridge MA, 1976, S. 337-351

**Bühl**, Walter L.: Die Historizität sozialer Systeme. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Heft 1/1989, S. 3-15

**Cappelli**, Ottorino: State-Building in Post-Soviet Russia. In: Hill, Ronald J./Cappelli, Ottorino (Hrsg.): Putin and Putinism, Verlag Taylor & Francis, New York, 2010, S. 61-102  
Crotty, William: Party Origins and Evolution in the United States. In: Katz, Richard S./Crotty, William: Handbook of Party Politics. Sage Publications, 2006 (1. Aufl.), S. 25-34

**Eicher**, Claudia/Beichelt, Timm: Osteuropa. In: Merkel, Wolfgang et al.(Hrsg.): Defekte Demokratien – Band 2: Regionalanalysen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006, S. 295-364, insbes. S. 345f

**Enyedi**, Zsolt: Party Politics in Post-Communist Transition. In: Katz, Richard S./Crotty, William: Handbook of Party Politics. Sage Publications, 2006 (1. Aufl.), S. 228-238

**Fellner**, Dimitra: Der Wandel des Demokratiebegriffes in der russischen politischen Rede: Eine diskursanalytische Untersuchung der Reden Michail S. Gorbatschovs und Vladimir V. Putins. Dipl.-Arb., Wien, 2008

**Fenner**, Christian: Parteiensysteme und Politische Kultur – Ein Vorschlag zur systematischen Verordung von Parteien in der Politischen Kulturforschung. In: ÖPZ Ausgabe 1/1984, S. 37-52

**Frenzke**, Dietrich: Die russischen Verfassungen von 1978 und 1993. Verlag Arno Spitz, Berlin, 1995

**Gel'man**, Vladimir: Party Politics in Russia: From Competition to Hierarchy. In: Europe-Asia Studies, Ausgabe 60, Nr. 6, 08/2008, S. 913-930

**Gerstenberger**, Heide: Zur Konjunktur der „politischen Kultur“ in der Politikwissenschaft. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (in der Folge ÖZP), Ausgabe 1/1989, S. 5-13

**Glaeßner**, Gert-Joachim: Strukturprobleme. In: Glaeßner, Gert-Joachim (Hrsg.): Systemwechsel und Demokratisierung – Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1997, S. 13-44

**Haarland**, Hans Peter/**Niessen**, Hans-Joachim: Der Transformationsprozess in Rußland – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Europa Union Verlag, Bonn, 1997

**Hale**, Henry: Why not Parties in Russia? Cambridge University Press, London, 2008

**Heilmann**, Sebastian: Das politische System der Volksrepublik China. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004<sup>2</sup>

**Heyden**, Ulrich/**Weinmann**, Ute: Opposition gegen das System Putin – Herrschaft und Widerstand im modernen Russland. Rotpunktverlag, Zürich, 2009

**Hill**, Ronald J./**Cappelli**, Ottorino (Hrsg.): Putin and Putinism. Verlag Taylor & Francis, New York, 2010

**Huntington**, Samuel P.: The third Wave – Democratization in the late twentieth century. Oklahoma University Press, Norman/Oklahoma, 1991

**Kagarlitsky**, Boris: Russia under Yeltsin and Putin – Neo-liberal autocracy. Verlag Pluto, London, 2002 (2. Aufl.), in engl. Übersetzung v. Renfrey Clarke

**Kampfner**, John: Inside Yeltsin's Russia – corruption, conflict, capitalism. London, 1994

**Keenan**, Edward L.: Muscovite Political Folkways. In: „Russian Review“ Nr. 45, 1986, S. 115-184

**Keghel**, Isabelle de: Die Rekonstruktion der vorsowjetischen Geschichte – Identitätsdiskurse im neuen Russland. Lit verlag, Hamburg, 2006

**Löwe**, Heinz-Dietrich: Duma, Regierung und russische Öffentlichkeit, 1906-1916, in: Dahlmann/Trees (Hrsg.): Von Duma zu Duma – Hundert Jahre russischer Parlamentarismus, Göttingen, 2009, S. 283-317

**Lukin**, Alexander/**Lukin**, Pavel: Myths about Russian Political Culture and the Study of Russian History. In: Whitefield, Stephen (Hrsg.): Political Culture and Post-Communism, New York, 2005

**Mangott**, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands, Band 1: Russland als defekte Demokratie. Verlagsgesellschaft Nomos, Baden-Baden, 2002

**Mangott**, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands, Band 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft. Verlagsgesellschaft Nomos, Baden-Baden, 2002

**Mangott**, Gerhard: Der russische Phönix – Das Erbe aus der Asche. Verlag Kremayr-Scheriau, Wien, 2009

**Mc Allister**, Ian/**White**, Stephen: „It’s the Economy, Comrade!“ Parties and Voters in the 2007 Russian Duma Election. In: Europe Asia Studies, Ausg. 60, Nr. 6, August 2008, S. 931-957

**Merkel**, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift 48, Jg. 48, Heft 3, 413-433

**Michaleva**, Galina: Die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems im postsowjetischen Russland, in Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands, Band 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft. Verlag Nomos, Baden-Baden, 2002, S. 39-78

**Offe**, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit – Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur, Jg. 45, Heft 4

**Olteanu**, Tina: Korruption in Rumänien – ein Erbe des Staatssozialismus. In: Segert, Dieter (Hrsg.): Postsozialismus – Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien, 2007, S. 65-87

**Pappi**, Franz Urban: Politische Kultur – Forschungsparadigma, Fragestellungen, Untersuchungsmöglichkeiten. In: Kaase, Max (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Ordnung – Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 1986, S. 265-291

**Pelinka**, Anton: Language as a Political Category – the Viewpoint of Political Science. In: Journal of Language and Politics, John Benjamins Publishing, o.O., Jahrgang 6, Nr. 1/2007, S. 129-143



**Praschl**, Bernhard: Gibt es eine Politische Kultur? In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (in der Folge ÖZP), Ausgabe 1/1984, S. 111-114

**Rattinger**, Hans: Parteiidentifikation in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung. In: Beyme, Klaus von/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Akad. Verlag, Berlin, 1993, S. 77-105

**Reitschuster**, Boris: Putins Demokratie. Verlag Ullstein, Berlin, 2007 (2. Aufl.)

**Remington**, Thomas: President-Parlament Relations under Putin. In: Europe-Asia Studies, Ausgabe 60, Nr. 6, August 2008, S. 959 – 987

**Rohe**, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Akademie-Verlag, Berlin, 1994

**Sakwa**, Richard: Partial Adaption and Political Culture. In: Whitefield, Stephen (Hrsg.): Political culture and Post-Communism, Verlag Palgrave MacMillan, New York, 2005

**Schmidt-Pfister**, Diana: What Kind of Civil Society in Russia? In: Kanet, Roger E. (Hrsg.): Media, Culture and Society in Putin's Russia. Verlag Palgrave MacMillan, London, 2008, S. 37-71

**Segert**, Dieter: Postsozialismus – Spätsozialismus – Staatssozialismus. In: Segert, Dieter (Hrsg.): Postsozialismus – Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien, 2007, S. 1-25

**Simon**, Gerhard: Die postkommunistische Duma: Brüche und Kontinuitäten, in Dahlmann/Trees (Hrsg.): Von Duma zu Duma – Hundert Jahre russischer Parlamentarismus, Göttingen, 2009, S. 361-383

**Šlapentoch**, Vladimir: Money as an Obstacle to Democracy. In: Hill, Ronald J./Cappelli, Ottorino (Hrsg.): Putin and Putinism, Verlag Taylor & Francis, New York, 2010, S. 41-61

**Stykov**, Petra: Marktreformen und ererbtes Beziehungskapital: Unternehmer in Russland. In: Segert, Dieter (Hrsg.): Postsozialismus – Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien, 2007

**Szamuely**, Tibor: The Russian Tradition. Verlag McGraw-Hill, New York, 1974

**Van Leeuwen**/Theo: Discourse and Practice – New Tools for Critical Analysis. Oxford University Press, New York, 2008

**Von Blumenthal**, Julia: Der Präsident Russlands im Demokratisierungsprozess – Garant der Stabilität oder Wegbereiter der Diktatur. Hamburg, 1995

**White**, Stephen: Political Culture and Soviet Politics. Verlag St. Martins, New York, 1979

**Whitmore**, Sarah: Parliamentary Oversight in Putin's Neo-Patrimonial State – Watchdogs or Showdogs? In: Europa-Asia Studies, Ausgabe 62, Nr. 6, August 2010, 999-1025

**Wodak**, Ruth et al. (Hrsg.): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Verlag Suhrkamp, Frankfurt/Main, 1998 (1. Aufl.)

## **b) Internetquellen**

Aktuelle Auswertung **Bertelsmann-Transformationsindex** 2010 unter  
[http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen\\_BTI\\_2010/BTI\\_2010\\_\\_Broschuere\\_D\\_web.pdf](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2010/BTI_2010__Broschuere_D_web.pdf);  
(Letztzugriff am 02.10.2010)

**Luks**, Leonid: Freiheit oder imperiale Größe? – Anmerkungen zur politischen Kultur Russlands. In: Eurasisches Magazin, Online-Ausgabe, 2009, aufrufbar unter:  
<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20090110>; (Letztzugriff am 23.05.2010)

**Umland**, Andres: Ist Demokratie für Russland etwas „Künstliches“? In: Eurasisches Magazin, Online-Ausgabe, 2009, aufrufbar unter:  
<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20090105>; (Letztzugriff am 23.05.2010)

CPI 2009 (**Corruption Perception Index**), durchgeführt von Transparency International Datenquelle:  
[http://www.transparency.org/policy\\_research/surveys\\_indices/cpi/2009/cpi\\_2009\\_table](http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table);  
(Letztzugriff am 12.10.2010)

**Wilson**, Andrew: Hat Russland noch eine Opposition? In: Russlandanalysen, Ausg. 145, 2007, S. 2-5, insbes. S. 2, Online-Ausgabe aufrufbar unter: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen145.pdf>; (Letztzugriff am 25.09.2010)

**Michaleva**, Galina: Worauf »Jabloko« hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen. In: Russlandanalysen, Ausg. 145, 2007, S. 10-12, Online-Ausgabe aufrufbar unter:  
<http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen145.pdf>; (Letztzugriff am 25.09.2010)

**Siegert**, Jens: Dumawahlkampf 2007. In: Russlandanalysen, Ausg. 150, 2007, S. 2-6, Online-Ausgabe aufrufbar unter: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen150.pdf>; (Letztzugriff am 23.09.2010)

<http://limonov2012.ru/>; (Letztzugriff am 21.08.2010)

<http://www.grani.ru/blogs/free/entries/180343.html>; (Letztzugriff am 21.08.2010)

**Wahlergebnis 1993**: Internetauftritt der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, aufrufbar unter

[http://www.cikrf.ru/vib\\_arhiv/gosduma/1993/1993\\_itogi\\_FS\\_obshefed\\_okrug.jsp](http://www.cikrf.ru/vib_arhiv/gosduma/1993/1993_itogi_FS_obshefed_okrug.jsp);  
(Letztzugriff am 11.09.2010)

**Wahlergebnis 1995:** Protokoll der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, abrufbar unter [http://www.cikrf.ru/vib\\_arhiv/gosduma/1995/index.jsp](http://www.cikrf.ru/vib_arhiv/gosduma/1995/index.jsp); (Letztzugriff am 12.09.2010)

**Wahlergebnis 1999:** Protokoll der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, abrufbar unter [http://www.cikrf.ru/vib\\_arhiv/gosduma/1999/index.jsp](http://www.cikrf.ru/vib_arhiv/gosduma/1999/index.jsp); (Letztzugriff am 12.09.2010)

**Wahlergebnis 2003:** Spezieller Internetauftritt der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation zu den Dumawahlen 2003, Protokoll abrufbar unter <http://gd2003.cikrf.ru/>; (Letztzugriff am 12.09.2010)

**Wahlergebnis 2007:** Aufrufbar auf dem offiziellen Internetauftritt der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation unter:  
<http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&global=1&vrn=100100021960181&region=0&prver=0&pronetvd=null>; (Letztzugriff am 12.09.2010)

Verlautbarung der Wahlkommission der Russischen Föderation, **Protokoll Nr. 104/777-5** vom 7. März 2008 „Über die Resultate der Wahlen zum Präsidenten der Russischen Föderation“, aufzurufen unter <http://www.rg.ru/2008/03/08/cik-president-dok.html>; (Letztzugriff am 11.09.2010)

**Protokoll Nr. 72/591-5** der Wahlkommission der RF „Über die Resultate der Wahlen der Debutierten zur Staatlichen Duma der Föderalversammlung der Russischen Föderation in der 5. Zusammensetzung“ vom 8. Dezember 2007, aufrufbar unter: [http://www.cikrf.ru/elect\\_duma/results/index.jsp](http://www.cikrf.ru/elect_duma/results/index.jsp); (Letztzugriff am 11.09.2010)

**c) Umfragen** (Onlinequellen; in der Reihenfolge der hierortigen Erwähnung)

<http://www.levada.ru/press/2010060701.html>; (Letztzugriff am 14.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/201008061.html>; (Letztzugriff am 14.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010030202.html>; (Letztzugriff am 29.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2009111206.html>; (Letztzugriff am 14.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2009121406.html>; (Letztzugriff am 14.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010071601.html>; (Letztzugriff am 17.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010040602.html>; (Letztzugriff am 16.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010083002.html>; (Letztzugriff am 17.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010060701.html>; (Letztzugriff am 13.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010060100.html>; (Letztzugriff am 29.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010051201.html>; (Letztzugriff am 14.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010021605.html>; (Letztzugriff am 14.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010062501.html>; (Letztzugriff am 14.06.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010082702.html>; (Letztzugriff am 26.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010081201.html>; (Letztzugriff am 27.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010012105.html>; (Letztzugriff am 28.08.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010012105.html>; (Letztzugriff am 31.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010062501.html>; (Letztzugriff am 14.08.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010031602.html>; (Letztzugriff am 31.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010062501.html>; (Letztzugriff am 24.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010031805.html>; (Letztzugriff am 27.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010031805.html>; (Letztzugriff am 28.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2009121701.html>; (Letztzugriff am 28.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2009102905.html>; (Letztzugriff am 31.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2009072802.html>; (Letztzugriff am 31.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010072805.html>; (Letztzugriff am 31.07.2010)

<http://www.levada.ru/press/2010012105.html>; (Letztzugriff am 17.08.2010)

<http://www.levada.ru/press/2007040901.html>; (Letztzugriff am 21.07.2010)

**d) Reden und Interviews** (Onlinequellen; in der Reihenfolge der hierortigen Erwähnung)

**„Новогоднее обращение к гражданам России“**, 31. Dezember 2007, online aufrufbar unter: [http://archive.kremlin.ru/appears/2007/12/31/1519\\_type82634type122346\\_155818.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2007/12/31/1519_type82634type122346_155818.shtml) (Letztzugriff am 15.10.2010)

**„Новогоднее обращение к гражданам России“**, 31. Dezember 2006, online aufrufbar unter: [http://archive.kremlin.ru/appears/2006/12/31/0000\\_type82634type122346\\_116145.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2006/12/31/0000_type82634type122346_116145.shtml) (Letztzugriff am 17.10.2010)

**„Вступительное слово на VIII съезде партии «Единая Россия»“**, 01. Oktober 2007, online aufrufbar unter: [http://archive.kremlin.ru/appears/2007/10/01/1900\\_type63374type63376type63378type82634\\_146479.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2007/10/01/1900_type63374type63376type63378type82634_146479.shtml); (Letztzugriff am 18.10.2010)

**„Заключительное слово на VIII съезде партии «Единая Россия»“**, 01. Oktober 2007, online aufrufbar unter: [http://archive.kremlin.ru/appears/2007/10/01/1924\\_type63374type63376type63378type82634\\_146477.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2007/10/01/1924_type63374type63376type63378type82634_146477.shtml); (Letztzugriff am 19.10.2010)

Interview im Anatolij Sobčak-Museum St. Petersburg am 20.02.2010, online aufrufbar unter: <http://premier.gov.ru/eng/events/news/9460/>, (Letztzugriff am 19.10.2010)

## Zusammenfassung

Die aktuell regressiven Entwicklungen bei der russischen Demokratisierung entsprechen so gar nicht den optimistischen Erwartungen westlicher Experten, die nach dem Zerfall der Sowjetunion gehegt wurden. Es ist allerdings feststellbar, dass viele dieser Entwicklungen, die bereits erfochtene Erfolge bezüglich Meinungsfreiheit, Parteienpluralismus und politischer Partizipation zurücknehmen, in der Bevölkerung auf keinen ernstzunehmenden Widerstand stoßen. Vor allem Vladimir Putin gelang und gelingt es in besonderer Weise, für seine Politik Unterstützung und Rückhalt in der Wählerschaft zu generieren.

In dieser Arbeit wurde dieser Umstand als Ausgangspunkt genommen, um die Frage zu stellen, inwieweit in Russland demokratische Norm- und Werthaltungen auf Bürgerebene bereits Einzug gehalten haben. Anhand von Analysen empirischer Daten aus Meinungsumfragen konnte der Schluss gezogen werden, dass eine solche demokratiestabilisierende Bürgerkultur als Fundament demokratischer Systeme bis heute in der russischen Gesellschaft noch nicht etabliert ist. Als besondere Problemfelder zeigen sich in diesem Zusammenhang vor allem Teilnahmslosigkeit, Indifferenz und falsches Demokratieverständnis bei großen Teilen der Befragten.

In der Folge wurden drei Analyseansätze gewählt, um Gründe für diese fehlende Etablierung aufzeigen zu können. Ein historischer Erklärungsansatz, der diese für tiefgreifende Demokratisierung problematische Grundhaltung vieler Bürger auf vermeintlich genuine Besonderheiten der russischen Geschichte und Mentalität zurückzuführen versucht, entsprach ob seiner tautologischen Begründungen nicht. Im Gegensatz überzeugte ein auf Merkels Modell der Mehrebenenkonsolidierung basierender transformationstheoretischer Erklärungsansatz, bei dem insbesondere die Wechselbeziehungen zwischen konstitutioneller und repräsentativer Konsolidierung eines politischen Systems und Ausformung von Bürgerkultur diskutiert wurden. Ein abschließend diskursanalytischer Erklärungsansatz rückte die Diskursstrategien V. Putins zur Legitimierung seiner immer autokratischeren Politik in den Fokus der Analysen. Hier gelang es, Parallelen zwischen der öffentlichen Meinung zu Politik und Demokratie und der Diktion des ehemaligen russischen Präsidenten herauszuarbeiten.

## **Abstract**

The current regressive developments in the democratisation of Russia do not correspond to the optimistic expectations aroused by the Western world after the dissolution of the Soviet Union. It is, however, a fact that many of these developments, which abandon achievements regarding freedom of opinion, the multiparty system and political commitment, do not meet resistance in Russian society. Vladimir Putin in particular has been capable of creating electoral support and recourse.

This thesis uses this circumstance as a basis to discuss the question whether democratical norms, values and attitudes have already established themselves at the grassroots level. The analysis of empirical data derived from opinion polls allows the conclusion that a stabilisation of democracy has so far not been fully achieved. In this context, the surveys reveal the issues unresponsiveness, indifference and a wrong notion of democracy as problem areas.

In order to identify reasons for this lack, three approaches were chosen: a historical explanation, which tries to attribute the citizens' negative attitude to radical democratisation to particularities of Russian history and mentality, was, due to tautological reasoning, not fruitful. In contrast to this, an approach based on the transformation theory and Merkel's democracy-consolidation led to the desired results. Here the inter-relationships between the constitutional and the representative consolidation of a political system and the implementation of civic culture constituted the main focus. Finally, a discourse analytical perspective focused on Vladimir Putin's discourse strategies, adopted to justify his autocratic policy. It was possible to highlight parallels between the public opinion about politics and democracy and the former president's diction.

## Lebenslauf

Name: Christian Dangl

Geboren: 21. Jänner 1985

Geburtsort: Melk/NÖ

1991 - 1995: Volksschule Ybbs/Donau

1995 - 2003: Stiftsgymnasium der Benediktiner Melk

2003: Matura mit gutem Erfolg

2003 - 2004: Grundwehrdienst beim Pionierbataillon 3 in Melk

Ab 2004: Studium der Slawistik (Schwerpunkt Russistik) an der Universität Wien

Ab 2005: Studium der Politikwissenschaft (Schwerpunkt Osteuropäische Politik) an der Universität Wien

2008/2009: Studienaufenthalt im Rahmen des „Joint Study“-Programmes an der RGGU (Rossijskij Gosudarstvennyj Gumanitarnyj Universitet) in Moskau von August 2008 bis Februar 2009

Juni 2010: Eintritt in den Exekutivdienst